



14. April 1925

CARL SEVERING · DER 2. WAHLGANG

VON allen Parteien, die sich am 29. März 1925 mit eigenen Kandidaten an der Wahl des Reichspräsidenten beteiligten, hat die sozialdemokratische die größten Erfolge aufzuweisen. Während die geringere Wahlbeteiligung in einer Abnahme der Stimmen für alle übrigen Kandidaten zum Ausdruck kommt, hat der sozialdemokratische Bewerber die Stimmenzahl behauptet, die bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 für die Sozialdemokratische Partei abgegeben worden war. Das ist um so höher zu bewerten, als auch die sozialdemokratischen Werbeversammlungen zur Präsidentenwahl nicht den Besuch aufwiesen und das Interesse zeigten wie die Wahlversammlungen in den Dezembertagen. In jenen Versammlungen waren zum größten Teil die Bewerber selbst aufgetreten, sie hatten eine engere persönliche Verbindung zu den Stimmberechtigten hergestellt, auf die fast alle Kandidaten im Feldzug für die Wahl des Reichspräsidenten verzichten mußten. Für diesen Ausfall konnte nur die innere Geschlossenheit und Bereitschaft ihrer Parteien Ersatz bieten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ihn gestellt und damit den Beweis erbracht, daß sie neue Anziehungskraft gewonnen hat, daß die Kurve ihrer Entwicklung, anders als in den letzten Jahren, wieder nach aufwärts führt.

Wenn man die unfeine Kampfesweise berücksichtigt, in der sich ein großer Teil der Rechtspresse gefiel, wenn man bedenkt, wie von den hinter dieser Presse stehenden Kreisen versucht wurde die Sozialdemokratie durch Verunglimpfung und Verdächtigung ihrer Führer in den Wählermassen zu diskreditieren, dann ist durch das Wahlergebnis bewiesen, daß man mit diesen Methoden des politischen Kampfes wohl die Ehre einzelner Persönlichkeiten vorübergehend verdunkeln und die dauernd Gehetzten auch gesundheitlich zermürben kann, daß aber die breiten Massen des Volkes derartige Praktiken entschieden ablehnen. Die Wahlergebnisse in einigen Bezirken, besonders in und um Berlin, lassen sogar die Ansicht gerechtfertigt erscheinen, daß ein Teil des sozialdemokratischen Wahlerfolgs auf die törichte Hetze und die sinnlosen Übertreibungen zurückzuführen ist, deren Zielscheibe sowohl der verstorbene Reichspräsident wie die bekanntesten sozialdemokratischen Führer seit einer Reihe von Monaten waren. Daß der Widerspruch zwischen Regierungspraxis und Wahlversprechungen der Rechten ebenfalls zur Gestaltung des Wahlergebnisses beigetragen hat, soll in diesem Zusammenhang nur angedeutet werden. Es ist eben ein Irrtum anzunehmen, daß man in der Agitation beliebig weit gehen kann.

Parteilpolitisch betrachtet kann die Sozialdemokratie mit dem Ergebnis der Präsidentenwahl also sehr zufrieden sein. Aber das Amt des Reichspräsidenten ist doch zu bedeutend, als daß man den Wahlakt bloß zu einer Art Heerschau oder Truppenzusammenzug machen dürfte. Man kann den Kampf für die Demokratie und die Republik mit Aussicht auf Erfolg nicht führen, wenn einseitige Parteiinteressen die Taktik bestimmen. Diese Erwägungen waren für alle diejenigen Wortführer innerhalb der Sozialdemokratischen Partei maßgebend, die schon für den 1. Wahlgang einen gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien aufstellen wollten. Es ist müßig in diesem Augenblick Betrachtungen darüber anzustellen, ob ein Sammelkandidat der Verfassungsparteien schon am 29. März eine endgültige Entscheidung herbeigeführt hätte. Die Wahlzahlen unterstützen diese Auffassung nicht gerade, und darum hat eine nachträgliche Kritik an dem Verhalten der Verfassungsparteien vor dem 29. März 1925 recht wenig Sinn. Jetzt kommt es darauf an wirkliche oder vermeintliche Fehler der jüngsten Vergangenheit wieder gutzumachen. Und dazu sind sicherlich die Leitungen, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber auch die Wählermassen der Verfassungsparteien fest entschlossen. Am 5. Tag nach dem 1. Wahlgang haben Beauftragte der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei nach Erklärungen des frühern Reichskanzlers Wilhelm Marx beschlossen ihn für den 2. Wahlgang als gemeinsamen Kandidaten vorzuschlagen. Der Beschlußfassung durch die Vertreter der 3 genannten Parteien ging eine längere Erörterung im sozialdemokratischen Parteiausschuß und in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion voraus. Der Erfolg des 29. März 1925, rein nach Stimmungsmomenten gewertet, konnte bei manchen Sozialdemokraten die Auffassung erwecken, daß ein Kandidat aus ihren Reihen auch für den 2. Wahlgang der geeignetste Bewerber sei. Tatsächlich sind in den Beratungen und auch in der Öffentlichkeit Stimmen dieser Tendenz laut geworden. Wer wollte auch leugnen, daß in der eigenen Partei der eigene Mann die größte Zugkraft ausübt, das größere Vertrauen genießt? Die sozialdemokratischen Vertretungskörperschaften haben erfreulicherweise der Versuchung widerstanden Stimmungspolitik statt Realpolitik, Parteipolitik statt Staatspolitik zu treiben, und die Beschlüsse des 3. April 1925 werden darum über den Tag hinaus ihre geschichtliche Bedeutung gewinnen.

Seit mehr als einem Jahr wird das Wort von der Volksgemeinschaft in allen möglichen Tonarten gebraucht. Über Lippenbekenntnisse hinaus haben es gerade die Parteien nicht gebracht, die dieses schöne Wort usurpiert, als Dauerbesitz in ihren politischen Sprachschatz aufgenommen, aber in nicht immer schöner Vertonung in den Wählerversammlungen gesungen haben. Der Beschluß der Sozialdemokratischen Partei dagegen ist, ideell betrachtet, ein Schritt zur Volksgemeinschaft, weil er nicht nur ein Verzicht auf die Wahrnehmung kleinlicher Parteiinteressen sondern eine bewußte Hintansetzung solcher Parteiinteressen gegenüber den Interessen des Volksganzen bedeutet. Er wäre auch praktisch ein Schritt auf dem Weg zur Volksgemeinschaft, wenn die anderen ihn mitgehen wollten. Aber dazu fehlen bis jetzt noch Einsicht und Wille, und daher geht es auf diesem Weg vorläufig nicht vorwärts sondern rückwärts. Die Parteien, die im preußischen Landtag mit allen Mitteln der Drohungen und der Liebeswerbungen das Zentrum an ihre Seite zwingen wollen, werden auch den ehemaligen Reichskanzler Marx mit der selben Hartnäckigkeit und Unversöhnlichkeit und wohl auch mit den

selben Mitteln bekämpfen wie den Sozialdemokraten Otto Braun. Vom Standpunkt der staatspolitischen Notwendigkeiten ist das gewiß zu bedauern. Wo gehobelt wird, fallen Späne, und es ist nicht anzunehmen, daß die Verfassungsparteien es verabsäumen werden jedem Streich des Rechtsblocks mit anderthalben zu begegnen. Man wird zugestehen müssen, daß diese Aussicht für die Verwirklichung der Volksgemeinschaft nicht gerade erfreulich ist. Sie hat aber auch die gute Seite, daß sie die taktische Situation der Verfassungsparteien für den 26. April wesentlich verbessert.

Es ist erheiternd zu betrachten, wie den sozialdemokratischen Wählern von den Parteien des sogenannten Reichsblocks eingeredet wird, daß die kirchenpolitische Einstellung Wilhelm Marx' es jedem in Weltanschauungsfragen liberal denkenden Wähler unmöglich machen müsse für diesen Kandidaten zu stimmen, und wie andererseits den Zentrumsanhängern die Gefahren geschildert werden, in die die Katholiken durch eine dauernde Lierung des Zentrums mit der Sozialdemokratie geraten könnten. Das alles wird man vergebens versucht haben, derartige Mittelchen werden nicht verfangen. Die sozialdemokratischen Wähler sind politisch so erzogen, daß sie ohnehin die hohe Bedeutung der Reichspräsidentenwahl erkennen. Sie wissen, daß ebensowenig wie Ebert als Reichspräsident Beauftragter einer Partei war, es dem Angehörigen einer andern Verfassungspartei auf dem Präsidentensitz möglich sein wird seine besonderen Parteiauffassungen über politische oder Weltanschauungsfragen zur Geltung zu bringen. Sie wissen, daß es sich heute darum handelt der Reichspolitik einen Kurs zu geben, der uns innen zerstörende Auseinandersetzungen erspart und außen andere Völker nicht weiter entfremdet sondern durch Verständigung näherbringt. Von Marx weiß man, daß er diesen Kurs folgerichtig steuert, daß er ein entschiedener Gegner derjenigen "Patentlösung" einer Volksgemeinschaft ist, die die Sozialdemokratie von dieser Gemeinschaft ausschließt; daß er die Verständigung besonders mit unseren westlichen Nachbarn als die Voraussetzung jeder erfolgreichen Außenpolitik betrachtet und unsinnigen Revancheverlangen fern ist. Eine produktive deutsche Außenpolitik kann nur ein Ziel haben: die Vereinigung der Staaten unseres Kontinents zu gemeinsamer Arbeit; und sie kann, da sie an alle Volksglieder starke Ansprüche stellt, nur von der Gemeinschaft eines freien, sich selbst regierenden Volkes getragen werden. Die sozialdemokratischen Wähler sind daher diszipliniert genug, um die stillen Hoffnungen der Gegner der republikanischen Konzentration, wie sie in der Sammelkandidatur Marx in die Erscheinung tritt, zu vereiteln. Eine Partei, die in dieser verworrenen Zeit nicht fest hinter ihrer Führung steht, ist nicht bündnisfähig und muß über kurz oder lang zerbrechen.

Der 26. April 1925 wird den Beweis dafür erbringen, daß diese Erkenntnis Allgemeingut der sozialdemokratischen Wähler geworden ist, wird bestätigen, daß der Erfolg des 29. März 1925 der Ausdruck der wiedergewonnenen Festigung, der innern Geschlossenheit der Partei war. Und wenn der Kampfruf der anderen womöglich noch die Person des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien umtobt, den in seiner anspruchslosen, geraden und beharrlichen Art viele von uns am Werk sahen, wird der einzelne sozialdemokratische Wähler nicht nur selbst am 26. April für Marx stimmen sondern auch manchen mit an den Wahltisch bringen, der noch am 29. März zu der großen Partei der Indifferenten und Nichtwähler gehörte.



LUDWIG QUESSEL · DER DEUTSCHE SICHERHEITSPAKT UND DIE BALANCE OF POWER-DOKTRIN



WIELLEICHT die beste und offenste Antwort auf die Frage, wohin britische Staatskunst die Völker Europas zu führen gedenkt, hat in diesen Tagen der Mann gegeben, dem die Welt die territoriale Neuordnung Europas verdankt. In einer Kundgebung, die in Frankreich als »eine schlechte Rede, die zugleich eine schlechte Tat war,« bezeichnet worden ist, hat David Lloyd George unverblümt sein Vertrauen darauf ausgedrückt, daß sich Deutschland für lange Zeit als Werkzeug der britischen Balance of power-Doktrin verwenden lassen. Lloyd George sieht, was die Zukunft des europäischen Gleichgewichts betrifft, jetzt wieder den englischen Himmel voller Geigen. 3 Kräfte stellen sich seiner Auffassung nach einer Einigung Europas unter französischer Führung entgegen: der polnische Korridor, die Trennung Österreichs von Deutschland, endlich Elsaß-Lothringen. Bei richtiger Mischung der Karten müsse es britischer Staatskunst, mit diesen 3 Trümpfen in der Hand, immer gelingen die europäischen Völker in Uneinigkeit und damit unter der Oberherrschaft des britischen Weltreichs zu halten.

Die Rede Lloyd Georges über die Aufrechterhaltung der Balance of power-Doktrin für das neue Europa offenbart uns, daß sich an dem Grundsatz der britischen Europapolitik nichts geändert hat. Gewiß, manches ist durch die »Auferweckung der begrabenen Nationen«, über die Lloyd George, als er an der Spitze des britischen Imperiums stand, so schön zu predigen wußte, anders geworden. Neue Wege mußten eingeschlagen, neue Etappen angelegt werden. Das Ziel aber ist das selbe geblieben: Europas Kontinent muß in Uneinigkeit leben, damit England ihn beherrschen kann. Auch von anderer Seite, die der territorialen Neuordnung Europas im Interesse der Aufrechterhaltung der Balance of power-Doktrin nicht ohne Bedenken gegenübersteht, ist uns in den letzten Tagen versichert worden, daß die großen Linien britischer Europapolitik sich nicht geändert hätten. In einem am 1. April in der Fortnightly Review veröffentlichten Artikel eines hervorragenden Publizisten, der unter dem Pseudonym Augur schreibt, erfahren wir, daß sich im Februar im britischen Kabinett 2 Richtungen gegenübergestanden hätten, Austen Chamberlain, der neue Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, hielt es mit der Balance of power-Doktrin vereinbar eine Erklärung zugunsten Frankreichs und Belgiens abzugeben, daß England jede Verletzung der östlichen Grenzen beider Staaten als casus belli ansehen werde. Seine Gegner waren anderer Ansicht. Sie sahen in einer solchen offiziell und öffentlich abgegebenen Erklärung eine zu starke Erschütterung jener Doktrin. Der Grundsatz Europa von London aus in 2 feindliche Heerlager zu trennen werde, wie sie meinten, zu sehr abgeschwächt, wenn Großbritannien Frankreich den ungestörten Besitz des Elsaß und Lothringens garantierte. Gewiß wolle England die Grenzziehungen des Versailler Vertrags im Westen nicht über den Haufen werfen, aber ein starkes Moment der Unsicherheit müsse für Frankreich immer bestehen bleiben. Man könne das leicht erreichen, indem man Deutschland bestimme Frankreich und Belgien einen Sicherheitspakt anzubieten, der Deutschland zwar verpflichte die westlichen Grenzen zu respektieren, ihm aber an den östlichen Grenzen freie Hand lasse. Der britische Autor läßt dann hinreichend deutlich durchblicken, daß nach jener

denkwürdigen Kabinettsitzung Lord d'Abernon den Auftrag erhalten hätte in diesem Sinn den deutschen Außenminister Stresemann in Berlin zu instruieren. Der deutsche Sicherheitspakt, den England zu akzeptieren bereit sei, befreie London von seiner in Versailles übernommenen Verpflichtung einen Sicherheitspakt mit Frankreich und Belgien abzuschließen und biete England dennoch die Möglichkeit Europa mit einer deutschen Fackel jederzeit in Brand zu setzen, wenn auch nicht am Rhein, so doch um so sicherer an der Weichsel.

Daß das Ziel der europäischen Politik Englands unverändert die Aufrechterhaltung der Balance of power-Doktrin ist, die es England ermöglichen soll den Kontinent in jedem Moment, in dem es das britische Interesse erfordert, in Brand zu setzen, hat übrigens auch Austen Chamberlain in seiner denkwürdigen Rede am 24. März dieses Jahres mit nackten Worten ausgesprochen. Er hat den Satz als richtig anerkannt: »Wenn das Britische Reich will, daß es keinen Krieg mehr [in Europa] gibt, wird es keinen mehr geben.« Dieser Satz verdient um so höheres Interesse, als er aus dem Mund des Mannes kommt, der kurz vorher auf der Tagung des Völkerbundsrats das Genfer Protokoll mit einer Schärfe und Bitterkeit bekämpft hatte, daß der Genfer Berichterstatter der Frankfurter Zeitung sich berechtigt glaubte von einem »Fußtritt« zu sprechen, den England dem Genfer Protokoll versetzt habe. Austen Chamberlain ist in seiner Rede aber auch der Ansicht entgegengetreten, als ob ein wirklicher Friede am Rhein mit den britischen Interessen vereinbar wäre. Seine Argumentation lief darauf hinaus, daß der Rhein unter allen Umständen ein Gebiet europäischer Zwietracht bleiben müsse. »Alle unsere großen Kriege sind [am Rhein] ausgefochten worden, um zu verhindern, daß eine militärische Großmacht in Europa dominiert und zugleich die Kanalküste und die Häfen der Niederlande beherrscht.« Was Austen Chamberlain den Völkern Europas am 24. März zu verschweigen für gut befand, ist freilich nicht minder wichtig als das, was er offen sagte: Das britische Weltreich ist nicht nur der Todfeind jeder militärischen Macht, die durch ihr Übergewicht am Rhein die Balance of power-Doktrin außer Kraft setzen könnte, sondern es ist auch der Todfeind jedes Versuchs die Völker Europas in einem Staatenbund zu vereinigen. Denn die Entstehung der Vereinigten Staaten Europas oder richtiger des Vereinigten europäischen Kontinents, so lose auch immer ein solches Gebilde gefügt wäre, bedeutete ebenfalls das Ende der Balance of power-Doktrin, die Aufhebung des alten britischen Rechts Europa, sooft Großbritannien dessen bedarf, in Kriegszustand zu versetzen.

In scheinbarem Widerspruch zu der Starrheit jener Doktrin, an der England als heiligem Erbe der Väter, mit dem die angelsächsische Weltherrschaft steht und fällt, entschlossen festhält, stehen die schwankenden und biegsamen Methoden der britischen Diplomatie, die bald prodeutsch, bald profranzösisch schillern. Aber dieser nebelhafte Charakter der diplomatischen Methoden Großbritanniens widerspricht nicht nur nicht der Balance of power-Doktrin sondern ist ihr vielmehr durchaus angepaßt. Von den beiden Mächtegruppen, die jenes System in Europa schafft, darf keine so lange wissen, in welchem Lager England eigentlich steht, bis der Augenblick für London gekommen ist den Konflikt auf dem Kontinent zu entfesseln. Gerade der Umstand, daß Englands Politik den europäischen Völkern gegenüber von Liebe und Haß gleich frei ist, gibt ihr eine furchtbare Überlegenheit. Die

Methoden einer Diplomatie, die die Balance of power-Doktrin als ihren Leitstern anerkennt, müssen für die Kontinentalvölker nebelhaft und unklar bleiben, wenn britischer Wille über Krieg und Frieden in Europa entscheiden soll. So müssen die Worte Austen Chamberlains vom 24. März vor dem Unterhaus verstanden werden: »Wenn das Britische Reich will, daß es keinen Krieg mehr gibt, wird es keinen mehr geben.«

Von den oben genannten 3 großen Möglichkeiten, die England nach Lloyd George besitzt, um Europa in Flammen zu setzen, scheint die mit dem polnischen Korridor zusammenhängende in London zurzeit die größte Beachtung zu finden. Kein Wunder, daß die Blicke der französischen Pazifisten mit Sorge auf die Weichsel gerichtet sind. Man weiß in Paris, daß in den weißrussischen Gebieten Polens und in Bessarabien seit langem bolschewistische Emissäre mit der Organisation nationalistischer Aufstände beschäftigt sind. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, da beide Gebiete ethnisch zu Rußland gehören. Dazu kommen die Rüstungen der Bolschewisten, die einen bemerkenswerten Umfang erreicht haben. Auf eine Anfrage im Unterhaus über die russischen Kriegsvorbereitungen hat vor 14 Tagen der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Ronald MacNeill eine beachtenswerte schriftliche Antwort erteilt, aus der hervorgeht, daß englische Militärs die effektive Stärke der Roten Armee auf 657 000 Mann Infanterie und 93 600 Mann Kavallerie veranschlagen. Zuverlässige Informationen über die Artillerie und die Luftstreitkräfte Rußlands fehlten. Das russische Budget sehe für 1924-1925 eine Ausgabe von 407 Millionen Goldrubel für Heer und Marine vor. Stellt man die Verkleinerung Rußlands durch die Randstaatenbildung in Rechnung, so ergäbe sich nach den Mitteilungen des Foreign Office ein Stand der Rüstungen in Rußland, der an das Wettrüsten des Zarenreichs auf seinem Höhepunkt unmittelbar vor Ausbruch des Krieges heranreichte. Als weiteres beunruhigendes Moment kommt hinzu, daß der Volkskommissar Frunse, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Trotzki, ausgesprochen "westlich orientiert" sei, das heißt Anhänger eines Krieges gegen Polen und Rumänien, um Weißrußland und Bessarabien zurückzuerobern. Auch über eine Reorganisation der Putilowwerke bei Petersburg zur Herstellung von Großkampfwaffen durch die Firma Krupp wird in Polen viel gesprochen. Man behauptet in Warschau sogar, die Großkampfwaffen für die deutsche Reichswehr ständen in Petersburg schon bereit, um sie, wenn der Tanz losgehe, unter dem Schutz deutscher und russischer Schiffe nach Königsberg zu schaffen. Daher rechnet man in Polen damit, daß ein russischer Angriff auf die von Polen annektierten weißrussischen Gebiete von Deutschland mit der Besetzung des polnischen Korridors begleitet wird, wenn England hierzu seine Zustimmung erteilt. Kein Wunder, daß angesichts der bolschewistischen Rüstungen und der Haltung Englands die polnische Presse Polens Lage als tragisch bezeichnet. Aber auch Frankreich wird unruhig, weil für Paris der Bündnisfall gegeben ist, sobald die polnischen Grenzen von Deutschland verletzt werden. Man sieht, Lloyd George ist nicht schlecht orientiert, wenn er von den 3 Möglichkeiten einen europäischen Krieg anzustiften gerade die Besetzung des polnischen Korridors durch Deutschland als die zurzeit wirksamste ansieht. Daher auch die Panik in Polen, die im März zu dem Schwur vor den polnischen Rathäusern führte auch gegen den Willen Englands den polnischen Korridor gegen deutsche Angriffe zu verteidigen. Da sich andererseits in Deutschland keine

Regierung finden dürfte, die ohne die heimliche Zustimmung Englands Besitz vom polnischen Korridor ergreifen wollte, so zeigt eine nüchterne Analyse der europäischen Lage, daß es in der Tat keine englische Überhebung war, als Austen Chamberlain am 24. März sagte, daß ein Krieg in Europa nur nach dem Willen des Britischen Reiches ausbrechen könne.

Wie in Warschau so ist man auch in Paris der Überzeugung, daß, wenn London die Zeit für gekommen hält Deutschland zur Revanche vorzuschicken, der deutsche Vormarsch sich der Weichsel zu bewegen werde. Dutzende von Artikeln des Organs des Quai d'Orsay, des Temps, zeigen, daß man in Frankreich einen westlichen Sicherheitspakt, der England freie Hand läßt einen deutschen Vormarsch an die Weichsel zu ermuntern, als fragwürdig, ja als gefährlich betrachtet. Man ist sich in Paris klar darüber, daß Deutschland ohne heimliche Mitwirkung der britischen Diplomatie ebensowenig zu einer Kriegsgefahr im Osten wie im Westen werden wird. Man faßt in Paris, Brüssel, Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad die Abhängigkeit Berlins vom Foreign Office als den ruhenden Pol in der Flucht der Erscheinungen deutscher Politik auf. Stresemanns Sicherungsvorschlag erlangte daher für Frankreich und seine Verbündeten erst dann eine reale Bedeutung, wenn England sich verpflichtete von seiner Macht an der Weichsel einen neuen Weltbrand zu entfachen keinen Gebrauch zu machen. Wird es dies tun? Gegen gewaltige Kompensationen Frankreichs in Asien vielleicht. Die starke Politik, die Frankreich im Nahen Orient führt, bedroht die britische Weltherrschaft an ihrem Gefahrenpunkt. Um ihr zu begegnen, muß England in Europa einen Druck auf Frankreich auszuüben suchen. Hierzu soll ihm Deutschland dienen: wie bisher in der Reparations-, so jetzt in der Sicherheitsfrage. Wie der Ruhrkrieg, den Deutschland in Wahrheit doch nur für England führte, zur Verstärkung der ökonomischen und politischen Weltgeltung des Britischen Reichs ausgenutzt wurde, so wird England sich von Frankreich auch jede Sicherung des polnischen Korridors teuer bezahlen lassen. Der Engländer weiß, daß das Divide et impera der europäischen Balance of power-Doktrin sich auch in fernen Erdteilen zugunsten des britischen Imperiums ausnutzen läßt. Der Deutsche fühlt freilich immer noch nicht, daß er bloßes Werkzeug in der Hand der Engländer sein soll. Wo britischer Einfluß beginnt, hört anscheinend deutscher Nationalstolz auf. Jetzt gefallen sich gewisse koloniale Kreise in Deutschland sogar in der Einbildung von dem Aneigner der deutschen Kolonien, von England, ein Vorkaufsrecht auf die portugiesischen Kolonien zu erhalten. Genau das selbe Vorkaufsrecht hat Großbritannien schon einmal zum Gimpelfang in Deutschland benutzt. Es diente seinerzeit dazu die deutsche Regierung zu bestimmen sich einer gemeinsamen Intervention der kontinentalen Großmächte zugunsten der Buren zu verschließen. Als der Burenkrieg für England siegreich beendet war, bildete die deutsche Einfalt, die dieses Angebot ernstgenommen hatte, in allen Londoner Klubs einen beliebten Gegenstand blutiger Witze über den politischen Schwachsinn der Deutschen. Seton Watson hat in englischen Zeitschriften diese unrühmliche Episode deutscher Außenpolitik mit Behagen dargestellt. Die Mißachtung deutscher politischer Intelligenz kann von London gar nicht drastischer bewiesen werden als dadurch, daß man jetzt wieder das berechtigte Verlangen nach der Rückgabe der deutschen Kolonialmandate geschickt zu ersticken versteht, indem man Deutschland großmütig Kolonien in Aussicht stellt, die einer dritten Macht gehören.

Es gab eine Zeit, da auch bei Stresemann die Einsicht vorhanden schien, daß das deutsche Unglück aus der englischen Krankheit stammt. Diese Einsicht ist bei ihm schnell verschwunden. Heute sehen wir, wie die deutsche Außenpolitik sich wieder ganz und gar im britischen Fahrwasser bewegt. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Nichträumung Kölns die deutsche Diplomatie in eine schwierige Lage gebracht hat. Aber auch hier zeigt sich wieder die Meisterschaft britischer Außenpolitik. Was ein Zugeständnis an Frankreich sein sollte, um seine Sicherheit zu vermehren, ist schnell genug zu einer ernsthaften Gefahrenquelle für Frankreichs Sicherung insoweit geworden, als die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone die deutsche Diplomatie zu einem hilflosen Werkzeug Englands gemacht hat. Was hilft es Frankreich, wenn Köln besetzt bleibt, und gleichzeitig Feuerbrände an der Weichsel aufgeschichtet werden? Noch klarer liegt aber die Schädigung Deutschlands durch die britischen Manöver auf der Hand. Gewiß wäre ein Statut über den polnischen Korridor, das die deutschen und die polnischen Interessen auf eine gemeinsame Linie brächte, aufs innigste zu wünschen. Dazu uns seine Hilfe zu bieten, daran denkt England gar nicht. Es will sich den polnischen Korridor einfach als Feuerherd erhalten, um Europa im Bedarfsfall anzuzünden zu lassen. Je geringer die Einsicht über die wahren Motive britischer Politik in der offiziellen Leitung der deutschen Politik ist, um so mehr wird es die Pflicht der Publizisten, die es mit ihrem Vaterland gut meinen, diese so darzustellen wie sie ihrem objektiven Charakter nach, unabhängig von der mehr oder minder großen Humanität dieses oder jenes britischen Staatsmanns, in Wirklichkeit sind.

MAX SCHIPPEL · ARBEITERKAMMERN UND PARITÄTISCHE WIRTSCHAFTSVERTRETUNGEN



U den Fragen, die seit jeher in der Arbeiterbewegung keine einheitliche Beurteilung fanden, gehört das Problem der wirtschaftlich-sozialen Interessenvertretungen und Selbstverwaltungskörperschaften. Bald empfahl man das paritätische Zusammenfügen von Arbeitern und Arbeitgebern, bald die einseitige selbständige Klassenvertretung als zweckentsprechendsten Fortschritt. Wie es bei uns üblich ist, wurde jede der beiden Stellungnahmen alsdann auch "grundsätzlich" und deshalb mit einer gewissen Neigung zur Herabsetzung und selbst Verdächtigung der Gegenseite verfochten. Wer hier die älteren parteigenössischen und gewerkschaftlichen Aussprachen nicht mehr miterlebte, erinnere sich nur der jüngsten ebenso temperament- wie geistvollen Auseinandersetzungen und Anklagen anlässlich der einzelindustriellen und zentralen Arbeitsgemeinschaften.

Aber die gewöhnliche bequeme Scheidelinie zwischen dem aufrechten Klassenkampfbereitschaft und dem sanftlebigen schwachen Kompromißlerum versagte gerade hier in unerwarteter Weise. Die sich sonst als radikale Auserwählte fühlten, ereiferten sich auf dem erwähnten strittigen Gebiet gar nicht selten am heftigsten für die gleiche Parität, die sie bei anderen gewerkschaftlichen und politischen Entscheidungen als Koalition und Arbeitsgemeinschaft laut und mehr oder weniger ehrlich verabscheuen. Und wiederum die reformistisch im Endzielbewußtsein und -antrieb Verkümmertsten betonten es recht häufig als die wichtigste aller nächsten Aufgaben; eine

anerkannte gesonderte wirtschaftlich-soziale Klassenrepräsentation der Arbeiter neben die längst bestehenden gesetzlichen Repräsentationskörperschaften der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer zu setzen.

Die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie vor und unter dem Sozialistengesetz wurde und wird vielfach als die vorbildlich radikale Heroenzeit der Partei bewundert. Die großen, seit jeher mit Recht als besondere Marksteine der Parteientwicklung angesehenen ersten Arbeiterschutzgesetzentwürfe der Partei gingen jedoch stets von der sozialpolitischen Parität als großem aufbaubestimmenden Grundzug aus. Schon der Fritzsche-Bebelsche Entwurf von 1877 sah Gewerbekammern vor, »zur einen Hälfte aus Arbeitgebern und zur andern Hälfte aus Arbeitern bestehend«. In dem Antrag Auer-Bebel von 1885-1886 kehrt das Prinzip der Parität auf allen Organisationsstufen, von der Arbeitskammer bis zum Reichsarbeitsamt als maßgebende Richtschnur wieder. Vor allem Bebel war auf seine schöpferische Anregung und Mitwirkung bei diesen paritätischen Instanzen der sozialpolitischen Selbstverwaltung jederzeit nicht wenig stolz, und als die Sozialistischen Monatshefte gelegentlich eine wenig gekannte Denkschrift des Geheimrats und spätern freikonservativen Parteiführers Gamp ausgruben, die, auf ausdrücklichen Wunsch für den Reichskanzler Fürsten Bismarck ausgearbeitet, mit gewissen Nebenabsichten entschlossen auf die Errichtung reiner Arbeiterkammern hinzielte¹, witterte Bebel in den Sonderarbeitskammern vollends die Gefahr einer Konkurrenzorganisation gegen die seiner Obhut anvertraute politische Partei.

Im Gegensatz zu Bebel galt Otto Hue, besonders nachdem er offen seine Stimme für die Parteineutralität der Gewerkschaften erhoben hatte, als Typus jener revisionistischen Gewerkschaftsführer, die ein richtig aufgezogener Berliner oder sächsischer Volksversammlungsradikaler widerwillig nur deswegen duldete, weil er nun einmal nicht mehr mit ihnen fertig werden konnte. Hue war es jedoch, der 1905 auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln eine Zweidrittelstimmenmehrheit (und sogar eine Dreiviertelmehrheit der Delegierten) zur Ablehnung der paritätischen Arbeitskammern, für die Umbreit als erster Referent eintrat, und zur Annahme der Forderung von reinen Arbeiterkammern brachte. In der Parität sei »keine Einrichtung zu erblicken, die den Arbeiterstandpunkt unverschleiert zum Ausdruck bringt«; jede Lösung, die der »Schaffung selbständiger Arbeiterkammern entgegen steht«, sei zu verwerfen. Ganz ähnlich hatte vor den Gewerkschaften schon 1896 aus der Berliner Tagung, trotz den Warnungen Theodor Leiparts, Adolph von Elm für ein verwandtes Gebiet, nämlich die Arbeitsvermittlung, argumentiert; die wiederum, nebenbei bemerkt, schon der alte sozialdemokratische Arbeiterschutzentwurf den paritätischen Arbeitsämtern jeweils für deren Bezirk übertragen sehen wollte. In der Resolution von Elm hieß es 1896: »Grundsätzlich abzulehnen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Der naturgemäße unausgleichbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird immer ausschlaggebend wirken, selbst dann, wenn durch einen scheinbar parteilosen ... Arbeitsnachweis ein Kompromiß auf diesem Gebiete zustande gekommen ist ... Der 2. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands warnt deshalb die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment auf einer andern Grundlage als der alleinigen Leitung ... durch die Organisation der Arbeiter.«

¹) Siehe Schippel Herr Gamp, die Regierung, Arbeitsnachweis und Arbeitervertretung, in den Sozialistischen Monatsheften 1902 I Seite 193 und folgende.



IM Augenblick hat diese Gegensätzlichkeit der Auffassungen und Forderungen eine gewisse praktische Bedeutung für den Freistaat Sachsen gewonnen. Seit dem August 1922 steht dort ein unter den Arbeitsministern Jäckel und Ristau, also 2 Gewerkschaftsführern, vorbereiteter und abgeschlossener Entwurf eines Arbeitnehmerkammergesetzes zur öffentlichen Erörterung. Bremen war nach dieser Richtung vorangegangen. Trotzdem war lange Zeit mit einem Einspruch des Reichs zu rechnen, weil dieses sich in dem Artikel 165 der Weimarer Verfassung seinen besondern Aufbau von Betriebs-, Bezirks- und Reichsarbeiterräten einerseits und alsdann in paritätischem Zusammenfügen andererseits von Wirtschaftsräten in Bezirk und Reich vorbehalten hat und sich erklärlicherweise für bestimmte staatliche Gebiete nicht vor fertige, schwer abänderliche Tatsachen gestellt sehen wollte. Seit dem Januar dieses Jahres weiß man, daß die Reichsregierung nicht mehr Einspruch erheben will, wenn die Länder Arbeiterkammern zu errichten beabsichtigen.

Aber der Einspruch regt sich, was manchen überrascht haben wird, von einer ganz andern Seite, und zwar von der Leitung der deutschen Gewerkschaften aus. Der Leipziger Kongreß vom Jahr 1922 hatte hier aus dem bisherigen, zu einem guten Teil durch die Arbeiter selbst verschuldeten bloßen Scheinleben der Zentralarbeitsgemeinschaft, dieser einen besondern Form und Spitze des paritätischen Zusammenwirkens zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwar unter dem Druck eines rührigen scheinradikalen Flügels recht kurzsichtig und hilflos die Folgerung des Austritts gezogen. Indes, der Beschluß stand von vornherein auf des Messers Schneide. 327 bejahenden Delegierten mit 3 803 238 Mitgliedern standen 345 ablehnende Delegierte mit allerdings nur 3 582 429 zugehörigen Mitgliedern gegenüber, und der Bundesvorstand sah sich bei seiner ganzen Vergangenheit und sonstigen Haltung in eine so peinliche Lage gebracht, daß er seinen Rücktritt ernstlich erwog. Der Kongreß nahm deshalb nach dem Muster der Echternacher Springprozession eine zweite Resolution an: eine »grundsätzliche Entscheidung über die vom Bundesvorstand vertretene wirtschaftspolitische Auffassung« habe man nicht fällen wollen; der die Mitarbeit in der zentralen Arbeitsgemeinschaft ablehnende Delegiertenteil tue dies nur »aus Zweckmäßigkeitsgründen«; die »Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie« denke man sich nach wie vor im Sinn der Nürnberger Richtlinien von 1919. Diese Nürnberger Richtlinien sprachen jedoch, was wohl manchem Paritätsgegner in Leipzig nicht bewußt war, von »Erfüllung der wesentlichsten Arbeiterforderungen auf dem Wege der wirtschaftlichen Demokratie ... durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen«. Ferner forderte der in dieser Beziehung bedenklich unsicher hin und her irrlichterierende Leipziger Kongreß ausdrücklich selber »unter Aufrechterhaltung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Nürnberg die paritätische Teilnahme der Arbeiterschaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jener, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind«. Wer einmal etwas von Lassalles geschriebener und ungeschriebener Verfassung gehört hat, kann dies unmöglich nur auf gesetzliche und behördlich-amtliche »Organe der Wirtschaft« angewandt sehen wollen. Ein »Organ der Wirtschaft« ist selbstverständlich, nach allbekanntester Erfahrung oft viel mehr als eine gesetzlich

und amtlich geeichte Handelskammer, jeder halbwegs hervorragende Unternehmerindustrieverband; und die »paritätische Teilnahme der Arbeiterschaft« heißt hier nun einmal nichts anderes als Arbeitsgemeinschaft für das betreffende Produktionsgebiet. Ein »Organ der Wirtschaft« ist vollends in höchstem Maß (gerade unser Radikalismus schwelgt hier mit Vorliebe in den unheimlichsten Übertreibungen) der Reichsverband der Industrie oder der Landwirtschaft oder selbst des Handwerks; und die Anerkennung der Parität heißt in diesem Fall, was gar nicht so schwer einzusehen ist, Zentralarbeitsgemeinschaft. Den ganzen scheinradikalen Vorstoß in Leipzig kann man demnach nur deshalb nicht als einen Schlag ins Wasser bezeichnen, weil er ein Schlag in das eigene Gesicht war.

In der Folgezeit wandten der Bundesausschuß und die Gewerkschaftszeitung (das ehemalige Korrespondenzblatt) diese Resolution allerdings vorwiegend auf die Umgestaltung der bestehenden öffentlichrechtlichen und unmittelbar mit den Regierungsspitzen enger verbundenen Interessenvertretungen und Beiräte (Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Ausschüsse zur Vorbereitung von Zolltarifen und Handelsverträgen und ähnliches) programmatisch an. Dies entsprach vorläufig der ganzen Lage und Entwicklung der Dinge und schloß für später, wenn die sozialen Kräftegruppierungen einmal wieder andere sein werden, eine erneute Wendung nach der Seite der freigebildeten, nicht öffentlichrechtlichen Organe keineswegs aus. Ein seltsamer Zufall wollte es unterdes, daß das erwähnte, auf einen engeren Kreis beschränkte Paritätsstreben in Konflikt mit den einzelstaatlichen, halb parteipolitischen und halb gewerkschaftlichen Anläufen zur Schaffung von Arbeiterkammern geriet, wobei, wie gesagt, Sachsen zurzeit im Vordergrund steht.

In seinem Eifer die Frage der seit Weimar zugesicherten paritätischen Wirtschaftsrate vorwärtszubringen beschloß der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 17. März gegen 2 Stimmen:

»Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erinnert an den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1922 betreffend die Stellung der Gewerkschaften zu dem Versprechen in § 165 der Reichsverfassung, wonach die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken haben. Der Beschluß des Leipziger Kongresses fordert »unter Aufrechterhaltung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Nürnberg die paritätische Teilnahme der Arbeiterschaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jener, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind«. Der Bundesausschuß kann in der Schaffung gesonderter Arbeiterkammern keine Erfüllung der im Artikel 165 der Reichsverfassung gegebenen Zusicherung erblicken. Er fordert die in den Landesparlamenten wirkenden Vertreter der Arbeiterschaft auf gegen die Errichtung von Arbeiterkammern Stellung zu nehmen und das Verlangen nach Schaffung von paritätischen Wirtschaftskammern mit aller Entschiedenheit zu unterstützen.«



WENN dieser Beschluß weiter nichts besagen will, als daß Arbeiterkammern den in Gegenwart und Zukunft weit wichtigeren Wirtschaftsparlamenten und wirtschaftlich-sozialen Selbstverwaltungskörperschaften (die man sich unter den heutigen Verhältnissen anders als paritätisch kaum vorstellen kann) nicht hindernd im Weg stehen sollen, so ist wenig dagegen einzuwenden. An sich sind natürlich Arbeiterkammern keineswegs abzulehnen. Im Gegenteil, meines Erachtens beweisen die österreichischen Erfahrungen schon jetzt,

welche erzieherische Kraft man zu entbinden vermag, wenn man entschlossen die tüchtigsten Köpfe der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, die ganz etwas anderes sind als die aus Agitationsklubs hervorgewachsenen "Köpfe", zu praktischem Mitwirken bei konkreten Aufgaben und zu allgemein anerkannten, mit tatsächlicher Verantwortung verbundenen Funktionen zusammenfaßt. Die unglückseligen Parteigenossen in der sächsischen Regierung und der Fraktionsminderheit im sächsischen Landtag könnten sich im Augenblick gar keine bessere Stütze wünschen als ein solches Gegengewicht gegen einen jede lebensfähige Arbeiterklassenbewegung untergrabenden und vernichtenden Schein- und Wortradikalismus, wie er gegenwärtig in Sachsen die einstmals zu so schönen Hoffnungen berechtigende Arbeiterklassenbewegung nachgerade zum Gespött und Spielzeug aller anderen Klassen macht.

Zweifelhaft kann weiter sein, ob die Gewerkschaften selber durch die Überschätzung, mit der sie die paritätische Beteiligung an den zeitweilig bestehenden öffentlichrechtlichen Interessenvertretungen wie einen abschließenden Erfolg behandeln, nicht ihrerseits den tieferen Umbildungen im Weg stehen, wie sie dereinst bei aller unklaren Gärung den dauernd berechtigten Kern der Rätebewegung, nicht nur in Deutschland, bildeten.

Die neu entstandenen und immer reicher sich entfaltenden wirtschaftlich-sozialen Kräfte unserer Zeit haben in den letzten Jahrzehnten immer unwiderstehlicher eine Fülle von selbständig wirksamen Zentren geschaffen, teils ausschließlich oder ganz überwiegend in freier Organisation, teils in öffentlichrechtlicher Herausarbeitung und Anerkennung. Entsprechend haben sie neben den alten Instanzen der Hoheitsgewalt des Reichs und der Länder und neben den auf unterschiedslosen allgemeinen Wahlen, auf der blutlosen Gleichheit des "Staatsbürgers" beruhenden politischen Parlamenten eine immer größere und im Grunde auch ganz berechtigende Rolle gespielt. Dies gilt von territorialen Handelskammern wie von reichseinheitlichen Industrie- und Spitzenverbänden, von Landwirtschaftskammern wie von agrarischen Organisationen, von den Gewerkschaften und Genossenschaften wie von den großen Selbstverwaltungskörperschaften unserer Arbeiterversicherung. Unberechtigt war nur, wie politische Regierungen und Parlamente in ganz unregelter Weise, rein nach Zufall und Willkür, diesen Einflüssen unterworfen blieben, und wie Erfahrungen übelster Art zur blinden Feindseligkeit bald gegen Politik und Parlamentarismus bald gegen die an sich unentbehrlichen wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, die neuen Mächte im alten Staatsgefüge, führten. Diesen an sich eng verbundenen wirtschaftlich-sozialen Kräften zu einer selbständigen Zusammenfügung neben den mehr und mehr versagenden rein politischen Instanzen der Regierungen, Parlamente und Parteien zu verhelfen, innerhalb dieses neuen Rahmens alsdann weiter der Gleichberechtigung und den künftigen Entwicklungsbedürfnissen der Arbeit als Produktionsfaktor nach Möglichkeit Geltung zu erringen: dies war und bleibt immer wieder der tiefste Sinn der Rätebewegung, wie er auch in dem Artikel 165 der Weimarer Verfassung, obwohl in nebelhaften Umrissen, anerkannt worden ist.

In den nach Industrien und Produktionsgebieten differenzierten Arbeitsgemeinschaften, im Vorläufigen, mit der ursprünglichen Zentralarbeitsgemeinschaft eng zusammenhängenden Reichswirtschaftsrat erwachten einzelne Keime einer höhern Zukunftsgestaltung. Mannigfaltige Ursachen haben hier die Rückschläge, die keinem großen, plötzlich durchbrechenden Fort-

schrift erspart bleiben, hervorgerufen. Die Gewerkschaften selber waren nicht in der Lage die dargebotene Gelegenheit energisch auszunutzen, weil in ihren eigenen Reihen die naive Unerfahrenheit, wie sie gewöhnlich als vorbildlicher Radikalismus beifällig begrüßt wird, Unfall und Verrat zu schreien begann. Gegenüber den Abmachungen Legiens, Leiparts und Schlickes blieben zuguterletzt die Liebmann obenauf, wenn sie sich und anderen ein Zerrbild der tatsächlichen Machtverhältnisse vorgaukelten:

»Als wenn es keine Revolution gegeben hätte, als wenn die alten Herrschaftsverhältnisse noch beständen, vereinbarten die Gewerkschaftsführer, die sich als Arbeitervertreter ausgaben, daß in bestimmten Fragen auch die Arbeiter etwas zu sagen haben sollten, und zwar paritätisch mit den Unternehmern. Damit gaben die Gewerkschaftsführer den durch die Revolution entthronten Unternehmerverbänden ein Stück von der Macht zurück (wenn auch vorläufig nur auf dem Papier), die von den Arbeiter- und Soldatenräten ausgeübt wurde ... Im alten Klassenstaat hätte vom Standpunkt der Gewerkschaftsführer die Vereinbarung in der Tat als ein wesentlicher Fortschritt angesehen werden können, aber nach der siegreichen Revolution war sie ein Aufgeben der revolutionären Errungenschaft, noch bevor sich das zu Boden geschmetterte Unternehmertum auch nur einigermaßen von seiner Niederlage erholt hatte.«²

Der Bundesausschuß kommt mit Recht auf seine Stellungnahme von 1918 zurück. Aber die bestehenden öffentlichrechtlichen Vertretungen, wie Handelskammern, die neuerdings so sehr hervorgehoben wurden, stehen heute an Bedeutung weit zurück hinter den freien Gebilden des realen Wirtschaftslebens. Bei diesen gilt es in erster Linie die Parität zur tatsächlichen Anerkennung zu bringen.

PAUL KAMPPMEYER · DER NIEDERGANG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

BEI der Volkswahl des Reichspräsidenten am 29. März war das charakteristischste Symptom wohl der rapide Stimmenverlust der Partei, die den Namen des Kommunismus usurpiert hat. Seit dem Novemberzusammenbruch des Jahres 1918 ist das deutsche Volk durch eine fortlaufende Kette von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen gegangen. Welch ungeheure Erschütterungen in dem sozialen Klassenaufbau Deutschlands allein durch die Umwälzung der deutschen Wohnungsverhältnisse eintreten mußten, kann man aus einer Berechnung Franz Eulenbursg ersehen, nach der die Zahl der Deklassierten auf $4\frac{1}{2}$ bis 5 Millionen, das heißt auf 7 bis 8 % der deutschen Bevölkerung, anzuschlagen ist. Kein Wunder, daß in der Panik einer derartigen sozialen Katastrophe, die ganze Schichten des wohlhabenden Mittelstandes zu armseligen Bettlern herabdrückte, der Katastrophenpolitiker Gehör fand, ob er nun von "rechts" oder von "links" kam. Das ganze Enteignungsverfahren, durch das die deutschen Mittelklassen mit einer Herzensfrostigkeit sondergleichen hindurchgepeitscht wurden, roch nach so roher Gewalt, daß die Opfer dieses Verfahrens gar zu leicht geneigt waren den Gewaltpolitikern recht zu geben, die mit einer ähnlichen Prozedur die wirklichen oder vermeintlichen Nutznießer der sozialen Expropriation bedenken wollten. Wenn der Nationalsozialismus die empörten Ausgeworfenen der Mittelklassen an seine Hakenkreuzfahne zu fesseln suchte, dann propagierte er einen Sozialismus des "dummen Kerls", der mit den Gewaltkuren Doktor

²) Siehe Liebmann Die Politik der Generalkommission /Leipzig 1919/ Seite 6.

Eisenbarts die tief im sozialen Organismus wurzelnden Krankheiten heilen wollte, und wenn der Kommunismus die proletarisierten Elemente dieser Klassen für den Sowjetstern einzufangen gedachte, dann verbreitete er ein Evangelium des ganz dummen Kerls, das mit dem Zauberwort der Diktatur eine ganz neue Welt zu schaffen glaubte. Schrie Graf Reventlow nach Handgranaten, so antwortete Ruth Fischer mit dem Ruf nach Maschinengewehren; unternahm es ein nationalistischer Agitator das demokratische Regierungssystem herunterzureißen, so konnte er sicher auf die ihn unterstützenden Kommunisten rechnen. In Offenen Briefen hielten beide Richtungen eine verständnisvolle Zwiesprache. Die Reichspräsidentenwahl hat den Niedergang des sogenannten Rechtsradikalismus dadurch verschleiert, daß starke Gruppen dieser Partei wohl in der klugen Erwähnung, daß sie sich bei der allgemeinen Zersetzung ihrer Sekte, nein: ihrer Sekten, nicht zählen dürften, für Jarres stimmten, obwohl dieser ein Vertreter des, von ihnen geschmähten Trustkapitalismus und ein am Leitseil Stresemanns gehaltener "Verräter" nationaler Interessen ist. Um so offenkundiger ist aber der rapide Verfall der Kommunistischen Partei Deutschlands geworden.

Der Kommunismus führt in Deutschland seine Wahlschlachten immer unter dem Kriegsruf "Tod und Untergang der ganzen bürgerlichen Gesellschaft durch das revolutionäre kommunistische Proletariat!". Alle seine Politik ist stets Massendemonstrationspolitik. Jeder Kommunist soll seine ganze Person in die Wahlkämpfe, und zwar für das Bekenntnis zur proletarischen Revolution, hineinwerfen. Gerade in den revolutionären Massenhandlungen (und alle Wahlen werden von den Kommunisten zu solchen Aktionen gestempelt) spricht sich die Machtstellung des Kommunismus aus. Eine schrittweise Annäherung an den Sozialismus durch politische Aktionen verabscheut er als einen Verrat am proletarischen Sozialismus. Jede Wahlpolitik zur etappenmäßigen Er kämpfung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirft er grundsätzlich. Der kommunistische Wähler kann immer nur die Politik der "Diktatur des Proletariats" bejahen und die Politik demokratischer "Kompromisse" entrüstet verneinen. Der Kommunist muß die (vermeintlich) revolutionären Jasager zählen, wenn er die Stärke seiner Partei feststellen will. Diese Feststellung ist ihm ein Gradmesser der proletarischen Revolution in Deutschland. Wie fiel nun die Zählung am 29. März 1925 aus?

Am Abend des 30. März konnte bereits jeder normale Staatsbürger die Niederlage der Kommunistischen Partei Deutschlands bei der Reichspräsidentenwahl überblicken. Als vorläufiges amtliches Wahlergebnis wurde damals bekanntgegeben, daß die Wählerschaft des Kommunismus von etwa 2,7 Millionen Stimmen auf 1,8 heruntergegangen sei. Arthur Rosenberg war trotzdem unbefangen genug in der Roten Fahne zu schreiben: »Bedeutet diese Ziffern, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei Deutschlands auf die Arbeiterschaft zurückgegangen ist, während der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verhältnismäßig zugenommen hat? Haben wir also eine Niederlage erlitten? Selbstverständlich wird niemand leugnen, daß unsere Stimmenzahl gegenüber dem 7. Dezember unbefriedigend ist. Aber ebenso verkehrt wäre die Auffassung, daß unser Stimmenverlust eine Erschütterung der kommunistischen Position im Proletariat darstelle. Es ist Pflicht unserer Genossen allen Verdrehungen der Tatsachen in dieser Beziehung energisch entgegenzutreten.«

Die Kommunistische Partei hatte sich während des Wahlfeldzugs bemüht die Reichspräsidentenwahl zu einem großen Prinzipienkampf zu stempeln, in der sie allein einen ziel- und klassenbewußten Proletarier, den "Arbeiter" Thälmann, gegenüber dem gesamten wirtschaftlichen und politischen Ausbeutertum aufgestellt hatte. Sie verschmolz das gesamte Arbeiterklasseninteresse mit dem Interesse der Kommunistischen Partei. Für sie war die Reichspräsidentenwahl abermals eine Gelegenheit eine große Heerschau über die revolutionären Massen zu halten. Die von den Kommunisten bediente Humanité gibt zu, daß es sich bei der kommunistischen Beteiligung an der Reichspräsidentenwahl um eine Demonstration unversöhnlicher Gegnerschaft gegen die sozialdemokratischen Verrätereien und gegen die bürgerliche Tyrannei gedreht habe. Bei einer solchen grundsätzlichen Demonstration mußte doch wohl jeder Kommunist auf Deck sein, um gegen die sozialdemokratische "Reformerei" und gegen die bürgerliche Tyrannei zu rebellieren, und um sich zur "ganzen und vollen" proletarischen Revolution offen zu bekennen. Aber der Kommunist, der die Humanité berät, ist anderer Ansicht. Er stellt plötzlich fest, daß es sich bei der Präsidentenwahl nicht um proletarische Interessen gehandelt habe. Dieses sophistische Wenden und Drehen des Artikelschreibers der Humanité spricht sehr deutlich für seine tödliche Verlegenheit eine einigermaßen glaubwürdige Ausrede für den ungeheuren Stimmenschwund der Kommunisten zu finden.

In der Zeit ihrer großen Wahlerfolge haben die Kommunisten ihre Stimmenzahl als einen sichern und zuverlässigen Anzeiger ihrer politischen Machtposition in der Gesellschaft betrachtet. Heute, da ihnen dieser Anzeiger eine augenfällige Einschränkung ihres politischen Einflusses in der Arbeiterklasse kündigt, werfen sie die ganze Wahlstatistik ärgerlich in die Abfälle und werten sie nun als ein bloßes Stück bedruckten Papiers. Aber welches Zugeständnis, daß es der kommunistischen Propaganda an jener zündenden Kraft gefehlt hat, liegt schon in den Worten der Roten Fahne am Montag: »Soweit die Wahlergebnisse vorliegen, ist es der Kommunistischen Partei nicht gelungen ihre Wähler vom 7. Dezember diesmal an die Wahlurne zu bringen.« Aber selbst diese Tatsache ist willkürlich von den Schreibern des kommunistischen Blattes zurecht gebogen worden. Viele Wähler der Kommunistischen Partei sind wohl zur Wahlurne gegangen, aber sie haben diesmal sozialdemokratisch gewählt. Das beweisen die Wahlzahlen der großstädtischen und industriellen Kreise, in denen die Wählerschaft der Kommunisten politisch organisiert ist. In dem Wohnort des kommunistischen Abgeordneten Thälmann, in Hamburg, verloren die Kommunisten seit dem 4. Mai 1924 rund 46 000 Stimmen, die Sozialdemokraten gewannen deren 40 000. In Halle-Merseburg erhielten die Kommunisten am 4. Mai 1924 183 881 Stimmen, am 29. März 1925 136 896; sie verloren also 46 985 Stimmen. In diesem Kreis gewann die Sozialdemokratie vom 4. Mai 1924 bis zum 29. März 1925 32 449 Stimmen. In den großen Industriegebieten (Berlin, Hamburg, Mitteldeutschland, Westdeutschland) entwickelten sich die politischen Machtverhältnisse der Sozialdemokratie und der Kommunisten folgendermaßen: Die Sozialdemokratische Partei erhielt am 4. Mai 1924 1 441 387 Stimmen (17,4 % der Gesamtstimmen), am 7. Dezember 1924 2 042 165 (24,1 %), am 29. März 1925 2 127 983 (27,5 %) Stimmen, die Kommunistische Partei am 4. Mai 1924 1 535 250 (18,6 %), am 7. Dezember 1924 1 217 219 (14,4 %), am 29. März 1925 931 133 (12 %) Stimmen. Die

Sozialdemokratie gewann also vom 4. Mai 1924 bis zum 29. März 1925 686 596 Stimmen, die Kommunisten verloren im gleichen Zeitraum 604 117. Noch am 4. Mai 1924 hatte die Kommunistische Partei die größte Anhängerschaft in den proletarischen Schichten der großen Industriegebiete Deutschlands. Sie zählte damals noch fast 100 000 Stimmen mehr als die Sozialdemokratie. Heute besitzt die Kommunistische Partei nicht einmal die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen in den großen Industriequartieren. Sie hat seit dem 4. Mai 1924 604 117 Stimmen verloren. Diese Stimmen verschluckte die Sozialdemokratie in der kurzen Spanne Zeit vom 4. Mai 1924 bis zum 29. März 1925. Sie gewann nämlich 686 596 Stimmen. Bei der eingefleischten rückschrittlichen Richtung des Kleinbürgertums und des proletarisierten Bürgertums ist im allgemeinen auf einen so rapiden sozialdemokratischen Stimmenzuwachs aus diesen Schichten nicht zu rechnen gewesen, wie er in noch nicht 11 Monaten, vom 4. Mai 1924 bis zum 29. März 1925, zutage trat. Wenn selbst die Deklassierten des Bürgertums am 29. März 1925 die Sozialdemokratie mit 180 000 neuen Stimmen unterstützt hätten, so wäre immer noch über eine halbe Million kommunistischer Wähler zur Sozialdemokratie übergegangen. Die kommunistischen Parteileiter stellen daher die tatsächlichen Vorgänge bei der Reichspräsidentenwahl ganz unwahr dar, wenn sie nur von einem Fernbleiben ihrer Wähler von der Wahlurne reden und deren Massenübergang zur Sozialdemokratie verschweigen.

Was hat nun diese schnelle Flucht der Wähler aus den Reihen der Kommunisten veranlaßt? Durch eine die Wahrheit beugende sogenannte kommunistische Literatur war das bolschewistische Rußland zu einer revolutionären Großmacht emporgefälscht worden, die alle Ausbeutung und alle Unterdrückung in Europa mit einem Gewaltstreich vernichten könnte und würde. Die russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre trugen ein erdrückendes Material zur Charakteristik des in Rußland herrschenden blutigen Terrors zusammen. Man suchte die Stimmen der Männer und Frauen, die den Mordkellern der russischen Tscheka halb oder ganz gebrochen entronnen waren, durch eine marktschreierische Preß- und Kulturpropaganda zu übertönen. Vergebens, neue Ankläger erschienen, die ein opferfreudiger Enthusiasmus nach Rußland geführt hatte, und die von der despotischen Henkerswirtschaft einer bornierten Parteisekte so angewidert waren, daß sie die tyrannischen Machthaber des gegenwärtigen Rußlands der planmäßigen Strangulierung der Freiheit ziehen. Wir haben heute schon eine kommunistische Anklageliteratur gegen die "roten" Nachfahrer Iwans des Schrecklichen. Was sagt diese Literatur? Die Bolschewisten haben in Rußland die Arbeiterklasse völlig entmannt. Ketty Guttmann, eine wütende grundsätzliche Gegnerin der Sozialdemokratie und eine ehemalige überzeugte Kommunistin, die wegen ihrer vollständig oppositionellen Einstellung aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen wurde, konnte in einer Schrift Los von Moskau!, die von der Allgemeinen Arbeiterunion Ortsgruppe Groß Hamburg herausgegeben wurde, aus eigenen Erfahrungen heraus von dem bolschewistischen Rußland schreiben: »Jeder Mensch, der in Rußland das Partei- und Gewerkschaftsleben einigermaßen kennen lernte, konstatierte die an Furchtsamkeit grenzende geistige Unselbständigkeit der unteren und selbst der oberen Funktionäre und die Gleichgültigkeit der Massen. Die Kommunistische Partei Rußlands inszeniert reichlich und überreichlich "Kundgebungen der Volksmeinung". Jedermann ist sich jedoch im klaren, daß

niemand sonst ein Interesse an den verschiedenen Arbeiterdemonstrationen hat als nur die Kommunistische Partei Rußlands. Wer dieser Partei angehört, ist Staatsfunktionär. Auch die Arbeiter in den Betrieben. Sie gehören Betriebskommissionen an, sind von der Arbeit enthoben, haben Funktionen ähnlich der Gewerbeinspektion, oder sind besoldete Funktionäre in den Gewerkschaften. Von einer "bolschewistischen proletarischen Massenpartei" auch heute nur zu sprechen ist Unsinn. Nun könnte man die Teilnahme der Parteilosen an den Demonstrationen schon als Sympathie für die Bolschewisten auslegen. Jedoch werden die Arbeitsstunden an den verschiedenen Demonstrationstagen vom Staate bezahlt.« Die bolschewistische Regierung Rußlands ist alles andere, nur keine von begeisterten, sich selbst betätigenden Massen getragene Arbeiterregierung. Sie kann auch nicht, wie man sich in deutschen nationalistischen Kreisen einredet, Deutschland nach außen helfen; sie kann nur die deutsche Außenpolitik vollends verwirren und dadurch erst recht aller Aktivität für die nahe Zukunft berauben. Unter den Arbeitern des besetzten deutschen Gebiets sind einige Agenten aufgetreten, die in der Sprache deutscher Nationalisten zu den rheinischen und westfälischen Proletariern redeten, als könnte "Sowjetrußland" den Versailler Vertrag zerreißen und die französische Besatzung aus Deutschland herauspeitschen helfen. Radek schrieb seinen berüchtigten Schlageterbrief, und skrupellose Kommunisten spielten mit dem Gedanken des bewaffneten Widerstandes gegen Frankreich. Bis zu den Maiwahlen 1924 hielt das demagogische kommunistische Blendwerk von der großen, befreienden russischen "Sowjet"macht noch die fiebernden, durch tragische Erlebnisse überreizten Sinne des rheinischen und westfälischen Proletariats gefangen; im März 1925 war aber der faule Zauber der russischen politischen Lichtreklame erloschen, und eine große Ernüchterung in der Arbeiterklasse eingetreten. Vom 4. Mai 1924 bis zum 29. März 1925 sank in Rheinland und Westfalen die kommunistische Stimmenzahl von 765 492 auf 377 171 herab. Die Kommunisten verloren in Westfalen Süd, Westfalen Nord, Düsseldorf West und Düsseldorf Ost mehr als die Hälfte ihrer Stimmen. Ihr Prozentsatz an den Gesamtstimmen verminderte sich dort von 18,8 auf 9,2. Die rheinisch-westfälischen Arbeiter lassen sich nicht mehr von russischen Drillmeistern kommandieren.

Schon vor dem Novemberzusammenbruch des Jahres 1918 wagten es geschäftige bolschewistische Emissäre Deutschlands Existenz bedrohende Ränke in Berlin, in München, in Westfalen und den Rheinlanden zu spinnen. In den kurzlebigen Tragödien der deutschen Räterepubliken knüpften bolschewistische Agenten verhängnisvolle Schicksalsfäden. An dem bolschewistischen Feuer Münchens entzündete sich die wabernde Lohe des bayrischen Fascismus, der die politische Attentats- und Mordperiode, die konterrevolutionäre Bandenwirtschaft und den Hitlerputsch heraufführte. In dem mitteldeutschen Aufstand wurden bolschewistische Hände sichtbar. Das waren alles Verbrechen an dem deutschen Proletariat, das dadurch machtlos wurde. So hat die Partei, die sich kommunistisch nannte, der Konterrevolution gedient, die deutsche Republik eine Zeitlang ihren geschworenen Feinden ausgeliefert. Aber diese Zeit geht jetzt zu Ende. Die deutschen Arbeiter gewinnen ihre gesunden Sinne wieder, und das bolschewistische, in Wahrheit konterrevolutionäre Rauschgift verliert über sie seine Macht. Das ist der Sinn der kommunistischen Niederlage vom 29. März 1925.

EDMUND FISCHER · DIE GEMEINWIRTSCHAFT IN SACHSEN



JETZT sind schon 6 Jahre ins Land gegangen, seitdem die "Sozialisierung" als erster und wichtigster Punkt auf die Tagesordnung des öffentlichen Lebens gesetzt wurde und die Gemüter heftig bewegte. War sie doch die "Tat", die endlich der Verheißung folgen sollte. Heute vermeiden es selbst die meisten Sozialisten von der Sozialisierung zu reden und führen den angeblichen Mißerfolg auf die wirtschaftlichen Verhältnisse oder gar auf die "Unreife" der Menschen, der Arbeiter, zurück, die für den Sozialismus noch nicht genügend vorgebildet seien. Soweit überhaupt von einer Schuld gesprochen werden kann, trifft sie aber ausschließlich jene sozialistischen Theoretiker und Politiker, die zwar viel Scharfsinn aufgewendet haben die Ursachen und Tendenzen der 800jährigen Entwicklung der kapitalistischen Produktion und Gesellschaft zu erklären, es aber ablehnten den Entwicklungsgedanken in gleicher Weise auf den Sozialismus anzuwenden und nun, am Tag nach der Revolution, so wie es verheißen worden war, von den Produktionsmitteln "Besitz ergreifen" wollten. Nicht die Sozialisierung hat in den Jahren 1919 und 1920 Schiffbruch gelitten, sondern die Katastrophentheorie und die Kochbuchwissenschaft "Man nehme" und "Man mache". Was man "machen" will, darüber konnte freilich eine Einigung nicht erzielt werden, und so kamen Hunderte von Vorschlägen, von denen nicht ein einziger realisiert werden konnte. Von der Eisen- und Stahlproduktion bis zur Geistesproduktion verstieg sich die Phantasie, die die Gehirne der Menschen wie die Hochöfen und Bergwerke "sozialisierte". Die kontradiktorischen Verhandlungen der Sozialisierungskommission in Berlin standen keineswegs auf einem höhern Niveau und konnten deshalb auch kein anderes Ergebnis zeitigen als das: daß schließlich eine Resolution angenommen wurde oder vielmehr ein Mehrheitsgutachten und ein Minderheitsgutachten, und daß auf den Friedhöfen des Geistes einige dickleibige Bände mehr die ewige Ruhe genießen. Die Besitzergreifung der Produktionsmittel kam nicht und konnte sich auf diesem Weg nicht vollziehen, aber es kam die Erkenntnis, daß es so nicht gehe. Und dann, nach einer mehr als 50jährigen Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung, als diese auf dem Höhepunkt angelangt und zur Macht gekommen war, mußte die Frage erörtert werden: Was ist denn eigentlich praktischer Sozialismus, wie wirkt sich der sozialistische Gedanke in der Praxis aus? Über Schlagworte wie Sozialisierung, Planwirtschaft, Gemeinwirtschaft kam die "Klärung" aber nicht hinaus. Endergebnis: Resignation.

Der Vergesellschaftungsprozeß ist unterdessen ununterbrochen fortgeschritten, und zwar sowohl auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und sozialen wie auf dem des kulturellen und politischen Lebens, in der selben Weise freilich, wie er sich bereits vor und während des Krieges vollzogen hat und im Sinn der Entwicklung liegt. Zeigt sich nicht etwa auch in der Entwicklung des Rundfunks ein Stück Sozialismus? Die Sozialisierung vollzieht sich aber auch jetzt und in Zukunft ebensowenig "von selbst" wie früher, sie ist immer das Ergebnis sozialistischen Wollens: der materielle Niederschlag des sozialistischen Geistes, der sich nicht ausschließlich in den Rahmen einer politischen Partei oder Klassenbewegung einpferchen läßt.

Daß einem bewußt sozialistischen Arbeiten die praktischen Erfolge nicht versagt bleiben, zeigt sich unter anderm in der neuesten Gestaltung des Wohnwesens und der Wohnungsproduktion, in der großen Entwicklung der Sozialen Baubetriebe, des Gemeindesozialismus, des Genossenschaftssozialismus, der Staats- und Gemeindebanken usw. Im Freistaat Sachsen besteht seit 1919 eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft, und mit seinen gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen dürfte Sachsen heute an der Spitze aller Länder marschieren. Jedenfalls hat das sächsische Gemeinwirtschaftsamt in den 5½ Jahren seines Bestehens gezeigt, daß, was und wie in Deutschland sozialisiert werden kann.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft in Dresden ist eine staatliche, zum Wirtschaftsministerium resortierende Behörde, und zwar eine selbständige Mittelbehörde. Sie besteht heute aus 2 hauptamtlichen Mitgliedern: dem Direktor und einem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, und 24 ehrenamtlichen Mitgliedern. Nur der kleinere Teil dieser ehrenamtlichen Mitglieder gehört der Sozialdemokratie an, unter den anderen dürften alle politischen Richtungen vertreten sein. Aber von einem gemeinwirtschaftlichen Wollen sind alle Mitglieder beseelt, und sei es auch nur für das spezielle Gebiet, auf dem sie sachverständig sind und arbeiten. Es zählen zu den ehrenamtlichen Mitgliedern der Landesstelle der Präsident der Sächsischen Staatsbank, Direktoren der staatlichen Sächsischen Werke, 2 Ministerialräte aus dem Finanzministerium, ein Mitglied des Landeswohnungsamts und Direktor der Landessiedelungsgesellschaft, Direktoren von Gas- und Elektrizitätswerken, der Oberbürgermeister von Freital, ein Architekt, Landtagsabgeordnete, Gemeindevertreter, ein Gewerkschaftssekretär. Die ehrenamtlichen und die besoldeten Mitglieder der Landesstelle bilden ein Kollegium und erledigen die ihnen gestellten Aufgaben durch gemeinsame Beratung in Fachausschüssen und in Vollsitzungen. Die Landesstelle hat auch eine Arbeitsgemeinschaft für Psychotechnik und wissenschaftliche Betriebsführung bei der Landesstelle für Gemeinwirtschaft eingerichtet, in der sich zurzeit etwa 60 Frauen und Männer, die an der Erforschung der menschlichen Arbeit interessiert sind, zu gemeinsamem Erfahrungsaustausch und zur Verwertung der Erforschungsergebnisse zusammenfinden: Ärzte, Ingenieure, Psychologen, Professoren der Technischen Hochschule, Schulmänner, Verwaltungs- und Sozialbeamte, Gewerkschafter, Industrielle und andere.

Aus den Aufgaben der Landesstelle, dem Ziel, das sie sich gesteckt hat, aus ihrer Arbeitsweise und ihren Erfolgen spricht eine Erkenntnis vom Wesen und Werdegang des praktischen Wirtschaftssozialismus, die sie selbst aus ihren eigenen Arbeiten heraus gewonnen und ausgebildet hat. Nach einer Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 22. Dezember 1922 hat die Landesstelle für Gemeinwirtschaft

1. a) die planmäßige Regelung auf öffentlichrechtlicher Grundlage für solche Wirtschaftszweige vorzubereiten, die nach ihrer Wesensart für die gemeinwirtschaftliche Regelung bestimmt sind und ihrer bedürfen; Zweck der gemeinwirtschaftlichen Regelung soll insbesondere sein eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit zu erreichen, die Bevölkerung besser und gleichmäßig mit dem notwendigen Lebensbedarf, nämlich mit Wasser und Elektrizität, Kohlen und Gas, Lebensmitteln und Kleidung, Wohnung und Verkehrseinrichtungen zu versorgen, zur kulturellen und sozialen Hebung des Volkes bei-

zutragen; b) das Genossenschaftswesen in allen seinen Teilen zu fördern; c) für die ergiebigste und zugleich schonendste Gestaltung der wirtschaftlichen Arbeit zu wirken;

2. das Wirtschaftsministerium in Sachen der Gemeinwirtschaft, des Genossenschaftswesens und der Arbeitsgestaltung zu beraten und ihm hierauf bezügliche Vorschläge und Gesetzentwürfe zu unterbreiten;

3. zu den Zwecken unter 1 und 2 die erforderliche wissenschaftliche Klärung herbeizuführen, im Zusammenhang damit eine Sammlung von Vorgängen und Unterlagen anzulegen sowie die Ergebnisse ihrer Forschung zu verarbeiten und für die Allgemeinheit zu verwerten.

Wie die Landesstelle für Gemeinwirtschaft das erste und einzige Gemeinwirtschaftsamt der Erde ist (die Sozialisierungskommissionen im Reich, in Württemberg, Bayern und Österreich waren nur freie wissenschaftliche Ausschüsse, keine Behörden), so wird in dem Erlaß des sächsischen Wirtschaftsministeriums zum erstenmal eine klar umschriebene Begriffsbestimmung vom Wesen und vom Ziel der Gemeinwirtschaft gegeben, der Begriff Gemeinwirtschaft gewissermaßen gesetzlich formuliert.

Mit dem Ausdruck Gemeinwirtschaft sind nach dem Novemberumsturz die verschiedensten Wirtschaftssysteme bezeichnet worden. Tatsächlich bedeutet er nur eine Verdeutschung des Wortes Kommunismus. In der deutschen Wissenschaft tauchte der Ausdruck Gemeinwirtschaft zuerst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts auf, als die staatlichen Verkehrseinrichtungen begannen die Aufgaben der Land- und Wasserstraßen zu übernehmen, zentrale Wasserwerke, später auch Gas- und Elektrizitätswerke den Gemeingebrauch der Gewässer ersetzen. Adolph Wagner hat dann eine Definition des Begriffs Gemeinwirtschaft ausgearbeitet, wonach diese jenes Stück Kommunismus darstellt, das mehr oder minder entwickelt, größer oder kleiner im Wirtschaftsleben aller Völker und aller Zeiten zu finden ist, zuerst als Wirtschaft der autonomen Gemeinde, der *communia*, dann der größeren Gemeinschaft, des Staates, aber keineswegs jede staatliche oder kommunale Produktion umfaßt, die je nach ihrem Zweck Privatwirtschaft sein kann oder Gemeinwirtschaft. Es ist unbestritten, daß die Gemeinwirtschaft im Gemeinschaftsleben aller Völker durch alle Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch eine hervorragende Rolle gespielt hat. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über das Maß, den Umfang und darüber, ob die Gemeinwirtschaft (Kommunismus) ursprünglich das alleinherrschende Wirtschaftssystem gebildet habe. Fest steht jedenfalls, daß die Landwirtschaft bis über das Mittelalter hinaus nicht ohne die Gemeine Mark möglich war, die Allmende, das Gemeineigentum an Wald und Weide, an den fließenden und stehenden Gewässern, den Straßen und Wegen; daß der geordnete Gemeingebrauch des Gemeineigentums die Grundlage der Wirtschaft bildete. Wie eine Neu- und Weiterbildung und Modernisierung der überlieferten Allmende tritt die moderne Gemeinwirtschaft heute in die Erscheinung. Ihre Merkmale und ihre Aufgaben sowie ihr Verhältnis zur Privatwirtschaft sind die selben wie die der alten Allmende. Sie dient der Gemeinschaft und bildet auch heute schon wieder die Grundlage der Gesamtwirtschaft. Der Unterschied ist nur der, daß an die Stelle des individuellen *Gebrauchs* eines Gemeineigentums die kollektive *Wirtschaft* treten mußte, entsprechend der Entwicklung der Technik und der modernen Wirtschaft.

Einen rechtlichen Unterschied zwischen dem Staatseigentum und dem Gemeineigentum hat zuerst die Rechtswissenschaft in Frankreich ausgearbeitet. Das Staatseigentum, über das die Staatsgewalt ganz nach Belieben verfügen konnte, bestand im wesentlichen aus Domänen und Manufakturen, die keine anderen Aufgaben zu erfüllen hatten als die: hohe Erträge abzuwerfen, von denen die Ausgaben des Staates gedeckt werden konnten. Sie unterschieden sich dem Wesen und Zweck nach nicht von der privaten Wirtschaft und erscheinen deshalb im französischen Recht als *domaine privé de l'Etat*, als privates Eigentum des Staates, das privatrechtlich zu behandeln sei, mit dem die Staatsgewalt also machen konnte, was sie wollte. Das überlieferte Gemeineigentum dagegen, die Allmende, wurde als *domaine public* bezeichnet, als öffentliches Eigentum, dem öffentlichrechtlichen Recht unterstellt und damit der freien Verfügung des Staates (der ja keineswegs das Volk selbst war) entzogen. Der *domaine public*, das öffentliche Eigentum, Gemeineigentum, gehört nicht nur der Gesamtheit, es soll auch dem gesamten Volk in gleicher Weise dienen. Die Privatwirtschaft dagegen dient dem Erwerb, dem Streben nach Gewinn. Sie ist heute fast allgemein eine Warenproduktion, sie arbeitet für den freien Markt, der ein Weltmarkt ist. Staats- oder Gemeindebetriebe, die in gleicher Weise Waren für den Markt produzieren, unterscheiden sich von den privaten Betrieben nur dadurch, daß sie dem Staat oder einer Gemeinde gehören, sie sind ihrem Wesen und Ziel nach kapitalistische Betriebe und zählen nicht zur Gemeinwirtschaft. Mit Recht bezeichnet auch die deutsche Volkswirtschaftslehre diese staatliche und gemeindliche Wirtschaft als Privatwirtschaft des Staates und der Gemeinden, auch als Staatskapitalismus.

Die sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft beschäftigt sich deshalb auch nicht allgemein mit der Umwandlung privater Betriebe in gemeinwirtschaftliche Betriebe sondern bereitet nur die planmäßige Regelung auf öffentlichrechtlicher Grundlage für solche Wirtschaftszweige vor, die nach ihrer Wesensart für die gemeinwirtschaftliche Regelung bestimmt sind. Das sind zunächst jene großen marktlosen Wirtschaftszweige, die von jeher und durch alle Jahrhunderte hindurch Gemeingut, öffentliches Eigentum waren und sein mußten, und bei denen sich nun die Umwandlung des *Gemeingebrauchs* in *Gemeinwirtschaft* notwendig macht: des Gemeingebrauchs der öffentlichen Land- und Wasserstraßen in die Gemeinwirtschaft von Posten, Eisenbahnen, Schifffahrtslinien; des Gemeingebrauchs der Gewässer in die Gemeinwirtschaft von Wasserwerken, Wasserleitungen, Kraftwerken, Elektrizitätswerken, die das Wasser und seine Energien in Millionen von Leitungen jedem Volksgenossen zuführen; des Gemeingebrauchs an Kohlen (die früher Gemeineigentum waren) in die Gemeinwirtschaft von Gas- und Elektrizitätswerken; des Gemeingebrauchs der Waldungen in die staatliche und gemeindliche Forstwirtschaft. Die öffentlichen Verkehrseinrichtungen, Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke und die öffentliche Forstwirtschaft bilden den größten Teil der bereits bestehenden Gemeinwirtschaft: eine moderne Allmende, die der Gemeinschaft und jedem einzelnen Volksglied dient und tatsächlich die Grundlage des modernen Wirtschaftslebens bildet. Mit der stark zunehmenden Industrialisierung der Länder, mit der Konzentration und Monopolisierung der Industrie und des Handels wächst die Notwendigkeit zur gemeinwirtschaftlichen Regelung anderer Wirtschaftszweige, die von selbst aufhören Privatwirtschaft zu sein und zu einer öffent-

lichen Angelegenheit werden. Wie Wasser, Licht, Wärme, Betriebskraft, Verkehr, so wird die öffentliche Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Hausrat, Wohnung, Heilmitteln, Theatern, Konzerten usw. in den Aufgabekreis der gemeinwirtschaftlichen Allmende einbezogen, zu der auch ein bestimmter Teil des Genossenschaftswesens gehört. Im notwendigen vertikalen Aufbau dehnen sich die gemeinwirtschaftlichen Betriebe auf die verschiedenen Wirtschaftsgebiete aus. Und die Staatsbanken werden eine Notwendigkeit zur Regelung des Geldverkehrs der öffentlichen Unternehmungen. Nach dieser Erkenntnis vom Wesen und Ziel der Gemeinwirtschaft werden die Arbeiten der Landesstelle für Gemeinwirtschaft nicht nur verständlich, sie erscheinen auch als notwendige Aufgabe moderner Staatsverwaltung.

Die *Elektrizitätsversorgung* bildet, nächst dem Verkehrswesen, der Eisenbahn und Post, dem Telegraphen und Telephon, den wesentlichsten und bedeutungsvollsten Teil der gemeinwirtschaftlichen Allmende. Sachsen hat bereits im Jahr 1916, als erstes Land der Erde, die staatliche, zentralisierte Elektrizitätsversorgung über das ganze Land eingeleitet. Heute gibt es in Sachsen kein privates Elektrizitätswerk mehr. Auch die selbständigen Gemeindewerke, die den Strom selbst erzeugen, sind verschwunden, bis auf 6: Mittweida, Hartha, Oberfrohna, Chemnitz, Siegmarsdorf und Bernstadt. Die anderen kommunalen Elektrizitätswerke beziehen den Strom vom staatlichen Großkraftwerk und erzeugen nur bei großem Bedarf an der Spitze zeitweise elektrische Energie. Der größte Teil des Stroms wird heute in dem staatlichen Großkraftwerk Hirschfelde erzeugt, ein zweites Großkraftwerk wird zurzeit in Böhlen errichtet, nach dessen Vollendung der gesamte Bedarf Sachsens an elektrischer Energie in den beiden staatlichen Kraftwerken gewonnen werden kann. Die staatlichen elektrischen Großübertragungsanlagen erstrecken sich jetzt schon nahezu über ganz Sachsen. Sie bestehen aus den 3 Höchstspannungsdoppelleitungen für 100 000 Volt Hirschfelde-Dresden Süd, Dresden-Südlauta und Dresden-Südherlasgrün mit zusammen 315 Kilometer Länge, den Mittelspannungsleitungen für 40 000, 30 000 und 20 000 Volt, die als Doppel- und Einfachfreileitungen zusammen 290 Kilometer und als Erdkabel 12 Kilometer Länge besitzen. An die 100 000 Volt-Leitung sind die Umspannwerke Rodewitz, Dresden-Süd, Chemnitz-Süd und Silberstraße mit zusammen 108 000 Kilowatt Umspannleistung angeschlossen, an die Mittelspannungsleitungen das Umspannwerk Zittau und das Schaltwerk Schindmaas. Diese Anlagen dienen ausschließlich der Übertragung elektrischer Energie im großen. Für die Verteilung im kleinen und für die unmittelbare Belieferung der Verbraucher sind 2 ausgedehnte elektrische Überlandnetze vorhanden, die Übertragungsanlagen umfassen auch ein eigenes Drahtfernsprechnet, das an den Gestängen der Reichspost verlegt ist, und eine drahtlose Fernsprechanlage.

Das staatliche Elektrizitätsunternehmen ist Ende des Jahres 1923 in die Aktiengesellschaft Sächsische Werke umgewandelt worden, sämtliche Aktien sind aber im Besitz des Staates. Die Sächsischen Werke umfassen auch den gesamten staatlichen Besitz an Kohlenunternehmungen, etwa 32 000 Hektar Gesamtfläche mit $3\frac{1}{2}$ Milliarden Tonnen gewinnbarer Braunkohle. Von den 32 000 Hektar Grubefeldern sind 9000 eigener Grundbesitz des Staates, nämlich 14 Rittergüter mit 2500 Hektar Fläche, 37 größere Bauerngüter mit rund 1000 Hektar, kleinere Bauernwirtschaften und Einzelparzellen mit

rund 3500 Hektar und rund 2000 Hektar Wald. In dem übrigen Gebiet von rund 23 000 Hektar besitzen die Sächsischen Werke das Abbaurecht, zum Teil durch Kauf, zum Teil durch Übertragung auf Grund des sächsischen Kohlenregals. Die Güter sind verpachtet, der Wald wird selbst bewirtschaftet. Durch die Ausstattung mit eigenen Kohlen, die Hunderte von Jahren reichen, ist die Kohlen- und Elektrizitätsversorgung, ist die Energiewirtschaft Sachsens auf eine Grundlage gestellt worden, die es den Sächsischen Werken ermöglichen wird die Herstellungskosten der Energie auf das geringste Maß herabzudrücken. Es ist dem staatlichen Unternehmen damit aber auch die Aufgabe zugefallen den großen Braunkohlevorrat für die Licht-, Kraft- und Wärmeversorgung mit bester Ausnutzung dienstbar zu machen und neben der elektrischen Verwertung auch alle anderen jetzt und in Zukunft gegebenen Wege zu beschreiten, um das Ziel zu erreichen.

Ein bedeutungsvoller Schritt nach dieser Richtung ist durch die zentrale Regelung der *Gasversorgung* Sachsens getan worden, die von der Landesstelle für Gemeinwirtschaft vorbereitet worden ist. Die fernere Zukunft wird zwar sehr wahrscheinlich der Elektrizität gehören. Aber auf absehbare Zeit hinaus ist das Gas noch nicht zu entbehren. Und in der Gasversorgung zeigen sich die selben zentralistischen Tendenzen wie in der Elektrizitätsversorgung. Es wird jetzt der Plan erwogen Berlin vom Ruhrgebiet aus mit Gas zu versorgen. Nachdem man Stahlröhren statt Gußröhren für die Ferngasleitungen verwendet, die Röhren nicht mehr in der alten Weise verdichtet sondern zusammenschweißt, ist der Gasverlust bei Fernleitungen ausgeschlossen, so daß man das Gas rentabel Hunderte von Kilometern weit leiten kann. Die Anlagen der Fernleitung erfordern keine so hohen Kosten wie der Kohlentransport. Gas läßt sich ferner, im Gegensatz zur Elektrizität, aufspeichern. Es ist deshalb keine Utopie in Zukunft ganz Deutschland von 2 großen Ferngaswerken, im Ruhrgebiet und im Kohlengebiet Schlesiens, mit Gas zu versorgen. Auf den Leitungsstrecken können in gewissen Abständen große Gasbehälter errichtet, und von hier aus wieder nach allen Richtungen hin die Gemeinden mit Gas versorgt werden. In Sachsen wird bereits praktisch an der Verwirklichung des Plans gearbeitet, der die Errichtung großer Ferngaswerke auf der Kohle und die Versorgung des Landes mit Gas von diesen Zentralwerken aus zum Ziel hat. Denn auch die Frage der Vergasung der Braunkohle ist nicht nur theoretisch sondern bereits praktisch gelöst. Das Verfahren ist zwar noch zu umständlich und zu kostspielig, aber an der technischen Vervollkommnung der Braunkohlenvergasung wird mit wachsendem Erfolg gearbeitet, fast täglich kommt man der völlig befriedigenden Lösung des Problems näher, und es ist damit zu rechnen, daß in einigen Jahren in Sachsen das Gas auf den Braunkohlenfeldern gewonnen wird. Dann wird ganz Sachsen von 3 großen Ferngaswerken: bei Hirschfelde, Böhlen und Zwickau, mit Gas versorgt werden können, und zwar wesentlich billiger als heute. Der von der Landesstelle für Gemeinwirtschaft in einer der Regierung vorgelegten Denkschrift über den künftigen Ausbau der Gasversorgung Sachsens entworfene Plan, nach dem bereits gearbeitet wird, sieht zunächst nur die Ausschaltung der kleinen unrentablen Werke und eine Entwicklung der Ferngasversorgung in der Richtung vor, die der zu erwartenden Großgasversorgung entgegenkommt. Nach einer Erhebung der Landesstelle für Gemeinwirtschaft waren im Jahr 1923 in Sachsen 99 Gaswerke vorhanden. Von diesen waren 82 Gemeindeeigentum,

7 Gemeindeverbandseigentum, 4 Eigentum von Gemeinden oder Gemeindeverbänden zusammen mit Privaten, 5 Privateigentum; und je 1 Werk ist Eigentum des Staates, eines Gemeindeverbands und eines Privatunternehmens. Es sind also nur 5 % der Gaswerke in Sachsen nicht im öffentlichen Besitz. Und wieder als erster Staat der Erde ist der sächsische Staat an der Gasversorgung des Landes führend beteiligt. Die Aktiengesellschaft Gasversorgung Ostsachsen gehört zu einem Drittel den Sächsischen Werken, zu einem Drittel einem Gemeindeverband und zu einem Drittel der frühern Besitzerin, die das Werk verkaufen mußte, weil ihr durch das Vorgehen der Landesstelle für Gemeinwirtschaft die weitere Ausdehnung der Ferngasleitungen verhindert wurde. Bereits vor einem Jahr waren an dieses staatlich-kommunale Ferngaswerk 66 Stadt- und Landgemeinden angeschlossen, ferner 9 Bahnhöfe und 2 Städte als Großabnehmer. Neuerdings hat sich wieder eine große Anzahl von Gemeinden angeschlossen, so daß von diesem Zentralwerk aus etwa 100 Stadt- und Landgemeinden mit Gas versorgt werden. Auch im Erzgebirge ist der Staat bereits an der Gasversorgung beteiligt, in anderen Gebieten Sachsens ist die staatliche Mitwirkung in Vorbereitung. Ohne staatliche Beteiligung können sich Ferngaswerke auch nicht ausbreiten, weil der Staat seine Teilhaberschaft zur Pflicht macht, und ohne diese die Genehmigung zum Einlegen von Gasröhren in die Staatsstraßen nicht erteilt wird. Bei dieser Entwicklung können von den 99 sächsischen Gaswerken nicht einmal die 21 von längerem Bestand sein, die im Plan der Landesstelle für Gemeinwirtschaft als Hauptlieferwerke aufgenommen worden sind. Da der Staat bei Ferngaswerken auch die Stärke der Leitungsröhren vorschreibt, werden alle Fernleitungen bereits in eine bestimmte Richtung gelenkt. Und die Versorgung aller Gemeinden Sachsens mit Gas wird durch diese zentrale Regelung verbürgt.

Mit der Elektrizitäts- und Gasversorgung wird auch die *Hausbrandversorgung* verbunden. Der Gas- und Elektrizitätsverband Bannewitz und Umgegend hat in seinen Verbandssatzungen die Versorgung der Verbandsgemeinden und der Einwohner mit Heizstoffen (Koks, Steinkohle, Briketten, Braunkohle, Holz usw.) aufgenommen. Auch einzelne Gemeinden haben bereits eine kommunale Hausbrandversorgung eingerichtet. Aber die Entwicklung dürfte sich doch auf eine andere Art vollziehen. Die Heizung mit Gas ist neuerdings technisch so ausgebildet worden, daß sie die beste und billigste Heizungsart darstellen soll. Die modernen Gasöfen werden an die Schornsteine angeschlossen, sind völlig gefahr- und geruchlos, so daß nur die Anschaffungskosten die rasche Verdrängung aller anderen Heizungsarten durch das Gas verlangsamen. Aber verhindert wird die Gasheizung damit nicht, sie schreitet sogar rasch vorwärts und wird allein herrschend werden, sobald das Gas einmal restlos auf der Kohle erzeugt wird. Das Gaswerk in Zwickau kann heute schon das Heizgas zum Preis von 6 Pfennig pro Kubikmeter liefern und verdient dabei noch 100 %; denn es produziert dieses Gas nicht selbst sondern bezieht es von den Kokereien zum Preis von 3 Pfennig pro Kubikmeter. Zur Beleuchtung und Heizung, zum Kochen und als Betriebskraft werden die Energieen und Heizstoffe aus Großkraftwerken und Großferngaswerken geliefert werden, der Transport von Kohlen und anderen Heizstoffen hört auf, es vollzieht sich damit eine Sozialisierung von außerordentlicher Bedeutung. Nicht in wenigen Wochen oder Monaten, aber in einer steten und sichtbaren Entwicklung.

Die Sächsischen Werke haben auch die Ausnutzung der vom Staat in Angriff genommenen *Wasserkraftanlagen* übernommen. Sachsen hat keine großen Wasserkräfte, wie etwa Bayern, mehr als vier Fünftel des Gesamtenergiebedarfs werden durch kohlenverbrauchende Dampfmaschinen erzeugt. Eine Untersuchung der Wasserbaudirektion über den Umfang der im Freistaat Sachsen ausgebauten und noch ausbauwürdigen Wasserkräfte ergab aber, daß außer der in ungefähr 4000 meist privaten Triebwerken insgesamt erzeugten mittlern Jahresarbeit von ungefähr 460 000 000 Kilowattstunden (mittlere Gesamtleistung zirka 160 000 Pferdestärken) einerseits durch neuzeitlichen Ausbau, teilweise unter Zusammenlegung bestehender Triebwerke, andererseits durch Ausnutzung noch freier Gefälle eine Erhöhung der vorhandenen mittlern Gesamtleistung um weitere 160 000 Pferdestärken mit wirtschaftlichem Erfolg durchführbar wäre. In einer von dem Technischen Rat im Finanzministerium Sorger (der auch Mitglied der Landesstelle für Gemeinwirtschaft ist) ausgearbeiteten Denkschrift wurde nachgewiesen, daß durch die Errichtung von 25 Wasserkraftwerken die wesentlichsten der noch unbenutzten Wasserkräfte für die Produktion nutzbar gemacht werden können. Die daraufhin von der Regierung eingebrachte Vorlage fand die Zustimmung des Landtags. Mit dem Ausbau dieser Wasserkräfte, der ungefähr 30 000 000 Mark erfordern wird, ist bereits begonnen worden. Wasserkräfte und Kohlenbergbau (der sächsische Staat besitzt neben den Braunkohlenwerken auch Steinkohlengruben), Elektrizitäts- und Gaserzeugung werden in Sachsen in eine große staatliche zentrale Organisation vereinigt, womit höchste Wirtschaftlichkeit erreicht wird.

Der sächsische Staat besitzt bekanntlich auch ein Hüttenwerk bei Freiberg, einige Kalkwerke, ein Fernheizwerk, eine Porzellanmanufaktur, viele Steinbrüche und Sandgruben, und auch diese Betriebe kann man der Gemeinwirtschaft zuzählen, da sie im wesentlichen für den eigenen Bedarf des Staates arbeiten; mit Ausnahme der Porzellanmanufaktur. Eine größere Bedeutung für die Gemeinwirtschaft in Sachsen haben der staatliche *Waldbesitz* und die selbstbewirtschafteten staatlichen *Güter*. Fast die Hälfte des Waldbestands in Sachsen ist Staatseigentum, und die staatliche Forstwirtschaft ist in Sachsen gut ausgebildet. Von den staatlichen Gütern sind 10 mit einem Flächeninhalt von 3200 Hektar in eigener Verwaltung. Hierzu kommt noch das Mustergut in Pillnitz mit 186 Hektar. Bei der Größe des Landes und der Bevölkerung mag diese Ausdehnung der Gemeinwirtschaft auf die landwirtschaftliche Produktion von geringer Bedeutung sein. Aber die glänzenden Erfolge der Selbstbewirtschaftung der Staatsgüter werden nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Gemeinwirtschaft bleiben. Die Arbeitsverhältnisse sind dort tariflich geregelt, der Arbeiterwechsel ist sehr gering, die Güter haben die Produktion bedeutend vermehrt und werfen hohe Reingewinne ab, die zum Weiterausbau verwendet werden.

Auf dem Gebiet der *Lebensmittelversorgung* gehen auch in Sachsen die gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen noch nicht wesentlich über die Konsumgenossenschaften und die üblichen Anstalten der Gemeinden, wie Viehhöfe, Markthallen, Kühleinrichtungen usw., hinaus. Die Konsumgenossenschaften aber haben in Sachsen eine halbe Million Mitglieder, so daß mehr als ein Drittel der sächsischen Bevölkerung in Konsumgenossenschaften zusammengeschlossen ist, die gemeinwirtschaftliche Organisationen darstellen.

Die Entwicklung der kommunalen Gemeinwirtschaft ist durch die Kriegs- und die Inflationszeit stark gehemmt, aber auf gewissen Gebieten auch gefördert worden. Die *Wohnungsbeschaffung* ist eine öffentliche Angelegenheit geworden. Dieser Tatsache wird man sich heute auch in denjenigen Kreisen der Bevölkerung bewußt, die bis jetzt gar keine andere Wirtschaft kennen als die private, nun aber finden, daß sie der Wohnungsnot nicht Herr werden kann. Ein Wohnungsbau auf kapitalistischer Grundlage wäre nur bei einer Steigerung der Mieten auf mindestens das Vierfache der Friedensmiete möglich, um eine Verzinsung des angelegten Kapitals erreichen zu können. Die Wohnungserstellung ist damit eine der bedeutungsvollsten Aufgaben der Gemeinden geworden. In allen sächsischen Orten von Bedeutung errichtet die Gemeinde selbst Wohnungen oder unterstützt die Siedlungs- und Wohnungsgenossenschaften. Mit der Ausführung des Wohnungsbaus werden vielfach die sozialen Baubetriebe beauftragt; Leipzig baut auch in eigener Regie, ebenso tun dies kleinere Gemeinden. Die neu-erstellten Wohnungen bleiben im wesentlichen im Besitz der Gemeinden und der Genossenschaften oder sind private Einfamilienhäuser, die mit öffentlicher Unterstützung gebaut worden sind. Ohne Zweifel entwickelt sich das neue Wohnwesen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage. Damit vollzieht sich in den sächsischen Gemeinden auch eine große Ausdehnung des gemeindlichen Grundbesitzes, die Errichtung (auch in den kleinsten Gemeinden) von herrlichen kommunalen Badeanstalten, Schwimm-, Freilicht- und Luftbädern, verbunden mit Sportplätzen, die ebenso der modernen Allmende zugezählt werden müssen wie die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und die unentgeltliche Bestattung der Toten.

Es ist kein Zufall, daß in Sachsen die *unentgeltliche Totenbestattung* einen Umfang erreicht hat, wie in keinem andern Land, auch nicht in der Schweiz, wo sie bereits seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts besteht. Von Karlsruhe und vereinzelt in Gemeinden in Thüringen und Württemberg abgesehen haben die unentgeltliche Totenbestattung nur die Gemeinden in Sachsen durchgeführt, wo die Landesstelle für Gemeinwirtschaft systematisch und unaufhörlich für diesen Teil der gemeinwirtschaftlichen Allmende gewirkt hat. Nach einer Erhebung der Landesstelle für Gemeinwirtschaft hatten Ende des Jahres 1924 in Sachsen 610 Gemeinden die unentgeltliche Totenbestattung eingeführt, darunter 77 Städte. Mittlerweile hat sich die Zahl wieder vergrößert. Die Gemeinde übernimmt in der Regel, wie es im Ortsgesetz der Stadt Freital heißt, die Bestellung der Leichenfrau, die Beschaffung des Sarges und der Sargausstattung, die Überführung der Leiche von der Totenhalle nach dem Grab, endlich die Herstellung und Schließung des Grabes auf dem Friedhof. Es kann nicht der Einwand erhoben werden, die unentgeltliche Totenbestattung könne nicht zur Gemeinwirtschaft gezählt werden, weil die Totenbestattung nicht zur Wirtschaft gehöre. Die kapitalistischen Bestattungsinstitute, Sargfabriken usw. und auch die großstädtischen Bestattungsämter sind zum Teil große Betriebe und beweisen das Gegenteil. Aber sei dem wie auch immer, jener Einwand ist schon an sich zurückzuweisen. Denn die Gemeinwirtschaft soll zugleich soziale Hilfe sein, und es müssen auch viele Gebiete der sozialen Hilfe zur Gemeinwirtschaft gerechnet werden, wie die Kommunalisierung oder Verstaatlichung des Hebammenwesens und die Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe, die sich in den Gemeinden herausbildet.

Einen untrüglichen Beweis für die große Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft in Sachsen liefert die Entwicklung des öffentlichen *Bankwesens*. In Sachsen gibt es neben einer großen Staatsbank in Dresden, die sich fortgesetzt erweitert, Stadtbanken in Leipzig und Dresden, die Städte- und Staatsbank der Oberlausitz mit Niederlassungen in Bautzen, Zittau, Löbau, Hirschfelde und Eibau, die Landesbank Westsachsen mit Niederlassungen in Auerbach, Plauen, Falkenstein und Klingenthal, die Stollberger Stadtbank. Eine große öffentliche Bankanstalt ist die Girozentrale Sachsen, der in den sächsischen Gemeinden 870 Girokassen angeschlossen sind, die alle kleine Gemeindebanken darstellen und nicht nur den Geldverkehr der Gemeinden vermitteln sondern auch andere bankmäßige Geschäfte erledigen. Was 1848 als eine Utopie erschien, als, wie Fritz Elsas in Schmollers Jahrbuch es beschreibt, in Württemberg beim Kampf für die Errichtung einer Staatsbank »mit besonderer Liebe... der Gedanke herausgearbeitet wurde alle Gemeinden zu Filialen der Bank zu erklären«, ist in Sachsen nun Wirklichkeit geworden.

Alle einzelnen Betriebe und Einrichtungen, die unter den Begriff Gemeinwirtschaft fallen, konnten hier nicht aufgezählt werden. Es wären zum Beispiel noch der staatliche Kraftwagenverkehr, die Beteiligung des Staates und der großen Städte am Flugverkehr und anderes zu nennen. Hierbei handelt es sich nur erst um Entwicklungsanfänge, die aber einen verheißungsvollen Ausblick in die Zukunft gewähren. Die große Industrie, so auch die besonders in Sachsen heimische Textilindustrie, ist noch restlos Marktwirtschaft, kapitalistische Produktion. Wer aber tiefer blickt, der sieht auch, daß und warum die Warenausfuhr sich nicht mehr in der alten Weise entwickeln will, daß die Wirtschaft auf eine neue Grundlage gestellt und planmäßig geregelt werden muß. Diese Erkenntnis ringt sich nur allmählich durch, aber sie ist heute wieder stärker und verbreiteter als im Jahr 1919. Dadurch erhält der Sozialisierungsgedanke wieder neue Nahrung. Und der Landesstelle für Gemeinwirtschaft fällt damit eine Reihe neuer Aufgaben zu. Ist es doch ihre Funktion die Vorarbeiten zu leisten für die Metamorphose der Utopie zur Wirklichkeit.

ADOLF BEHNE · KUNST, WISSENSCHAFT UND EUROPA

MAN hat, bis zum Überdruß, Kunst und Wissenschaft als Träger der Völkerversöhnung und des ewigen Friedens rühmen hören. und zwar von Leuten, die der Wissenschaft und der Kunst jene Funktionen nur deshalb zuwiesen, weil sie als Gegenmittel gegen ihre schlechte und dilettantische Politik, die die Völker entzweite, des Sonntags während der Kirchzeit das Verlangen nach Tendenzen fühlten, die außerpolitisch, also harmlos, also völkerversöhnend wirken könnten: aus Furcht vor der drohenden Katastrophe. Aber es ist ein großer Irrtum politische Erfolge und Ergebnisse, wenigstens solche, die von Dauer sein sollen, von Kräften zu erwarten, die nicht bewußt und konsequent in politisch gestaltendem Sinn eingesetzt werden. Schlechte Politik durch Unpolitik paralisieren ist nicht möglich. Tatsächlich rissen ja auch 1914 die Fäden der internationalen geistigen Verbrüderung beim ersten Trommelwirbel der allgemeinen Mobilmachung.

Ziehen wir daraus den Schluß, daß Kunst und Wissenschaft für Schaffung eines kontinentalen Europas keinen Beitrag leisten können? Keineswegs. Aber wir ziehen den Schluß, daß sie diese Funktion nicht erfüllen können, solange sie vor dem Wort und erst recht vor der Tatsache Politik zurückschrecken wie das gebrannte Kind vor dem Feuer. Wobei gern zugegeben sei, daß einige politisierende Professoren sich wirklich arg verbrannt haben. Politisieren aber und Politik Treiben ist so sehr zweierlei wie unverantwortlich Reden und verantwortlich Handeln. Indem man rechts des Rheins und links des Rheins in Mikroskope schaut oder Stilleben malt und die Ergebnisse austauscht, tut man für den Bund der Völker trotz allen Phrasen gar nichts. Man verläßt sich dabei auf, ich weiß nicht, welchen guten Geist, der aus genau beobachteten Infusorienhäuschen und aus gut gemalter Pflanzhaut schon irgendwie Politik machen wird. Es wäre aber besser, statt sich auf den guten Geist zu verlassen, der immer nur die eigene Untätigkeit ist, die Antriebe und Ergebnisse seiner Kunst und seiner Wissenschaft bewußt in Raum und Zeit einzustellen.

Die alte Methode Kunst und Wissenschaft als selbstgenügsame Ateliers- und Laboratoriumsarbeit zu betreiben und ihr einen sentimental Völkerveröhnungs-nimbus ganz äußerlich dekorativ aufzusetzen verbürgt für die Zukunft nichts. Wir glauben, daß jede Kunst und jede Wissenschaft, die passiv, apolitisch blieb, bis zu dem letzten Inhalt ihrer Aufgaben und ihrer Probleme noch nicht vorstieß. Wir glauben, daß bei jeder Aufgabe ein wahrhaft unerbittlicher Erkenntnistrieb bis in das Politische vorstoßen wird und muß, weil Politik nichts anderes ist als die Betätigung des aktiv gewordenen, von der Erkenntnis logisch und notwendig zur Gestaltung übergehenden Menschenwillens. Kunst soll, um ein Wort Marxens zu variieren, das Leben nicht erklären sondern verändern.

Wie steht es heute mit der praktischen Arbeit?

Betrachten wir zum Beispiel die Zeitschriften der jungen Generation in den europäischen Ländern, so ist ganz unverkennbar, daß ihr Wille zur Schaffung einer wirklichen, nicht mehr phraseologischen Gemeinschaft von ganz anderer Intensität ist als vor dem Krieg. Das Bestreben über höfliche Worte gegenseitiger Anerkennung zur Tat, zur gemeinsamen Arbeit vorzustoßen ist unleugbar. Ich möchte hier eine knappe Übersicht der vorbildlich arbeitenden Zeitschriften in den einzelnen Ländern unseres Kontinents geben (ihre äußeren Mittel sind natürlich sehr verschieden). Da sind zu nennen:

BELGIEN: La Cité /Brüssel/, 7 Arts /Brüssel/, Het Overzicht /Antwerpen/,
 FRANKREICH: Europe /Paris/, L'Esprit Nouveau /Paris/, L'Architecte /Paris/,
 Manomètre /Lyon/,
 HOLLAND: De Stijl /Leiden/, Architectura /Amsterdam/, Wendingen /Amsterdam/,
 Bouwkundig Weekblad /Amsterdam/,
 ITALIEN: Noi /Rom/,
 JUGOSLAWIEN: Zenit /Belgrad/,
 POLEN: Block /Warschau/,
 RUMÄNIEN: Punct /Bukarest/, Contimporanul /Bukarest/,
 SCHWEIZ: A-B-C /Basel/,
 TSCHECHOSLOWAKEI: Stavba /Prag/, Pásmo /Brünn/, Wohnungskultur /Brünn/,
 UNGARN: Ma /Budapest/,

Ein Organ des Kunstschaffens, das mit gleicher Intensität wie die besten dieser genannten arbeitete, besitzen wir in Deutschland leider nicht. Der Sturm pflügt die Süßigkeit der Gartenlaube. So Lothar Schreyer:

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

Goldbestände Seitdem England den Übergang zur vollen Goldwährung und die Wiedergewinnung des alten Gleichstandes mit dem Dollar mit zäher Beharrlichkeit vorbereitet, haben sich die lebhaftesten Währungsauseinandersetzungen von neuem erhoben. Interessant sind dabei zunächst die Hinweise auf die Goldbestände der großen Notenbanken der verschiedenen Länder. Soweit einzelne Länder nicht auf das hilfloseste in wertschwankender Papierwirtschaft stecken geblieben sind, ragten die Goldbestände der betreffenden Zentralbanken, entgegen der gewöhnlichen Vorstellung, am 1. Januar 1925 in der Regel weit über den Bestand am 1. Januar 1914 hinaus. Was an Gold seit dem Kriegsbeginn aus dem Verkehr verschwunden war, erscheint, trotz allen kriegs- und übergangszeitlichen Goldabflüssen nach dem Ausland, selbstverständlich noch immer zu einem guten Teil in den Notenbankbeständen; auch da, wo neue Goldheranziehungen, wie sie besonders England möglich waren, wenig in Frage kommen. In einer amerikanischen Großbankstatistik (die wiederum auf Angaben des London Economist, unter Umrechnung des Pfund Sterling mit 5 Dollar, fußt) werden diese Goldschätze der Zentralnotenbanken wie folgt angegeben: England am 1. Januar 1914 174,91 Millionen Dollars, am 1. Januar 1925 dagegen 642,82 Millionen, die Schweiz 34,06 und 101,18 Millionen Dollars, Holland 62,70 und 210,24 Millionen, Schweden 28,44 und 65,83 Millionen, Norwegen 12,88 und 40,90 Millionen, Dänemark 22,5 und 58,19 Millionen, Spanien 95,84 und 507,04 Millionen, selbst Frankreich und Belgien 1914 701,54 und 41,65, dagegen (ohne Auslanddepots) 1925 736,18 und 54,44 Millionen Dollars, während allerdings Italien von 227,93 auf 177,91 Millionen Dollars herabglitt und die habsburgischen Staaten in ihrer Gesamtheit noch nicht entfernt den alten Goldbestand der 1914 noch gemeinsamen österreichisch-ungarischen Bank erreichten (1914 258,33 Millionen Dollars; 1925 Deutsch Österreich 10 Millionen, Ungarn 7,46 Millionen, Polen 19,68 Millionen, die Tschechoslowakei einschließlich Silber 31,65 Millionen Dollars). Der Rückgang bei der deutschen Reichsbank

wurde hier öfter besprochen: von 1170 Millionen Mark am 31. Dezember 1913 und sogar 2520,5 Millionen Ende 1916 auf 995,4 Millionen Ende 1921 und schließlich 467,03 Millionen Ende 1923. Seitdem stieg hier aber mit der vorläufigen Neuordnung der Reparationsfrage der Goldschatz wieder auf 759,61 Millionen Mark Ende 1924 und zuletzt am 23. März 1925 auf 996,08 Millionen, davon 766,88 Millionen Kassenbestand und 229,2 Millionen unbelastet und also verfügbare bei ausländischen Zentralnotenbanken. Freilich, 1913 schätzte man für Deutschland das »Geld im Verkehr, ohne Bestände der Notenbanken und des Reichskriegsschatzes«: Gold 2400 Millionen Mark, Silber und Scheidemünze 1000 Millionen, dazu das durch Gold gedeckte und ungedeckte Papiergeld mit 2200 Millionen, so daß der gesamte Geldumlauf etwa 5600 Millionen Mark war.

**England:
Währungs-
strömungen**

Selbst für England ist aber das Wiedereinlenken in das alte Geleis der vollen Goldwährung, mit ungehindertem internationalen Zu- und Abstrom von Gold zur internationalen Ausgleichung der Preisniveaus und der Zahlungsbilanz, keineswegs so einfach. Nicht daß die Anschauungen der mehr theoretischen Schule der manipulierten (managed) Währung besonders gewichtig in die Wagschale fielen, obwohl sie in Keynes einen ebenso rührigen wie angesehenen Vertreter besitzen, und obwohl selbst McKenna, heute wieder nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium der Leiter der Midland Bank, zeitweise mit einer, der Preishöhe der letzten Jahre angepaßten, also vom alten Goldwert losgelösten Währung liebäugelte. Die Hauptschwierigkeit ist, daß das erste Greifen nach einer genügenden Golddecke und deren dauerndes Festhalten angesichts der übermächtigen Stellung und der bisherigen und wahrscheinlichen Goldanziehungskraft der Vereinigten Staaten von Amerika mit manchen Störungen und Lasten für Produktion und Handel Englands verbunden sein werden. Vor allem steht ein dauernd höherer Zinsfuß wie in Amerika in Aussicht, um für England selber eine genügende Anziehungskraft und Abflüßhemmung zu gewinnen. Dies hat selbstverständlich seine Nachteile für alle kreditbeanspruchenden englischen Wirtschaftskreise und auch für einen großen

Teil der internationalen Zahlungsvermittlung, deren Mittelpunkt einst England war und wieder zu werden hofft. Dazu treibt man in jüngster Zeit in Amerika selber zu Diskonterhöhungen, das heißt, zu Krediteinschränkungen, um nicht, wozu die Goldüberfülle geradezu anreizt, immer weiter auf die abschüssige Bahn der Preisinflation gedrängt zu werden. Als am 26. Februar die Federal Reserve Bank in New York zur Erhöhung des amtlichen Diskontsatzes von 3 auf 3½ % schritt, folgte die Bank von England sofort mit einer Erhöhung erst des nichtamtlichen, dann des amtlichen Diskontsatzes von 4½ auf 5 %, also in beschleunigtem Geschwindigkeitsschritt nach, sehr zum Mißvergnügen aller jener weitestreckten Kreise, deren augenblickliche oder dauernde Interessen mit billigem Kredit verbunden sind. Selbst Sir Josiah Stamp, der Gouverneur der Bank von England und seinerzeit als eines der sachverständigsten und einflußreichsten Mitglieder des Dawesausschusses viel genannt, äußerte schwere Bedenken für Gegenwart und Zukunft: »Vor dem Krieg konnten wir bereits ein Steigen und dann ein Sinken des Goldwerts um 40 % innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne beobachten. Dies sollte uns als Warnung dafür dienen Goldpreisschwankungen unbeachtet zu lassen oder nicht alle Anstrengungen zu machen, um eine Organisation zu schaffen derartige Schwankungen zu kontrollieren. Die Goldwährung der Vorkriegszeit wurde zu einem gewissen Teil durch die Diskontpolitik reguliert. Eine bedeutend wirkungsvollere Zusammenarbeit ist nötig, um die Preisbasis stetig zu halten in den sicherlich noch recht unruhigen Zeiten, die wir vor uns haben. Großbritannien ist Amerika für wenigstens 2 kommende Generationen tributpflichtig. Haben wir einmal die Wiedereinführung der Goldwährung in die Hand genommen, dann hat die Union in ihren großen Schätzen an gelbem Metall die Trumpfkarten in der Hand. Wir müssen versuchen unsere Währungen wieder in die Hand zu bekommen, oder jene werden uns unterkriegen. Die Entwicklung der Warenpreise muß kontrolliert werden.« Der letzte Satz umschließt, wie man sieht, sogar ein gewisses Entgegenkommen nach der manipulierten Währung hin, die ja gerade Goldwertschwankungen durch künstliche Eingriffe in den Geldumlauf entgegenarbeiten will, um Preisschwankungen, die nicht in den Produktionskosten der Waren selber begründet sind, nach Möglichkeit vorzu-

beugen. Aber auch Snowden, der hervorragende Arbeiterpartei- und letzte Schatzkanzler, sprach Ende März im Unterhaus, ähnlich wie kurz vorher die Federation of British Industries (die etwa unserm deutschen Reichsverband der Industrie entspricht) von drohender Produktionseinschnürung und Arbeitslosigkeitsvermehrung, wie er überhaupt den Wirtschaftsdruck, der von England seit langem nicht weichen will, in hohem Maß der "Deflation" von 1919-1920 zuschreibt. Auch die Geldwertverschiebung nach oben hin hat, nur umgekehrt wie dereinst die Inflation, ihre differenzierten Folgewirkungen auf die verschiedenen Wirtschaftsklassen. Aber das überwiegende Interesse Englands scheint auf raschesten Anschluß an den Goldmetallwert wie bei der alten Goldwährung hinzutreiben. Tatsächlich rückt das alte Pari zwischen Sovereign und Dollar (1 Pfund Sterling = 4,8665 Dollars) seit längerem schon mehr und mehr in Reichweite. Der tiefste Stand des Pfundes Sterling trat zeitweilig 1920 mit 3,1925 ein, 1921 sank das Pfund Sterling niemals unter 3,5450, 1922 niemals unter 4,1885, 1923 niemals unter 4,2825, während 1924 zeitweilig schon ein Höchststand von 4,7337 zu verzeichnen war. Die jüngsten Schwankungen, Ende März 1925, bewegen sich in engsten Grenzen etwa um 4,78 Dollars.

Vereinigte Staaten von Amerika

Unter Umständen kann jedoch die internationale Neuverteilung der Weltgoldschätze, wie sie mit der Wiederausbreitung der Goldwährung oder doch einer Währung mit ungleich stärkerem Goldkern notwendig verknüpft sein würde, für Amerika selber eine willkommene Entlastung herbeiführen. In den 10 Jahren 1915 bis 1924 haben die Vereinigten Staaten von außen her 3855 Millionen Dollars Gold erhalten und nur etwas über 1441 Millionen wieder abgegeben, so daß ihr Goldbesitz sich um nicht weniger als 2413,39 Millionen Dollars vermehrte, also um etwa 10 Milliarden Goldmark. 1921 bedeutete hier zwar den Höhepunkt mit 691,25 Millionen Dollars Goldeinfuhr gegen nur 23,89 Millionen Ausfuhr. Aber alle Folgejahre stehen eher noch über dem Durchschnitt des Jahrzehnts: 1922 mit 275,17 Millionen Einfuhr gegen 36,87 Millionen Ausfuhr, 1923 mit 322,72 Millionen Einfuhr gegen 28,64 Millionen Ausfuhr und zuletzt 1924 mit 319,72 Millionen Dollars Einfuhr gegen immerhin nur 61,65 Millionen Ausfuhr: trotz allen Darlehen Amerikas an das

Ausland, mit denen die Vereinigten Staaten nicht nur dem zerrütteten Ausland zur Stärkung seiner Kaufkraft beispringen wollten sondern auch sich selber einer Art unvermeidlicher Entfettungskur unterzogen. 1924 wurden an ausländischen Anleihen untergebracht; für Europa etwa 520 Millionen Dollars (an der Spitze Deutschland und Frankreich mit 110 und 100 Millionen Dollars), für Canada über 270 Millionen, für Südamerika 191,31 Millionen (an der Spitze Argentinien als Staat mit 80 Millionen, ein Teil davon allerdings bloße Konvertierung), für Asien (fast ausschließlich Japan, wiederum zum Teil bloße Konvertierung), 187½ Millionen Dollars. Alle Konvertierungen ausgeschieden, bleiben noch immer nicht weniger als 944 Millionen öffentlich aufgelegter Anleihen an das Ausland, also von privaten Beziehungen der großen Bank-, Handels- und Produktionsunternehmen ganz abgesehen. In dieser gewaltigen Umwälzung des Verhältnisses zwischen Europa, beziehungsweise der ganzen Welt, und dem ehemaligen Schuldnerland Amerika spiegelt sich eine der tiefsten, vielleicht die tiefste aller weltwirtschaftlichen Wirkungen des Weltkriegs wider.

Währungs-
schriften

Die ganze Kontroverse: Vollgoldwährung mit Goldmünzen als Umlaufmitteln und Freiprägung und Freiausfuhr von Gold, gegen "manipulierte" Goldwährung, das heißt im wesentlichen mit Papierumlauf unter festem Wertverhältnis zum Gold und unter gesicherter und geordneter Hergabe des Goldes für Zahlungen nach fremden Goldwährungsländern, findet sich jetzt auch in einem deutschen Werk mit außergewöhnlicher Klarheit und Selbständigkeit erörtert, nämlich in Fritz Machlups Goldkernwährung, einer währungsgeschichtlichen und währungstheoretischen Untersuchung (Halberstadt, H. Meyer). Die nach dem Silberpreissturz seit den achtziger Jahren begonnenen Währungsreformen (in Britisch- und Niederländisch Indien, auf den Philippinen und in den Straits, in Mexico und wichtigen Gebieten Südamerikas usw.) haben eigentlich der Goldkernwährung schon längst zu realem Leben verholfen, und Machlups währungsgeschichtliche Übersicht faßt alle diese Vorgänge ausgezeichnet zusammen. Auch die Auseinandersetzungen mit den vorherrschenden Geldtheorien und praktischen Maßnahmen der Devisen- und Diskontpolitik sind immer fesselnd. In vielem kommt man

jetzt auf alte, Ricardosche Gedankengänge zurück, so daß der Anhang: eine Übersetzung des Währungsplans Ricardos aus dem Jahr 1816, gleichfalls sehr dankenswert ist.

Vielfach auf den gleichen Gebieten der Währungsgeschichte bewegt sich die, von der Kölner Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät mit Recht preisgekrönte Schrift Carl A. Schaefers Klassische Valutastabilisierungen und ihre Lehren für Deutschland (Hamburg, C. Boysen). In den Mittelpunkt rückt hier neben Indien vor allem Argentinien mit seinem eigenartigen System Tornquist, das wirkungsvoll dargestellt wird. Das ganze Buch atmet überraschende Gedankenkraft und weiß zugleich, was wohl dem günstigen Hamburger Milieu zuzuschreiben ist, englische und amerikanische Literatur und parlamentarische Enquêtes neben Zeitschriften und zünftig gelehrtem Schrifttum des In- und Auslands in musterhafter Weise mit hohem theoretischen Sinn nutzbar zu machen. Soziologisch-theoretisch wie wirtschaftsgeschichtlich gleich hervorragend ist endlich ein neuer Band der Währungsschriften des Vereins für Sozialpolitik (München, Duncker & Humblot): Das Papiergeld der französischen Revolution 1789 bis 1797. Er ist eine verkürzte Wiedergabe einer 1919 in russischer Sprache veröffentlichten Studie des Professors S. A. Falkner (Moskau). Manche landläufigen Vorstellungen über die Assignatenperiode werden hier berichtigt. Beispielsweise über die unbedingte Priorität der Papiergeldvermehrung vor der Entwertung. »Umgekehrt, das Papiergeld wird [im vorliegenden Fall, wo das wieder in Umlauf gebrachte, innerlich wertbeständige Metall die wertunbeständigen Zettel ihrer Verkehrsfunktion beraubte] gewaltig vermehrt, weil seine Entwertung viel mehr und über alles Maß fortschreitet.« Manche Erfahrung kennen wir aus unserer eigenen Gegenwart: die verhältnismäßige Herabdrückung der Lohnarbeiterklasse, das unaufhaltsame Näheraneinanderrücken der Löhne von qualifizierter und ungeschulter Arbeit. »Niemand wollte produzieren, alle wollten nur handeln.« Die nachträgliche Vollaufwertung der Geldschuldverpflichtungen hat nach Falkner »die Schuldner, in deren Händen der reale Wert der erhaltenen Kredite dahinschmolz,« schwer getroffen. »Solche Schuldner waren aber, sozial gesehen, die landwirtschaftliche Aristokratie und zum Teil die selbständige landwirtschaftliche Arbeit, die Besieger der Revolution. Die siegreiche

handel- und gewerbetreibende Bourgeoisie bürdete ihnen nach dem Rechte des Siegers die Kriegslasten auf.« Auch die allgemeine Schlußbetrachtung über soziologische Gesetzmäßigkeit sei in einer Zeit, die gern durchaus unzutreffende, am Äußerlichen haften bleibende Unterschiede zwischen kultur- und naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit hervorhebt, zur Beachtung empfohlen. Für das monumentale, von der Carnegie-Stiftung unter der Leitung des Professors James Shotwell ausgehende Sammelwerk über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs hat der ehemalige Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank und derzeitige Präsident der Ungarischen Nationalbank Alexander Popovics in einem stattlichen Band die ganze Entwicklungsgeschichte der österreichisch-ungarischen Papiergeldwirtschaft dargestellt (Das Geldwesen im Kriege /Wien, Hölder-Pichler-Tempsky/).

Die Aufgabe »die *Theorie des Geldes* auf Grundbegriffen der Privatwirtschaftslehre aufzubauen und alle geldlichen Erscheinungen auf anschauliche privatwirtschaftliche Bewertungsprobleme zurückzuführen und die Wirkung geldlicher Maßnahmen auf Preise, Kapital und Einkommen erkennen zu lassen« stellt sich Siegfried Berliner, der Herausgeber der *Weltwirtschaftlichen Abhandlungen* und Professor in Tokio, in einer kurzen Schrift, betitelt *Das Geld als Kapital* /Stuttgart, C. E. Poeschel/. Seine vielbeachteten währungs- und bankpolitischen Aufsätze aus dem Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik und dem Handwörterbuch für Staatswissenschaften gab Albert Hahn gesammelt unter dem Titel *Geld und Kredit* heraus /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Die einzelnen Abschnitte lauten: Handelsbilanz, Zahlungsbilanz, Valuta, Güterpreise; statische und dynamische Wechselkurse; Kredit; Depositenbanken und Spekulationsbanken; Theorie des Geldmarkts; das sogenannte Vertrauen in die Währung. Von dem gleichen Verfasser liegt vor: *Goldvorteil und Goldvorurteil* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Es werden zunächst die wissenschaftlichen Grundlagen der Goldwährungen dargelegt. Daran schließt sich die Frage, wie weit die neuen deutschen Währungsgesetze den Anforderungen moderner Geldtheorie entsprechen. Eine Reihe aktueller Streitfragen, wie die über die Entstehung und die Zweckmäßigkeit der Rentenmark und über das Für und Wider von Goldanhäufungen bei

der Notenbank, werden beleuchtet. Durch bildliche Darstellungen werden die theoretischen Ausführungen auch dem Laien leichter verständlich gemacht.

Als Mittel zur *Währungssanierung* empfiehlt der Professor an der Universität Johannesburg R. A. Lehfeldt, offenbar mit angeregt durch die Tätigkeit des Diamantsyndikats, in seinem Buch *Die Wiederherstellung der Währungen*, aus dem Englischen übersetzt von Bela Ludwig Frank /Stuttgart, W. Kohlhammer/, eine internationale Regelung der Goldproduktion (zum Teil auch der Goldnachfrage), die allzu empfindliche Preisschwankungen der Waren verhüten soll. Er hält eine »zielbewußte Handhabung des Papiergeldumlaufs« zwar nicht für undenkbar, aber »die Regierungen sind immer wieder der Versuchung erlegen übermäßig viel Papiergeld auszugeben«. Auch das Irving Fishersche Projekt je nach den Anhalten der Preisindizierung das Goldgewicht des Dollars oder des Pfundes Sterling zu variieren hält er für geistreich und praktisch durchführbar, jedoch, wiederum wegen der Unzuverlässigkeit und Uneinheitlichkeit der Regierungen, glaubt er die Regelung des Angebots von Gold (oder der Nachfrage oder der beiden Faktoren) vorziehen zu sollen. Die tatsächliche Entwicklung der Währungsfrage ist bereits über solche Anregungen hinausgewachsen; immerhin beruhen sie auf dem ersten Willen einen Ausweg zu entdecken, und manche Seiten des Währungsverfalls sind treffend untersucht. Eine rasche Kenntnisnahme der verschiedenen englischen Anschauungen über controlled currency, im Gegensatz zu der automatisch funktionierenden Vollgoldwährung (Keynes' Traktat über Währungsreform /München, Duncker & Humblot/ wurde bereits früher hier erwähnt) ermöglicht übrigens jetzt eine Abhandlung Laytons, des Redakteurs des Economist, im *Quarterly Journal of Economics*, das in Cambridge /Massachusetts/ erscheint. Das selbe Heft enthält dazu noch eine allgemeinere internationale Analyse der währungstheoretischen Richtungen in dem Aufsatz James W. Angells von der Columbiauniversität: *Monetary Theory and Monetary Policy: some recent discussions*. Die Auffassungen Cassels, Keynes', Nogaros und Rists werden hier erörtert. Auch Irving Fishers *Stabilizing the Dollar* liegt jetzt in deutscher Übersetzung vor (Der schwankende Geldwert, seine Ursachen und Folgen und Vorschläge zu seiner Beseitigung /Berlin, Walter de Gruyter/). Knapp und schla-

gend gibt Fritz Naphtali in der Form eines Rückblicks auf das Wirtschaftsjahr 1924 eine Analyse der Währungs- umstellung mit all ihren wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Folgewirkungen (Währungsgesundung und Wirtschaftssanierung /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/).

Zum Schluß möge noch auf die Verhandlungen des *Vereins für Sozialpolitik* im Jahr 1924 hingewiesen sein, die jetzt im Druck vorliegen (170. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik /München, Duncker & Humblot/). Über die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse referierte Franz Eulenburg, über die theoretische und ökonomisch-technische Seite des Währungsproblems Felix Somary, Melchior Palyi und Ladislaus von Bortkiewicz. Die Debatte, an der sich von den der Arbeiterbewegung nahestehenden Personen unter anderen Paul Umbreit, Joseph Andre, Georg Bernhard und Rudolf Goldscheid beteiligten, brachte manche wertvolle Ergänzung. Der selbe Band enthält dann noch die Referate und Auseinandersetzungen über die Theorie des Klassenkampfes und über Handelspolitik.

Kurze Chronik Nach der Reichsstatistik hätte sich in Deutschland, nach einer Verschlimmerung im Dezember, der *Arbeitsmarkt* seit Februar und den März hindurch wieder günstiger gestaltet. ◊ Zwischen den Vertretern des deutschen Kohlsyndikats und der französischen *Société Commerciale des Potasses d'Alsace* ist es zu einer *Verständigung über den Kaliabsatz*, vornehmlich nach Nordamerika, gekommen. ◊ In England regen sich die ersten *schutzzollverlangenden Produktionszweige*, entsprechend den Baldwin'schen Richtlinien (siehe meinen Artikel *Britische Zoll- und Reichswirtschaftspolitik*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 8 und folgende), beim Handelsamt. Im Vordergrund stehen bisher die Bradforder Kammgarnindustrie, die Nottinghamer Spitzenherstellung und die Eisen- und Stahlproduktion. ◊ Über die *Reparationsabgabe* von 26% auf deutsche Einfuhren an England ist eine Verständigung zustande gekommen, nach der nicht mehr der einzelne deutsche Exporteur im Einzelfall herangezogen sondern das Reich in gewissen Zeitabständen Pauschbeträge zahlen würde, die sich nach den Einfuhren des Vormonats bestimmen. ◊ Die *Sommerzeit* soll jetzt in England durch Dauergesetz eingeführt werden.

Literatur Der Krieg mit seinen ungeheuren Perspektiven hat in Deutschland das allgemeine Interesse für große internationale Wirtschafts- und Kulturzusammenhänge gewaltig verstärkt. In der wissenschaftlichen Literatur kommt dies in einer ungewöhnlichen Zunahme der weltwirtschaftlichen Überblicke zum Ausdruck. Viel Anregung dürfte von der neugegründeten *Zeitschrift für Geopolitik* /Berlin, Kurt Vowinckel/ ausgehen, für deren Bedeutung schon die Namen der Herausgeber und ständigen Mitarbeiter sprechen: Karl Haushofer, Erich Obst, Heinrich Lautenbach, Franz Termer, Fritz Hesse (siehe auch die Rundschau *Nationale Bewegung*, in diesem Band Seite 244). ◊ Ähnlich arbeitet für die Verbreitung politisch geographischer Einsicht die von Arthur Dix und Alfred Ball geleitete *Monatsschrift Weltpolitik und Weltwirtschaft* /München, R. Oldenbourg/. ◊ Eine Fülle von Belehrung und Einzeltatsachen vermittelt *Karl Sappers Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie* /Leipzig, B. G. Teubner/. Die Mannigfaltigkeit des menschlichen Wirtschaftens und ihrer Verkehrsverknüpfungen, ihre Abhängigkeit von den verschiedenen Naturbedingungen und wiederum von den im Lauf der Zeiten darüber sich lagern den wechselnden kulturellen und geschichtlichen Sozialgebilden findet hier eine vorbildliche umfassende Bearbeitung. Kartenbilder und Statistiken sind in reichem Maß beigegeben. ◊ Mit einer seltenen Vereinigung von wirtschaftsgeographischer und wirtschaftsgeschichtlicher, von mehr kolonialtheoretischer und allgemein volkswirtschaftlicher Einsicht spricht sich *Bruno Kuske* über die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft aus /Köln, Oskar Müller/. Alles, was Kuske bisher veröffentlicht hat, hob sich weit über den Durchschnitt; nach dieser jüngsten Schrift wird man vollends mit Spannung seinem angekündigten größeren Werk über die Entstehung der Weltwirtschaft entgegensehen. ◊ Der Kriegszweiser des Reichsamts des Innern *Clemens von Delbrück* griff zuerst die sogenannte wirtschaftliche Mobilmachung auf und war der Gründer des "wirtschaftlichen Generalstabs". Mit dem Schatzamt und dem immer unentschlossenen Reichskanzler ergaben sich gleich schwere Reibungen, nach Kriegsausbruch kam der ewige Widerstreit zwischen Militärbehörde und Reichsleitung hinzu. Über diese Vorgänge bis zum innern und

äußern Zusammenbruch, bei dem Delbrück nach Möglichkeit zu vermitteln suchte, hat er sehr wertvolle Aufzeichnungen hinterlassen, die jetzt sein Sohn unter dem Titel *Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914* herausgab /München, Verlag für Kulturpolitik/.

◊ In einem Band der *Histoire économique et sociale de la guerre mondiale (Série belge)* /Paris, Les Presses Universitaires de France/ behandelt *Albert Henry*, ein höherer belgischer Beamter, die Wiederverproviantierung Belgiens während der deutschen Okkupation.

◊ Aus der englischen Carnegieserie ist für Gewerkschafter und Sozialdemokraten besonders lehrreich die Darstellung der *Kriegsarbeitsorganisation* und der *Werkstättenausschüsse* mit Einschluß der *shop stewards*, die der bekannte Gewerkschaftstheoretiker und Gildensozialist *G. D. H. Cole* gibt (*Workshop Organization* /Oxford, Clarendon Press/).

◊ Bei dieser Gelegenheit sei nachträglich auf *W. F. Brucks* mustergültige Geschichte des *Kriegsausschusses* der deutschen *Baumwollindustrie* (die zugleich einen Abriß der ganzen deutschen *Baumwollwirtschaft* während des Krieges bietet) hingewiesen /Berlin, Kriegsausschuß der deutschen *Baumwollindustrie*/.

◊ Daß die *sensationellen Vermögensumschichtungen* und *-neubildungen* in und nach dem Krieg bald ihre halb *feuilletonistisch-agitatorische* halb *volkswirtschaftlich-wissenschaftliche* Darstellung finden würden, war anzunehmen. Bei *S. Fischer* in Berlin erschien ein größeres Werk des bekannten *Finanzkritikers Richard Lewinsohn* *Die Umschichtung der europäischen Vermögen*. Den *Inflationsländern Mitteleuropas* ist der größte Teil der Untersuchung gewidmet, die viele interessierte Leser finden wird.

◊ Ähnlich stellt *Ernst Neckarsulmer* in seiner Arbeit *Der alte und der neue Reichtum* /Berlin, F. Fontane & Co./ die *wirtschaftlichen Schicksale* der deutschen *Finanzgrößen* dar; hier sind sogar 33 *Porträts* beigelegt.

◊ Unter dem *Pseudonym Versatus* erschien eine Studie über den *Weltdiktator Morgan* /Hamburg, Hoffmann & Campe/ oder eigentlich über den *Aufstieg* und die *ökonomisch-politische Machtstellung* der beiden sich folgenden *Morgan*.

◊ Mit großem Ernst analysiert der *Vorsitzende* des *Düsseldorfer Wirtschaftsamts G. Faldix Henry Ford* als *Wirtschaftspolitiker* /München, Franz A. Pfeiffer & Co./.

Interessant sind hier am Schluß die *Parallelen* zu *Rathenaus Denken* und *Winken*, die der Autor zieht.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Branting † Viele der Führer aus der großen Zeit des internationalen Sozialismus haben die letzten Jahre uns geraubt. Fast, als sollte uns zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Epoche der aufblühenden sozialistischen Idee nun abgeschlossen sei. Jetzt ist auch *Hjalmar Branting* tot, einer der Besten und Größten. Er starb am 24. Februar in Stockholm. Er hatte schon lange mit schwerer Krankheit gerungen; sie raffte ihn fort, gerade als man in Deutschland anfang um *Eberts* Leben zu bangen. Dadurch ist wohl der Mehrzahl der deutschen Parteigenossen die Schwere dieses Verlustes nicht deutlich geworden.

Vielleicht haben auch die meisten Genossen, bei uns wie überall sonst, *Brantings* geistige Persönlichkeit nie in ihrem vollen Umfang begriffen. Gewiß, man ehrte in ihm den bedeutenden, den hochgebildeten Geist, den selbstlosen Kämpfer und Menschen, den Mann, der die *Organisation* der schwedischen *Bruderpartei* aufgebaut, ihr Organ geschaffen und redigiert hatte. Man achtete ihn als einen der Führer der *sozialistischen Internationale*, den ständigen Vertreter der *schwedischen Arbeiterklasse* auf fast allen *internationalen Arbeiterkongressen* und, seitdem er zu wiederholten Malen *schwedischer Ministerpräsident* geworden war, auch im *Völkerbundsrat*. Und dennoch: Schätzte die Mehrzahl auch der führenden Genossen *Hjalmar Branting* nach seiner eigentlichen historischen Bedeutung?

Die *Critica Sociale* widmete in einer besonderen Nummer den fast zu gleicher Zeit dahingegangenen *Parteiführern Branting* und *Ebert* gemeinsame *Erinnerungsworte*. Obwohl so verschiedenen *Gesellschafts- und Bildungsschichten* entstammend, seien sie doch als *Politiker* durchaus gleichen Geistes gewesen: beide *Sozialisten* dem Ziel, *Realpolitiker* den politischen Mitteln nach, beide *Friedensfreunde* und *Internationalisten*, und trotzdem, den Wert der Nation als eines notwendigen Gliedes der *Völkerfamilie* erkennend, den Interessen ihres eigenen Landes und denen der *Arbeiterinternationale* zugleich verknüpft. Der belgische Genosse *Camille Huysmans*, der einem *Korrespondenten* der *Vossischen Zeitung* in einem Interview in Worten tiefster Verehrung von seinem toten Freund *Branting* spricht, rühmt ihm nach, daß er »kein Fanatiker« gewesen sei; davor habe ihn sein *Humanismus*, sein Geist

bewahrt, »der Goethe und Anatole France gleichermaßen liebte«. Und weiter: »War er in der Theorie für Kautsky, in der Praxis hielt er es mit Bernstein, und in Frankreich hatte Jaurès seinen vollen Beifall gegenüber Guesde.« Und endlich der Vorwärts in seinem Gedenk-artikel am 24. Februar: »Für die deutsche Sozialdemokratie aber war es ein harter Schlag, daß Branting sich nicht darauf beschränkte Schwedens Neutralität zu verteidigen, sondern daß er sogar lebhaft Sympathien für die Gegner Deutschlands im Weltkrieg an den Tag legte.« (Bei diesen Worten wird man sich, mit sehr traurigen Empfindungen, an die feindselige Stellungnahme unseres Zentralorgans gegen Branting erinnern, als sich dieser während des Krieges mit allen seinen Kräften für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk einsetzte und, als deren Voraussetzung, von der deutschen Sozialdemokratie eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Elsässer und Lothringer verlangte.) Diese Meinungsäußerungen dreier führender Genossen zitiere ich hier nur zur Erklärung des oben geäußerten Zweifels, ob man in der Partei so recht gewußt habe, wer eigentlich Branting war. Welche Widersprüche dieser 3 Beurteiler unter einander, welches Mißverstehen der tatsächlichen politischen Auffassungen Brantings!

Seit den Anfängen, jener Zeit, da er sozusagen allein die schwedische Sozialdemokratie im schwedischen Reichstag vertrat, war Hjalmar Branting Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte. Nicht zufälliger oder gelegentlicher Mitarbeiter, sondern einer von denen, die aus innerster Überzeugung, aus politischer und menschlicher Gesinnung zu ihrem Ideenkreis gehörten, einer der besten Freunde unserer Zeitschrift. Er war Revisionist, wie man damals sagte, Anhänger einer neuen politisch-theoretischen Grundlegung des Sozialismus, wie man heute sagen müßte. Und weil er in der Tat zu den bedeutendsten Köpfen des internationalen Sozialismus gehörte, weil er, seiner geistig-sittlichen Persönlichkeit nach, einer der Größten aus jener ersten Führergeneration war, in seinem Wesen verwandt Auer, Jaurès, Legien, darum führt es irre von ihm zu glauben: er könne »in der Theorie für Kautsky, in der Praxis für Bernstein« gewesen sein, oder sein »Humanismus« habe ihn davor bewahrt »Fanatiker« zu sein. Ganz zu schweigen von der Verkennung durch die

deutsche Partei, die ein seinem sozialistischen Glauben entströmendes Gerechtigkeitsgefühl, wie er es im Krieg bekundete, für Deutschenfeindschaft halten konnte. Nein, Branting war ein Sozialist in allem, was er politisch anstrebte. Darum verband sich in ihm in ganz natürlichem Empfinden nationales und übernationales Interesse, darum war er Realist und Ideenmensch zugleich, darum war ihm Wortradikalismus fremd, während sein Wirken stets der geistigen Revolution, dem Neuaufbau der Welt gewidmet blieb, darum vereinte er wirtschaftliches Denken und sittliches Fühlen, darum war er nicht "Opportunist", wohl aber Reformist.

In den Sozialistischen Monatsheften erschien schon 1911, zu Brantings 50. Geburtstag, ein schöner Artikel seines Freundes und Mitarbeiters Hermann Lindqvist, in dem ihn dieser in seiner ganzen Persönlichkeit zeichnet, betonend, daß Brantings Geist dem Geist der Sozialistischen Monatshefte nahe sei. Sie haben durch seinen Tod einen (nicht nur in seinen Beiträgen sondern in seinem ganzen Wesen) wahrhaft Mitarbeitenden verloren, der in seiner Gesamtwirksamkeit nicht ersetzt werden kann. Branting ist 65 Jahre alt geworden. Sein Lebensgang ist bekannt. Er kam aus einer alten Bürger- und Adelsfamilie, war von Beruf Wissenschaftler. Als Redner wie als Schriftsteller galt er als gleich phänomenal. Die schwedische Partei verdankte ihm ihre Entstehung, ihr rasches Wachstum, ihre Leistungsfähigkeit wie ihr internationales Ansehen. Und im Völkerbund war er diejenige Persönlichkeit, die dieser Institution moralisches Gewicht lieh.

Helphand † Am 12. Dezember 1924 starb ganz plötzlich in Berlin, erst 57 Jahre alt, aus regster Tätigkeit heraus Alexander Helphand, den der internationale Sozialismus kaum anders als unter seinem Schriftstellernamen Parvus kannte. Er bildete eine der merkwürdigsten und umstrittensten Erscheinungen unter den bekannteren Mitgliedern der sozialistischen Internationale. Und das ist natürlich. Wurde er doch aus einem der schärfsten Vertreter des einstigen "Radikalismus", dem Mitarbeiter und Gesinnungsgenossen Mehrings, Luxemburgs, Lensch' (von dazumal), dem scharfen Gegner der Sozialistischen Monatshefte, zum ebenso unentwegten Anhänger und Propagandisten des "rechten" Flügels der deutschen Sozialdemo-

kratien, der sich gerade durch ihn ein Organ in der Glocke und anderen literarischen Publikationen schuf. Ermöglicht wurde Parvus die Gründung dieser neuen Organe dadurch, daß er während des Krieges durch Lebensmittelkäufe für die deutsche Regierung ein großes Vermögen erwerben konnte. Mit Unrecht hat man ihm diese durchaus einwandfreie und für Deutschland obendrein nützliche finanzielle Aktion in manchen Parteikreisen verdacht, was wiederum die persönlich feindselige Haltung gegen ihn verschärfte, die aus ganz anderen Motiven schon vor dem Krieg zahlreiche deutsche Genossen gegen ihn einnahmen.

In Wirklichkeit gehörte Parvus wohl einfach zu jenen abenteuerlichen Naturen, die stets heiße Freundschaft auf der einen, heftige Gegnerschaft auf der andern Seite zu wecken pflegen. Abenteuerlich war auch sein äußerliches Dasein. Er wurde in Kijew geboren, stand in früher Jugend bereits in den Reihen der russischen Revolutionäre und mußte bald vor der Verfolgung der russischen Schergen ins Ausland flüchten. Er studierte nun in Basel unter Bücher Nationalökonomie und wandte sich dann wie so viele andere russische Emigranten der deutschen sozialistischen Bewegung zu. Um diese Zeit wurde er Mitarbeiter der Leipziger Volkszeitung, die ihn wegen der ihm, wie seinen Freunden Trotzki, Rosa Luxemburg und Mehring, eigenen dialektisch-polemischen Schärfe besonders schätzte. 1905, in der 1. russischen Revolution, ging er wieder in seine Heimat und wurde dort Mitbegründer des 1. Petersburger Arbeiterrats. Nach dem Niedergang der Revolution mußte Parvus von neuem flüchten. Er ging zum zweitenmal nach Deutschland. Dann trieb es ihn kurz vor Kriegsausbruch in die Türkei. Bis dahin war er ein bettelarmer Mensch gewesen; plötzlich wurde er reich, und man muß ihm gerechterweise nachsagen, daß er seinen Reichtum im wesentlichen in sozialistischem Geist, zur Förderung sozialer Ideen und Institutionen verwandte.

Ebert † Am 28. Februar, für die Fernerstehenden gänzlich unerwartet, starb in einer Berliner Klinik Friedrich Ebert. Bis zum letzten Augenblick hatten die Ärzte, die ihn durch eine Operation dem drohenden Tod zu entreißen versuchten, gehofft ihn retten zu können. Friedrich Ebert war in der Sozialdemokratischen Partei, in der er sich schon in jungen

Jahren durch seine Klugheit, seinen Takt in der Beilegung von Differenzen und die bewußt geübte Zurückhaltung nach außen eine Stellung erobert hatte, lange vor Kriegsausbruch einer der Führenden. Er war kein ganz Großer (wie die Partei in ihrer offiziellen Leitung nur *einen* gehabt, aber nicht als solchen erkannt hat: Ignaz Auer), er war auch kein glanzvoller Redner wie Bebel, er war von Haus aus nicht eigentlich ein Politiker, so wenig wie die meisten Partei-, geschweige denn Gewerkschaftsführer es waren. Durch seine schlimmen Erfahrungen als gewerkschaftlicher Agitator, von einer Arbeitsstelle zur andern gehetzt, um seiner Überzeugung willen verfolgt, hatte er über die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterschaft nachdenken gelernt. Auf dem ihm aufgezwungenen Wanderleben waren ihm zum erstenmal sozialistische Schriften in die Hand gefallen. So ging ihm die Lehre Marxens durch die Praxis auf. Er gehörte zu jener Arbeitergeneration, für die bei aller Schwere des Daseins die eigene Not doch wenig oder nichts bedeutete, weil sie ganz der Aufgabe der Befreiung ihrer Klasse hingegeben war. Friedrich Eberts Leben nahm den Verlauf, den so oder ganz ähnlich das Leben jener Führer nahm: Er stieg von Amt zu Amt, weil das Vertrauen der Genossen ihn trug. Er wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren. Nachdem er die Volksschule verlassen hatte, wandte er sich dem Sattlerhandwerk zu. Nach langen Wanderjahren übernahm er 1891 in Bremen die Redaktion der Bremer Bürgerzeitung, wurde dort 1900 Parteisekretär und Bürgerschaftsdelegierter. Im September 1905, auf dem Parteitag von Jena, berief man Ebert in den Parteivorstand, dessen Vorsitzender er nach Bebels Tod 1913 wurde. 1912 wurde er in Elberfeld-Barmen zum erstenmal in den Reichstag gewählt. Mit dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie, namentlich nach Kriegsausbruch, wuchs naturgemäß auch der parlamentarische Einfluß ihrer Hauptführer. 1918 wurde Ebert an Stelle Fehrenbachs zum Leiter des Reichstaghauptausschusses berufen. Er gewann damit eine ausschlaggebende politische Stellung. So kann es nicht wundernehmen, daß man ihm nach dem Zusammenbruch widerspruchslos das Amt des Reichskanzlers antrug, das indessen schnell genug im Rat der Volksbeauftragten aufging. In der Nationalversammlung entfielen bei der Wahl eines vorläufigen Reichspräsidenten auf Ebert 277 von im ganzen 379 Stimmen.

Deutschland Die deutsche Sozialdemokratie, die sich während der Jahre ihrer inneren Kämpfe, der fortgesetzten Spaltungen, Wiedervereinigungen und Widerspalungen in einem Hin und Her des Auf- und Abstiegs verlor und dadurch an Einfluß auf die Massen der Arbeiter so viel einbüßte, scheint seit den Maiwahlen von 1924 (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 710) erfreulicherweise endlich in einer konstanten Vorwärtsentwicklung begriffen. Die Einwirkung des russischen Bolschewismus, die den internationalen Sozialismus in ein längst überwundenes Stadium zurückwarf, ebbt zurück. Die Partei sucht die Basis ihrer materiellen Macht, die in den letzten Jahren schmal und brüchig geworden war, wieder zu festigen und zu erweitern. Nachdem der, erst im Mai 1924 gewählte, Reichstag infolge der Sprengung der Regierungskoalition aufgelöst worden war, fanden am 7. Dezember des vorigen Jahres Neuwahlen zugleich für Reichstag und für verschiedene Landes- und Gemeindeparlamente statt. Ihre Ergebnisse sind in dem Artikel Max Cohens Deutsche Politik und deutsche Parteien (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 4) in übersichtlicher Weise zusammengestellt, und zwar so, daß für jede Partei Wahlstimmen- und Mandatszahlen von der Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 an bis zu diesen letzten Dezemberwahlen mit einander vergleichbar sind. Nach diesen Zahlen war für das Reich der 4. Mai 1924 die Zeit des tiefsten Niedergangs der Sozialdemokratie wie des Höchststands der Kommunistischen Partei; der 7. Dezember 1924 zeigte umgekehrt einen Wiederanstieg der sozialdemokratischen und entsprechenden Abstieg der kommunistischen Stimmen. Verschiedene Wahlen zu anderen Landes- und Gemeindeparlamenten, die alle am gleichen Tag stattfanden, zeigen die gleiche Entwicklungskurve. Noch viel markanter zeigte sich aber die Befestigung der Sozialdemokratie und der Niedergang des Kommunismus bei den jüngsten Wahlen für das Amt des Reichspräsidenten, die nach dem Tod Eberts schon für den 29. März angesetzt werden mußten, also den einzelnen Parteien wenig Zeit für Wahlagitation ließen. Sie brachten für die Sozialdemokratie ein höchst befriedigendes Resultat: 7 836 676 Wahlstimmen gegen 7 881 963 bei der Dezemberwahl; für die Kommunisten einen weitem äußerst scharfen Rückgang: 1 885 778 Stimmen gegen 2 708 355 im Dezember.

England Kurz nach der Bildung des Kabinetts MacDonald wurden in dieser Rundschau (1924 Seite 129 und folgende) die Chancen der sozialistischen Minderheitsregierung in England besprochen. Es war von vornherein klar, daß sie keine wesentliche Änderung in der Außen- oder Innenpolitik herbeiführen konnte, ihre Bedeutung vielmehr darin lag, daß sie überhaupt in einem Land wie England möglich war, in dem vor einem Jahrzehnt nur ein kleiner Bruchteil der Arbeiterschaft selbst sozialistisch dachte. Auch MacDonald konnte die Flotte, das Mittel der Herrschaftserhaltung des britischen Imperiums, nicht preisgeben und somit die Abrüstungsfrage nicht lösen; auch er, der sozialistische Führer der britischen Außenpolitik, konnte nicht daran denken sich für die einzig mögliche politische Lösung des Friedenssicherungsproblems: den Zusammenschluß des kontinentalen Europas, einzusetzen, weil dadurch die Balance of power-Doktrin preisgegeben worden wäre. Und trotz all seiner klugen politischen Selbstbeschränkung mußte es doch in dem Augenblick zum Sturz der sozialistischen Minderheitsregierung kommen, in dem sie den überwiegenden politischen Interessen der Nation im Weg zu stehen schien. Das war, wie hier in der Rundschau Innenpolitik (1924. Seite 769 und folgende) auseinandergesetzt wurde, sehr bald der Fall. Die Unterhauswahlen vom 29. Oktober 1924, die den Konservativen wieder die Vorherrschaft brachten, stellten diese Sachlage auch parlamentarisch klar. Sie ergaben wieder 415 konservative gegen 152 Mandate der Labour Party (44 der Liberalen), während die Verteilung der Unterhausitze im Dezember 1923 war: 257 Konservative gegen 192 der Labour Party und 158 Liberale. Freilich gibt diese Mandatsverteilung ein nichts weniger als richtiges Bild der wirklichen Stärke der 3 Parteien. Denn es ergaben 5 Millionen Stimmen für die Labour Party nur 151 Mandate, 5¼ Millionen konservative Stimmen dagegen 400 Sitze. Mit Recht benutzt die Proportional Representation Society dieses sonderbare Wahlergebnis, um die Einführung des Proportionalwahlsystems (worunter hoffentlich nicht unser unglückseliges Listenwahlsystem verstanden wird) unter der Arbeiterschaft zu propagieren. Wie stark sich jetzt die Stimmung innerhalb des englischen Proletariats gegenüber der Vorkriegs-, ja auch der Kriegszeit nach der sozialisti-

schen Seite hin gewandelt hat, geht daraus hervor, daß MacDonald bedingungslos das Vertrauen und die Liebe der Arbeiterklasse genießt, während er vor noch nicht allzu langer Zeit als Führer der Independent Labour Party starke Kämpfe innerhalb der parlamentarischen Vertretung der Arbeiter auszufechten hatte.

Seit dem letzten Bericht über die englische Partei in dieser Rundschau fanden 2 Parteitage der Labour Party statt: der 1. im April, der 2. im Oktober 1924, die in ihren Beschlüssen und Kundgebungen nichts wesentlich Neues brachten, vielmehr der Hauptsache nach nur die politischen Stellungnahmen der Regierung MacDonald widerspiegeln.

Totenliste Nach schwerer Krankheit starb in Wien *Ludo Moritz Hartmann*, der Wiener Professor der Geschichtswissenschaft (siehe die Rundschau Geschichte, in diesem Band Seite 245). Er hat sich nicht nur als Gelehrter einen bedeutenden Namen in der Öffentlichkeit erworben sondern auch nach dem Krieg als Sozialdemokrat, Agitator für den Zusammenschluß seiner österreichischen Heimat mit dem Deutschen Reich und deutschösterreichischer Gesandter in Berlin. Die eifrige Bildungs- und Propagandaarbeit, die er in dieser Stellung unter der Berliner Arbeiterschaft entfaltete, erwarb ihm in sozialistischen Kreisen zahlreiche Freunde, und sein liebenswürdiges und bescheidenes Wesen war ganz dazu ange-tan sie sich zu erhalten. Hartmann war zum marxistischen Sozialismus auf rein wissenschaftlichem Weg gekommen, freilich mitbestimmt durch sein volks- und menschenfreundliches Gefühl. Er hat sich eifrig mit den Problemen der Arbeiterbildung befaßt, und er war es nicht zum wenigsten, dem die Wiener Arbeiter ihre mustergültigen Bildungsinstitutionen verdanken.

Kurze Chronik Am 23. November 1924 wurde laut Beschluß der französischen Kammer vom 3. August 1924 *Jaurès' Asche* in das Panthéon überführt: die höchste Ehrung, die Frankreich seinen großen Söhnen bereitet. 3 Tage war der Sarg in der Halle des Panthéons ausgestellt; große Menschenmassen strömten dorthin, um dem geliebten Arbeiterführer noch einmal zu huldigen. Regierung, Parlament, Stadtrat und Behörden waren vertreten, daneben natürlich die Internationale und die französischen Parteiorganisationen.

Minenarbeiter trugen bei der Überführung den Sarg, die Republikanische Garde spielte, der Ministerpräsident hielt die Ansprache, und ganz Paris feierte den Toten, der heute im Geist Frankreichs lebendiger ist als je. ◊ In Wien fand eine internationale Konferenz sozialistischer Freidenker statt, zu dem Zweck eine Freidenkerinternationale zu schaffen. ◊ Bei den Wahlen zum norwegischen Storting am 20. Oktober 1924 betrug die Wahlbeteiligung 70 bis 80 %. Die Sozialdemokraten konnten auf ihre Partei rund 15 000 Stimmen vereinigen, die Arbeiterpartei 40 000, die Kommunisten 12 000.

Literatur Der französische Sozialist L. Lévy-Bruhl ließ eine Neuausgabe seiner biographischen Skizze *Jean Jaurès* erscheinen /Paris, F. Rieder & Co./ . Er weist darauf hin, daß die kleine Schrift in 1. Auflage 1916 als reine Erinnerungsschrift für Jaurès' Schulkameraden, gelegentlich einer Feier in dem von ihm besuchten Gymnasium herausgekommen sei. Das Werkchen wolle also keine politische Analyse geben sondern nur in wenigen Strichen Jaurès' reiches Leben von der ersten Kindheit bis zu seinem Tod zeichnen, vor allem sein Bild so festhalten, wie ihn seine Studiengefährten damals gekannt und geliebt hätten. Der Verfasser erfüllt sein Versprechen. Auf wenig über 100, breit- und schöngedruckten Seiten skizziert er Leben und Sein dieses großen und tief sittlichen Menschen von dessen Kinderjahren bis zu ihrem tragischen Abschluß. Jean Jaurès' Bruder, der Admiral Jaurès, lieferte dem Verfasser eine Reihe interessanter biographischer Notizen, auch über sein Elternhaus, einer der Lehrer Jaurès' über dessen Schul- und Lehrzeit. So wird erzählt, daß Jaurès seine Mutter, den guten Geist des Hauses, bis zu seinem Ende abgöttisch liebte, daß er von der frühesten Jugend bis zu seiner letzten Stunde ein leidenschaftlicher Land- und Naturfreund gewesen sei. Doch Lévy-Bruhls Buch gibt mehr als dies. Es erzählt von den rein menschlichen und doch für diesen Geist so charakteristischen Zügen seines Helden: seiner absoluten Gleichgültigkeit gegen alles Äußerliche: Kleidung, Geldbesitz, gesellschaftliche Forderungen, alle Konvention überhaupt. Es erzählt von Jaurès' Art als Denker, Redner, Agitator; seiner unerschöpflichen Arbeitskraft, die ihn dennoch immer noch Zeit finden ließ für jeden Menschen- und Freund-

schaftsdienst; der Universalität seiner Interessen und seiner Lektüre, deren Möglichkeit auf seiner genialen Erfassung des Wesentlichen beruhte; der Schwermut, die seiner äußeren Heiterkeit stets den Unterton lieh, es erzählt endlich von Jaurès' unerschütterlichem Glauben an den Sieg des Guten auf Erden, der ihn erkennen ließ, daß es die eigentliche Aufgabe des Sozialisten sei die Welt von sich aus umzuschaffen. ◊ Eine nach mancher Richtung hin interessante Erinnerungsschrift an seinen Freund Parvus hat Konrad Haenisch verfaßt /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/. Das kleine Werk ist vor allem um des Verfassers willen außerordentlich sympathisch. Enthüllt sie doch die warme Freundschaft und tiefe geistige Bescheidenheit, mit der sich Haenisch hinter Parvus weit zurückstellt. In der Sache wird man ihm freilich in wesentlichen Punkten nicht zustimmen können. Haenisch will beweisen, was nicht zu beweisen ist: daß Parvus der politisch bedeutendste Kopf der Zweiten Internationalen gewesen sei, daß seine politischen Meinungen sich stets als richtig erwiesen hätten, daß er sich auch im Grunde immer selbst treu geblieben wäre; in der Agrarfrage, dem Budgetstreit, der Massenstreikfrage und so fort. Sehr viel mehr im Recht ist Haenisch in der Ablehnung jener, in unserer Partei vielfach üblichen Manier Persönliches mit Sachlichem zusammenzuwerfen und aus diesem Persönlichen politische Verurteilungen herzuleiten. Mit Recht rügt er auch, daß die junge Führergeneration so wenig noch von den Älteren weiß, von denen, die ihr eigenes Lebenswerk erst möglich machten. Dankbarkeit ist freilich in diesem Sinn, wie er sagt, politische Pflicht. Schön und anziehend erzählt Haenisch von seiner eigenen ersten Begegnung mit Parvus, auch von so manchem Erlebnis aus seines Freundes Dasein, dem Mut, mit dem dieser sich allen Gefahren etwaiger Verfolgung aussetzte, wie auf jener geheimen Reise nach Rußland mit seinem Gefährten Lehmann aus München, dem Gatten der unvergeßlichen Hope Bridges Adams Lehmann, zum Zweck des Studiums der Verhältnisse in seinem Heimatland, deren Frucht das bekannte Reisebuch der beiden wurde. Haenisch' Schrift ist ausgezeichnet ausgestattet; sie bringt einige vorzügliche Bilder aus älterer Zeit, Schriftproben und Briefe Helphands. Ihre Lektüre sei trotz unserm sachlichen Widerspruch allen Genossen warm empfohlen.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampfmeyer

Ebert † Auf dem Bergfriedhof in Heidelberg hat am 5. März Theodor Leipart als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dem verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert sehr warme und herzliche Gedenkworte gewidmet. Und diese Worte hat Ebert verdient; zählt er doch zu den erfolgreichsten Förderern der deutschen Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Ebert gehört der Generation von Arbeiterführern an, die durch die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Praxis zu Leitern der Arbeiterbewegung erzogen wurden. Im Jahr 1889 öffnet sich das geistige Auge Eberts bereits für die weiten Horizonte des Sozialismus. Im gleichen Jahr schließt er sich auch schon der aufkommenden Fachvereinsbewegung an. Im August 1889 wird ihm der Schriftführerposten in der 1. Zahlstelle des jungen Sattlerverbandes in Hannover übertragen, und im gleichen Jahr spricht er dort schon zu streikenden Formern. In Hannover trifft ihn seine erste Maßregelung, die ihn von dieser Stätte seiner ersten gewerkschaftlichen Tätigkeit treibt. Sein langjähriger Waffengefährte und Freund Franz Diederich hat das nun folgende, sturmbewegte, unruhige Leben des jungen Agitators so geschildert: »Fortan lernte er, was es heißt bei den Innungsmeistern des Sattlerhandwerks rot angestrichen zu sein. In Kassel, wo er alsbald Wilhelm Pfannkuch und die Runde der anderen Sozialisten kennenlernt, gründet er wieder eine Sattlerzahlstelle, wird ihr Vorsitzender, leitet erfolgreich einen Streik der Militärsattler und wird kurz vor Pfingsten gemäßregelt. In Braunschweig, wo er die Aufhebung des Sozialistengesetzes erlebt, wird er wieder an die Spitze der Sattlerorganisation gestellt; weil er aber an den Innungsmeister Repenhagen, der Prügelstrafe für die Arbeitslosen vorschlug, einen Angriffsbrief losläßt, kann sein Meister, ob er schon ein prächtiger Mensch ist, ihn nicht mehr halten. In Elberfeld-Barmen stürzt er sich emsig in die Verwaltungsarbeit, die in der ersten Zeit nach dem Fall des Sozialistengesetzes aufflammte. Nach Bochum als Helder bei der Dezemberelection geschickt, wird er auf diesem, für die Sozialdemokratie noch heißen Boden verprügelt; als seine Elberfelder Kollegen ihn zur Verbandsgeneralversammlung delegieren, wird er gemäßregelt. Erst bei

einem Kleinmeister in dem Städtchen Quakenbrück im Osnabrückischen kann er sich eine Weile verschlafen, und vom Mai 1891 ab sattelt er noch ein Jahr in Bremen. Dann allerdings ist die Arbeit in diesem Handwerk für ihn zu Ende.« In Bremen leitet der junge Ebert das Gewerkschaftskartell und erkämpft den sehr gedrückten und schlecht gelohnten Bäckern im Streik den Sieg. Hier setzt er zur Erfechtung dieses Sieges alle seine Kräfte für eine genossenschaftliche Bäckerei ein. In dieser Zeit entsteht seine Broschüre Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergerwerbe und die notwendigsten Aufgaben der Bäckerbewegung. Seine Gastwirtschaft in Bremen wird zu einer politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbörse, und er erteilt hier bereits Auskunft an Rat und Hilfe suchende Arbeiter. Den auf allen Gebieten der Sozialpolitik erfahrenen Gewerkschafter Ebert wählt dann das Gewerkschaftskartell zum Bremer Arbeitersekretär. In dieser Stellung entwirft er den Plan zu einer Untersuchung über die Lage der Bremer Fabrikarbeiterinnen. Im Jahr 1901 veröffentlicht er eine sozialpolitische Enquete unter dem Titel Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter.

Nachdem Ebert 1905 in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewählt war, bemühte er sich die auflebende Arbeiterjugendbewegung ihren selbstgewählten Zielen zuzusteuern. Gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und den Vertretern der Jugend rief er die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands ins Leben. Im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei verstand er mit großem taktischen Geschick die politische sozialistische Bewegung mit der gewerkschaftlichen in allen großen, den proletarischen Befreiungskampf berührenden Fragen harmonisch zu vereinigen. Deshalb empfahl auch Carl Legien 1911 Ebert zum Parteivorsitzenden zu wählen, da dieser bei der Beilegung von Parteidifferenzen »eine überaus glückliche Hand« gehabt hätte.

Lassalle begrüßte in der Pariser Februarrevolution den Beginn einer neuen Kulturepoche, weil sie einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief. Wie soll man da erst das historische Ereignis würdigen, durch das ein Arbeiter der erste Präsident der Deutschen Republik geworden ist?

Am 5. März ehrten die Millionen deutscher Gewerkschafter dadurch ihren

toten Führer Ebert, daß sie zum Zeichen der Trauer und zur Bezeugung der geistigen Teilnahme an seiner Bestattungsfeier die Arbeit von 11 Uhr bis 11 Uhr 15 Minuten ruhen ließen.

Außenpolitik und Gewerkschaften

Samuel Gompers hat sich dadurch ein historisches Verdienst erworben, daß er die organisierten Arbeiter der Welt aufforderte an der Gestaltung der Friedensverträge nach dem furchtbaren Weltkrieg positiv mitzuwirken. Unter dem Druck der Arbeiterschaft kamen grundlegende Bestimmungen über den Arbeitstag und über die Organisation des Internationalen Arbeitsamts in die Friedensverträge hinein. Die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung fanden sich in der Befestigung des Weltfriedens, in der Begründung eines Völkerbündnisses zusammen. In dem Geist des Völkerfriedens betätigte sich vor allem der französische Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux, der am 3. Januar 1923 der gemeinsamen Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel eine Denkschrift über das Genfer Protokoll unterbreitete. Die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes war schon auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien beauftragt worden sich für einen gegenseitigen Garantievertrag und demnach für das Genfer Protokoll einzulegen. Die britische Delegation enthielt sich bei der Abstimmung über den Garantievertrag der Stimme; sie verwies darauf, daß Rußland und Deutschland dem Protokoll nicht beigetreten wären, während die deutsche Delegation für das Protokoll stimmte und ihrem Erstaunen Ausdruck gab, daß Großbritannien, die älteste Demokratie der Welt, seinen Entschluß von der Haltung einer autokratischen Regierung wie der russischen abhängig machte. Jouhaux gelangt nun in seiner Denkschrift über das Genfer Protokoll und die Abrüstung zu dem Schluß, daß die Gegner des Protokolls bei ihren Angriffen die gefährliche Methode: das System der Sonderabkommen, der Allianzen zwischen den einzelnen Staaten Gruppen zur Schaffung eines sogenannten Gleichgewichts verteidigen. Der Protokollentwurf entspräche wohl nicht voll unseren Wünschen und Idealen, immerhin müsse und könne er von uns unterstützt werden. »Es würde für den Frieden eine schwere Gefahr bedeuten, wenn er fallengelassen würde. Zurzeit

bleibt die ganze Frage des Protokolls in der Schwebe. Der Völkerbundsrat hat auf Verlangen der britischen Regierung seine Prüfung bis zum Monat März hinausgeschoben. Wir glauben, daß es die Pflicht der Arbeiterbewegung ist seine Annahme in allen Ländern zu befürworten und auf die Regierungen einen Druck auszuüben, damit das ganze Werk nicht zu Fall gebracht wird. In diesem Sinne möchten wir Sie auffordern den gleichen Standpunkt zu vertreten.« Über die Annahme des Genfer Protokolls durch die gemeinsame Konferenz der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationalen sprach sich Jouhaux in einem Interview mit einem Pressevertreter so aus: »Es muß als äußerst wichtiges Ereignis gewertet werden, daß das Proletariat von seinen gewählten Vertretern die Direktive erhalten hat sich zugunsten der Ratifizierung des Genfer Protokolls einzusetzen. Die beiden Internationalen sind damit zur praktischen Organisation des Friedens übergegangen. Das Genfer Protokoll wird in Zukunft von den organisierten Arbeitern der ganzen Welt einstimmig unterstützt werden.«

Bekanntlich ist der Genfer Pakt, der die Grundlage einer neuen, friedlichen Gestaltung Europas werden sollte, von Großbritannien sabotiert und praktisch beseitigt worden. Am 25. Februar nahm die Exekutive der Labour Party in gemeinsamer Sitzung mit dem Generalrat der englischen Gewerkschaften eine Resolution an, in der es unter anderem heißt: »Die Partei ist der Ansicht, daß England alles, was in seinen Kräften steht, tun soll, um die Annahme der Grundsätze des Protokolls und die Abhaltung der Abrüstungskonferenz zu sichern.« Die Haltung der britischen Regierung wurde dadurch nicht geändert.

Jugendarbeit Wenn die deutsche Gewerkschaftspresse von der Jugendarbeit redet, so bezeichnet sie mit dieser Redewendung die Arbeit an der Jugend. Die Gewerkschaftsbewegung stellt sich heute mit Recht auf die Eroberung der Herzen und Köpfe der Arbeiterjugend ein; damit hilft sie die Zukunft gestalten. Über den Umfang dieser Jugendarbeit der deutschen Gewerkschaften gewinnt man sofort ein klares Bild, wenn man die Jahrbücher der großen Gewerkschaftsverbände studiert. Die Arbeit an der Jugend steckt noch in ganz grünen Anfängen. Im *Deutschen Holzarbeiterverband* begann die zentrale Zu-

sammenfassung aller örtlichen Bestrebungen für das Wohl der Jugendlichen und Lehrlinge erst am 1. März 1922 durch die Begründung eines Jugendsekretariats. Die Jugendbewegung hebt im Deutschen Holzarbeiterverband mit dem Jahr 1913 an. In diesem Jahr wird die erste Jugendabteilung ins Leben gerufen. Im Jahr 1921 bestanden 18 Jugendabteilungen, Ende 1923 dagegen 117. Die Anzahl der jugendlichen Mitglieder des Verbandes stieg von 19 918 im Jahr 1921 auf 30 612 im Jahr 1922. Als Bindeglied und Sprachorgan der Jugend erscheint das Holzarbeiterjugendblatt monatlich einmal, und zwar in 35 000 Exemplaren. Das umfangreiche Programm der Jugendbewegung erschließt sich uns schon zum Teil aus der Tätigkeit des Jugendsekretariats, das zweckentsprechendes Material über folgende Fragen zusammentrug: Berufsberatung, Lehrverträge, Mißstände im Lehrlingswesen, Fachschule, Fortbildungsschule (Berufsschule), Lehrwerkstätten, reichsgesetzliche Regelung des Lehrlingswesens, Tarifverträge und Lehrlinge, Kostgeld und Lohn, Arbeitszeit, Koalitionsrecht, Lehrzeit, Lehrlingshöchstzahlen, Lehrlingsordnung, Urlaub, gewerkschaftliche und allgemeine Jugendarbeit und Jugendwohlfahrtspflege. Einen sehr wesentlichen Raum in der Jugendbewegung der Holzarbeiter nimmt die Vortragstätigkeit ein. So wurden zum Beispiel der Jugend im Jahr 1923 317 Einzelvorträge gehalten, deren Themen angegeben sind. Es behandelten 75 die Gewerkschaftsbewegung, 8 Volkswirtschaft, 80 Jugendbewegung und Gewerkschaften, 67 fachliche Fragen, 32 Naturwissenschaften, Geschichte und Literatur, 10 Gesundheitspflege, 5 Lichtbildervorträge und 36 Verschiedenes. Natürlich gibt diese Statistik keine vollständige Aufklärung über die Bildungsbestrebungen der Jugendabteilungen des Holzarbeiterverbandes; denn vielfach vereinigten sich diese mit den Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend zu geselligen Veranstaltungen und literarischen und wissenschaftlichen Vorträgen. Die Jugend des Holzarbeiterverbandes pflegt vor allem auch das Wandern. Sie ist deshalb an den Verband für Jugendherbergen angeschlossen, dem bereits 1922-1923 etwa 1600 Jugendherbergen unterstanden. In der Herbergsfrage geht die ganze deutsche Jugend einmütig zusammen. Sie hält auch die gleiche Marschrichtung ein in der Ferienfrage. So beschloß der Ausschuß der deutschen Jugendverbände am 20. Januar 1925 die

deutsche Reichsregierung um die Einbringung einer Gesetzesvorlage zu ersuchen, die da gewährt: »3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren«.

Als ein bemerkenswerter Fortschritt in der Heranziehung der gewerkschaftlichen Jugend ist die Herausgabe der *Gewerkschaftlichen Jugendbücherei* / Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ zu begrüßen. Sie ist keine Sammlung von Agitationsschriften, sie faßt die wirtschaftliche, politische und soziale Schußung der jungen Arbeiter sehr ernsthaft ins Auge. Sie soll, wie Peter Graßmann, der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bemerkt, den Wissensdrang jedes jungen Proletariats befriedigen, der »das Bestreben hat über sein Verhältnis zu Wirtschaft, Staat und Gesellschaft Klarheit zu bekommen«. Als 1. Band dieser Jugendbücherei erschien die vortreffliche Arbeit Alexander Knolls *Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter*. Knoll ist besonders zur Abfassung einer solchen Schrift berufen, denn er hat uns eine vorbildliche Geschichte des zünftigen Steinsetzergesellen bis zum modernen Lohnarbeitenden Steinsetzer geschenkt und sich in alle Phasen der handwerklichen Entwicklung hineingelebt. Sehr beachtenswert sind seine Ausführungen über die Bruderschaften, die vielfach den Zünften vorausgingen. Die Zünfte haben später die religiösen und karitativen Aufgaben der Bruderschaften übernommen. Scharf trennt Knoll die Kämpfe der Zunftgesellen von denen der modernen Lohnarbeiter. Dem Zunftgesellen fehlte noch das Klassenbewußtsein, und deshalb bekundete er noch keine Klassensolidarität. Knoll führt übrigens seine Geschichte bis zur Schwelle der Gegenwart fort. Namentlich würdigt er die Kämpfe der Gesellen in der Zeit des Staatsabsolutismus, unter dem die beleidigten Berliner Schmiedegesellen 1795 ihre Ehre so tapfer verteidigten. Der Berliner Magistrat war so weit gegangen Peitschenhiebe für die streikenden Gesellen vorzuschlagen, damit sie die »pressanten Arbeiten« erledigten. Die Sperre der Schmiedegesellen brachte das Berliner Schmiedegewerbe in schwere Verlegenheiten. Das Buch Knolls vermittelt den jungen Arbeitern klare Vorstellungen über die

Eigenart der mittelalterlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Handwerker, und damit fühlen sie auch scharf die Unterschiede in der Struktur der mittelalterlichen und modernen Gesellschaft heraus. In der gleichen Richtung wirkt der 2. Band, das Buch Franz J. Furtwänglers *Arbeit und Volksklassen im Wandel der Geschichte*, klärend auf die Begriffsbildung des jungen Arbeiters ein. Das Buch Furtwänglers stellt sich als eine kurz gefaßte Geschichte der Gesellschaftsklassen dar, deren Entwicklung von der Antike bis auf unsere Tage verfolgt wird. Der Verfasser hat mit Recht darauf gesehen, daß die sozialen Klassen und sozialen Parteiführer das Kolorit ihrer Zeit behalten. Er hat aus den Rebellen der antiken Zeit keine proletarischen Parteiführer gemacht. Der junge Leser soll eben »die jeweilige Besonderheit geschichtlicher Ereignisse und den geschichtlichen Sinn unserer Zeit« zu erfassen lernen. Diese Aufgabe muß sich der Lehrer der modernen Jugend vor allem stellen; denn diese soll Geschehenes begreifen, um Geschichte zu machen.

Totenliste Am 21. Februar 1925 starb *Ole Lian*, der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Landesorganisation Norwegens.

Am 24. Februar starb *Hjalmar Branting* in Stockholm, im Alter von 64 Jahren. Seiner schöpferischen Persönlichkeit verdankt die schwedische Arbeiterbewegung vor allem ihren glänzenden Aufstieg. 1896 trat er in den schwedischen Reichstag ein, und 21 Jahre später übernahm er das Finanzministerium. Branting hatte das tiefste Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung, und er setzte im Jahr 1909 alle seine Kräfte für den Streik der schwedischen Arbeiter ein. Auf einer Agitationsreise für diesen Streik trat er der deutschen Gewerkschaftsbewegung näher.

Am 4. März schloß *Otto Sillier* sein arbeitsreiches Leben ab. Sillier war der Begründer des Verbands der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe. 28 Jahre hat er ihn geleitet.

Kurze Chronik Am 13. Dezember 1924 fand in Köln am Rhein eine *Zusammenkunft französischer und deutscher Gewerkschafter* statt. Weitere Zusammenkünfte zu gegenseitiger Verständigung zwischen diesen Gewerkschaften sind geplant. ◊ Am 3. Februar 1925 nahmen die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände in

einer Eingabe an den Reichstag Stellung zur Frage der *Ruhrkampentschädigungen*. Sie forderten eine Regelung nach dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit. \diamond Die Parlamentsfraktion der *englischen* Gewerkschaften beschloß nur Mitglieder aufzunehmen, deren Kandidatur von den Gewerkschaften finanziert wurde. \diamond Die Landeszentrale der freien Gewerkschaften *Hollands* umfaßte am 1. Januar 179 929 Mitglieder. \diamond Vom 10. bis zum 15. Dezember 1924 tagte in Mailand der Kongreß der *italienischen* Gewerkschaften. \diamond Die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter *Japans* ist auf 140 000 gestiegen.

Literatur

Im Verlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes erschien das wegweisende Werk *Fritz Hellwags* Die Geschichte des deutschen Tischlerhandwerks. Der Verfasser umfaßt in seiner Geschichte eine wesentliche Seite der deutschen Kulturentwicklung überhaupt. Aus der Arbeit des Zimmerers sehen wir das Haus mit seiner, in ihm fest verankerten Inneneinrichtung hervorgehen. Die Inneneinrichtung löst sich vom Haus los. Die Möbel entstehen; sie sind nicht mehr Zimmerer- sondern Tischlerarbeit. Den stärksten Antrieb zu ihrer künstlerischen Gestaltung gibt die Erfindung der Säge-mühle um 1320, »die es ermöglichte an Stelle der plumpen, nur mit der Axt vorbereiteten Bohlen jetzt dünnere, für unsere Begriffe aber immer noch massive Bretter vorzuschneiden, und, ohne die Haltbarkeit zu beeinträchtigen, alle hölzernen Einrichtungsgegenstände, insbesondere die Möbel, ganz erheblich leichter zu gestalten«. Die sozialen und politischen Umwälzungen der Neuzeit gestalten den Möbelstil. Aus dem Kampf des Bürgertums gegen den Absolutismus, der die Barockschlösser und Barockmöbel vor allem schaffen half, gehen der einfache Schrank und das schlichte Sopha der klassizistischen und der Biedermeierzeit hervor. In der jüngsten Zeit rebellierte der Deutsche Werkbund gegen die geistlose Stilmachung bei der Anfertigung der beweglichen Gebrauchsgegenstände und betonte stark den Zweck- und Materialcharakter der Möbel. Hellwag gibt eine zusammenhängende Geschichte des Städtewesens, der Zunft, der Städtekultur. Sein Werk ist ein sprechender Beweis dafür, daß die Kulturgeschichte die denkbar größte Befruchtung von einer Geschichte der einzelnen Handwerke zu erhoffen hat.

Nationale Bewegung / Adolf Reichwein

Deutsche Minderheiten Am 21. Mai wird in Stuttgart das Haus des Deutschtums seine Weihe erhalten.

Seine Schaffung geht auf die Initiative des *Deutschen Auslandsinstituts* zurück. Das Institut macht es sich zur besonderen Aufgabe das Schicksal der Auslandsdeutschen zu verfolgen und den kulturellen Zusammenschluß der draußen Versprengten mit dem Mutterland zu fördern. Das neue Haus soll ein Symbol dieser Arbeit werden. Ein paar Daten aus der Arbeit des Auslandsinstituts im Jahr 1924: 30 000 Auskünfte für Auswanderer und Interessierte; das dafür notwendige Material wird von 600 dauernd ehrenamtlich tätigen Vertrauensleuten in allen Erdteilen herbeigetragen. Die Leihbibliothek des Instituts wurde auf 17 000 Bände vermehrt, 8300 Lichtbilder stehen zur Ausleihe bereit.

Über das kulturelle Leben in der deutschen *Wolgarepublik* berichtete kürzlich das dortige Kommissariat für Volksbildung, daß im Jahr 1924 statt 464 000 nur 378 000 Rubel für Volksbildung ausgegeben worden seien. Das macht nicht ganz ein Drittel des gesamten Etats. Es fehlt immer noch sehr an deutschen Lehrmitteln, ganz an deutschen Lesebüchern. Nur etwas über 50 % der schulpflichtigen Kinder sind wirklich eingeschult, 9,5 % mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der Analphabeten wächst noch. In deutschen Dörfern wird Unterricht in deutscher Sprache erteilt. Es ist jetzt ein Plan zur Beseitigung des Analphabetentums bis 1927 ausgearbeitet worden; dem werden sich jedoch den Beschlüssen des Zentralausekutivkomitees zum Trotz finanzielle Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Der litauische Ministerpräsident hat erklärt, daß Wahlen im *Memelgebiet* vorläufig untunlich seien; nach der Verfassung seien sie nur gleichzeitig für das ganze litauische Staatsgebiet zulässig. Der Erlaß eines Spezialgesetzes für Sonderwahlen könnte im Sejm beliebig hinausgeschoben werden, also verzichte man besser. Dagegen will das Ministerium, nach deutschem Muster, ein Gesetz zum Schutz der Republik einbringen lassen. Bemerkenswert ist, daß man jetzt auch die Minderheiten unter dieser Flagge bekämpfen will. Eine positive Lösung ist das nicht, und die Entrüstung der Minderheitenpresse ist berechtigt. Die Antwort der deutschen Minderheit ist nach dem Dampfboot, dem Organ der Memelländer Deutschen, ein im Sejm

eingebachter Gesetzentwurf für einen Deutschen Nationalrat. Dieser soll das offizielle Organ der Minderheit bilden und in geheimer allgemeiner Wahl von den Deutschen gewählt werden. Er soll einen Ausschuß wählen, dessen Vorsitzender an denjenigen Kabinettsitzungen beratend teilzunehmen hat, in denen Fragen, die die deutsche Minderheit angehen, zur Debatte stehen. Er soll die Rechte einer juristischen Person besitzen, auf Grund der §§ 73 und 74 der Verfassung für die deutsche Minderheit verbindliche Verordnungen erlassen dürfen, und ein Teil der für die Kulturaufgaben der deutschen Minderheit bestimmten Summen soll durch seine Hände gehen. Die Angestellten des Rates sollen die Rechte von Staatsbeamten haben. Inzwischen hat die litauische Regierung mit der praktischen Durchführung des Memelabkommens begonnen, dessen Ratifikationsurkunde in Paris niedergelegt ist: der bisherige oberste Bevollmächtigte der litauischen Regierung in Memel wurde zum Gouverneur des Memelgebiets ernannt; neben dem litauischen Gesandten in London wird in Zukunft ein besonderer Vertreter der memelländischen Wirtschaftsinteressen in die Hafenkommission eintreten. Die nächsten Schritte müssen der Wahl des Landesdirektoriums gewidmet sein.

In *Estland* hat man, nachdem kürzlich das verschönderte Gesetz über die Kulturautonomie der Minderheiten zustande gebracht worden ist, den unklugen Schritt getan der deutschen Domgemeinde in Reval die Domkirche durch Ministerialverfügung einfach wegzunehmen und in staatliches Eigentum zu überführen. Unverständlich, wie ein Minderheitenland eine Prestigefrage so lösen kann. Und die Begründung ist geradezu grotesk: ein Stiftungsbrief des dänischen Waldemar II aus dem 13. Jahrhundert. Das ist wohl ein kleines Objekt; aber Recht bleibt Recht. im kleinen wie im großen.

In *Südslawien* ist die Stimmung gegen die deutsche Minderheit wieder einmal höchst unfreundlich. Der Führer der Deutschen, Stephan Kraft, wurde von serbischen Nationalisten schwer verwundet. Nach den Wahlen, die dem Kabinett Paschitsch nur eine geringe Mehrheit brachten, wurden die deutschen Mittelschulen, mit Ausnahme weniger Klassen, gesperrt. Angeblich soll es sich dabei um eine Vergeltungsmaßnahme gegen Deutsch Österreich handeln, das dem slawischen Schulwesen in Kärnten und im Burgenland Schwierigkeiten mache.

In *Polen* ist die Stimmung der deutschen Minderheit erregter als sonst, da die Diskussion über die Sicherheitsfrage in ein akutes Stadium getreten ist, und mehr als bisher auch das Problem der Sicherheit an der Weichsel mit hineingezogen wird. Man vermutet, daß das gegenwärtige demokratische Kabinett Grabski sich nur noch bis zu dem kritischen Augenblick halten wird, wo ernsthafte Schwierigkeiten in den Sicherheitsfragen für die auswärtige polnische Politik entstehen. Bei Herriot liegende die Entscheidungen der nächsten Zeit. Es kann kein Zweifel sein, daß in Polen starke Kräfte am Ruder sind, die in Danzig wie in Teilen Ostpreußens, an der Düna, in Tschechisch Galizien "unerlöste Gebiete" sehen. Der Außenminister Skrzynski wird dem Drängen dieser Kräfte gegenüber bald eine starke Belastungsprobe auszuhalten haben. Im ganzen Osten herrscht besondere Spannung.

In *Südtirol* schreitet der erzwungene Italianisierungsprozeß fort. Die 2sprachigen Firmenschilder mögen vielleicht notwendig sein. Aber dieses Grenzgebiet sprachlich, und das heißt kulturell, einfach ganz zu italianisieren ist unrecht. Die Schulen werden nicht 2sprachig sondern einseitig italienisch aufgebaut. Das Verbot das Wort Tirol zu gebrauchen dient als Symbol dafür. Und doch war bei der Annexion versprochen worden, daß das Deutsche neben dem Italienischen Amtssprache bleiben solle. Seit der Fascismus herrscht, soll der Bürgermeister sowohl mit den Staatsbehörden wie mit den Ortsbewohnern in italienischer Sprache verkehren. Auch wo die Bestimmungen weitherzig gehandhabt werden, ändert das nichts an der Absicht sie für die Zukunft festzuhalten. Dieser Prozeß wird natürlich dadurch beschleunigt, daß man die einheimischen Beamten durch italienische ersetzt. Die Einwanderung italienischer Geschäftsleute wird sehr gefördert. Die Stimmung der Bevölkerung richtet sich weniger gegen die Italiener im ganzen als vielmehr gegen das fascistische Regiment, das man als gesetzwidrig ansieht; man denkt dabei an die Verhaftung des Gemeinderats von Bozen durch fascistische Trupps, die bei anderer Gelegenheit auch das Gewerkschaftshaus besetzten, und an anderes mehr. Während die nationalen Minderheiten in den neugebildeten Staaten: Südslawien, Polen, der Tschechoslowakei, das Recht haben an den Völkerbund zu appellieren, wagte man dies offenbar Italien nicht

zuzumuten. Das empfindet man in Südtirol besonders bitter, und vielleicht wird nirgendwo sonst der Völkerbund so herbeigesehnt wie bei den 230 000 Deutschen dieses italienisch gewordenen Landes. Hier, bei den Minderheiten dieses Gebiets, kann man studieren, welche Bedeutung die Mitgliedschaft im Völkerbund für die versprengten Deutschen hätte. (Hier sei auch auf die kleine Schrift *Der Völkerbund und der Schutz der Minderheiten* hingewiesen, die von der Nachrichtenabteilung des Völkerbundssekretariats in Genf herausgegeben worden ist, und die dessen positive Arbeit bis zum Herbst 1923 kurz darstellt.)

Indien

Die nationale Bewegung Indiens befindet sich in einer Krise. Gandhis Parole der non-cooperation scheint kein einfacher, gültiger Ausweg; die Versöhnung von Hindu und Moslem ist noch nicht gelungen. Das Volk scheint kleinstütiger geworden zu sein. Ob Gandhi *darum* auf dem Weihnachtskongress in Belgium bei Kalkutta so stark betonte, daß man den Mut haben müsse sich ganz von England loszusagen, wenn es seine Versprechungen nicht halte? Mit innerm Kleinmut geht oft taktischer Radikalismus Hand in Hand. In Belgium sind Gandhi die Zügel entglitten, die radikalste Gruppe der Swaradschpartei mit Das an der Spitze hält sie jetzt. Gandhi hat offenbar bereits längere Zeit vor Weihnachten im engern Kreis ernste Auseinandersetzungen gehabt. Anfang November 1924 fand eine Führerkonferenz im Haus Das' in Kalkutta statt, in der Gandhi aufgefordert wurde einem Aufruf an die Bevölkerung zuzustimmen, der gewisse jüngste Verordnungen der Regierung als gegen die Unabhängigkeitspartei gerichtet erklären sollte. Gandhi weigerte sich dem zuzustimmen. Mitte November nahm dann doch eine gemeinsame Konferenz aller indischen Parteien in Bombay eine Resolution an, in der neben den anarchistischen Organisationen auch die gegen diese gerichteten Maßnahmen der britischen Regierung scharf verurteilt wurden; die Engländer werden darauf hingewiesen, daß sie zuerst die Rechte des indischen Volkes zu achten hätten. Ein von der Konferenz eingesetztes Komitee soll Wege zu dauernder Vereinigung aller politischen Parteien und Persönlichkeiten finden; das Komitee soll einen Plan für indische Selbstregierung und Lösungsvorschläge für den Streit zwischen Hindu und Moslem ausarbeiten. Deutlich also,

wie sich auf dieser breitesten Front, langsam zwar, aber doch unverkennbar, das anbahnt, was die prophetische Bewegung Gandhis zuerst sichtete und der Welt klarlegte.

Inzwischen arbeitet England mit Macht und Klugheit daran Indien dadurch der britischen Herrschaft für die Dauer zu erhalten, daß den Indern jetzt eine erhöhte Bewegungsfreiheit gegeben wird. Am 6. April liefen in London Meldungen aus Indien ein, wonach die britische Regierung sich mit Das dahin verständigt hätte, daß das indische Parlament aufgelöst, und Neuwahlen für den Staatsrat und die Provinzialparlamente ausgeschrieben werden. Wenn diese allgemeinen Wahlen eine Mehrheit für die Swaradschpartei ergeben, so wird diese bereit sein unter bestimmten Bedingungen (Unabhängigkeit der Minister, Freilassung der politischen Gefangenen, Ausdehnung der Provinzialautonomie für Bengalen, Anleihe für Bengalen zum Wiederaufbau der Dörfer) in die Regierung einzutreten. Alles dies bedeutet den Beginn einer neuen Phase des Verhältnisses zwischen England und Indien. Doch auch nicht mehr als das.

Totenliste

Im Juli 1924 starb in Chemnitz, 78 Jahre alt, *Anton Ohorn*, ein dichterischer Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen.

Mitte September starb in Köln *John Eimers*, der langjährige Vorsitzende der Niederdeutschen Gesellschaft, der Niederdeutsch Sellschapp. Er galt als bedeutender Forscher auf dem Gebiet der niederdeutschen Sprache und Kultur. In Bad Aussee starb am 11. Dezember, 91 Jahre alt, *Johann Freiherr von Chlumetzki*, einer der letzten Vertreter der alten Deutschliberalen Partei Österreichs. Er strebte stets einen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen in seiner mährischen Heimat an.

Anfang Januar 1925 starb in Aalst in Belgien einer der Führer der flämischen Intellektuellen, der Romanschriststeller *Gustav Vermeersch*, der zu Kriegsbeginn in dem deutschen Einmarsch in Belgien die Morgenröte der flämischen Unabhängigkeit sah; eine furchtbare Täuschung, die die Führer der nationalflämischen Bewegung zu Werkzeugen annexionistischer Bestrebungen gewisser deutscher Kreise und damit ungewollt zu Verrätern an ihrer Heimat werden ließ, die aber bald als solche erkannt und von den Flamen gründlich abgetan wurde.

Informations-
mittel

Der Verlag Kurt Vowinckel in Berlin gibt seinem, immer streng durch die Zeit-

schrift für Geopolitik (siehe weiter unten den Abschnitt Literatur) bestimmten Verlagsprogramm gemäß, eine Reihe wertvoller Werke zum Teil dokumentarischen, zum Teil vorwiegend wissenschaftlichen Charakters heraus, die sich in gleichem Maß durch ihre vorzügliche Ausstattung auszeichnen. In gutem Sinn dokumentarischen Charakter trägt die Sammlung *Der Weltenbummler*. Zunächst eine Reihe guter Übertragungen von Werken englischer und französischer Sprache, deren jedes für die Erkenntnis des betreffenden Gebiets wichtig ist. Da ist etwa E. A. Powell Mit Auto und Kamel zum Pflaumenthron. Dieser amerikanische Major gibt eine plastische, lebendige Darstellung der Nachkriegsverhältnisse in dem wichtigen Brückenland zwischen der syrischen Küste und Täbris, aufschlußreich für die Erkenntnis der weltpolitischen Kräfte, die sich dort kreuzen. Oft naiv anmutend und doch so ungeheuer lehrreich ist die Kritik der englischen Politik in jenem Raum, die sich ja in Täbris energisch mit der vereinsstaatlichen überschneidet; man merkt so unverschleiert, so erfrischend deutlich, daß Powell aus dem Land der Standard Oil Company stammt. Und das brauchen wir: Berichte, die trotz aller Klugheit der Linienführung den wahren hintergründigen Sachverhalt nicht verbergen, die darum der Sachkunde dienen. Gulam Rassul Galwan (Als Karawanenführer bei den Sahibs) erzählt naiv, aber eben mit der Hellsichtigkeit des Naiven, von den Erfahrungen, die er, der Tibetaner, mit den britischen Herren in Indien und Tibet (das ja immer mehr zum indischen Glacis wird) gemacht hat. Die Übersetzung der Reisedarstellung von Haardt-Dubreuil, Die erste Durchquerung der Sahara im Automobil, gibt in deutscher Sprache erstmalig ein zusammenhängendes Bild der französischen Organisationsarbeit im nördlichen Afrika. Erich Obst schließt sich mit Russischen Skizzen den Weltenbummlern an. Anschaulichkeit in der Darstellung zeichnet diese Skizzen aus, hinter deren bescheidenem Titel sich mehr verbirgt als angekündigt wird. Mit einem in wirtschaftlichen Dingen geschulten Blick ist Obst durch Rußland gereist. Was er von den erschauten Verhältnissen und Möglichkeiten niedergeschrieben hat, ist wichtigstes Material für jeden, der Rußland literarisch studieren will.

Nicht minder verdienstvoll ist die Übersetzung des monumentalen englischen Klagegesangs über *Indien*: Carthill Verlorene Herrschaft. Offenbar verbirgt sich hinter diesem Pseudonym einer der ersten Kenner britischer Politik. Der Stil dieser Prosa ist auch in der Übersetzung zu knapper Wucht gesteigert, wie es dem Gegenstand entspricht; vieles verrät auch deutlich die zornige Erregung, mit der hier Geschichte geschrieben wurde. Ein Buch, das nicht verschlossen bleibt, wenn man es aufschlägt. In immer wieder neuer Abwandlung wird das Thema historisch verdeutlicht: Indien ging unerbittlich verloren, seitdem England sich bemühte seine Herrschaft zu rechtfertigen, als es anfing seinen Kolonialländern in »demokratisch-pazifistischem« Geist Zugeständnisse zu machen. Carthill weist an den Fehlern die Grundprinzipien der Herrschaft auf. Historische Analyse und Erklärung des Verlusts sind richtig, aber die Motivierung kommt zu kurz: warum nämlich das Herrschaftsverhältnis sich auflösen mußte, wie dieser Prozeß unumgänglich sozial bedingt war. Indes, durch diesen Mangel gewinnt das Buch für den kritischen Leser nur. Es dokumentiert ohne Beimischung cant.

In dem Stuttgarter Verlag Ausland und Heimat ist eine Aufsatzsammlung des Professors Karl Lindemann in Simeonopol erschienen, die über die Schicksale der *deutschen Kolonisten in Rußland* berichtet: Von den deutschen Kolonisten in Rußland, Ergebnisse einer Studienreise 1919 bis 1921. Lindemann besuchte 67 deutsche Kolonien und kam dabei zu der Überzeugung, daß die deutschen Kolonistenwirtschaften für die Hebung der russischen Landwirtschaft ein wichtiger Anreger seien (Musterwirtschaften). Ein Aufsatz über die deutschen Kolonien in Rußland in ihrer Bedeutung als Musterwirtschaften ist als Denkschrift an die sogenannte Sowjetregierung, auf Veranlassung der Moskauer Deutschen Sektion im Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten, weitergegeben worden. Einige Daten sind besonders interessant; zum Beispiel, daß 250 000 deutsche Kolonisten während des Krieges im russischen Heer gedient haben, daß die deutschen Mennoniten in Rußland (100 000 an der Zahl, bei insgesamt 360 000 Mennoniten, die außer in Rußland in Amerika, in den Vereinigten Staaten vor allem, in Canada, Holland, Deutschland leben) sich in einer großen ost-westlichen Wanderbewegung befinden.

Kurze Chronik Das vielbesprochene, bekanntlich von England abgelehnte *Genfer Protokoll* enthält auch für diese Rundschau Wichtiges in seiner sogenannten japanischen Klausel. Sie bestimmt, daß eine Frage, die eine Kriegsgefahr herbeiführen könnte, unter allen Umständen vor den Völkerbund zu bringen sei, auch wenn der Staat, bei dem die Herausforderung liegt, die Frage als eine innenpolitische bezeichnet. Dieser Paragraph könnte in einem japanisch-nordamerikanischen Konflikt Bedeutung gewinnen, der sich etwa aus dem Einwanderungsverbot der Vereinigten Staaten von Amerika für Japaner ergeben dürfte: ein Grund mehr für das Angelsachsentum das Protokoll unwirksam zu machen. ◊ Nach der Selbständigkeitserklärung des *Irishen Freistaats* wurde dort in allen Schulen der Unterricht in der alten gälisch-keltischen Landessprache zum Pflichtfach erhoben. Ein diplomatischer Kampf geht um 3 nördlich gelegene Grafschaften Irlands, die der Freistaat für sich in Anspruch nimmt, die jedoch bis jetzt noch der Belfast Regierung unterstehen. Besonders in der Grafschaft Down nehmen die Freistaatler immer wieder eine heftige Propaganda auf. ◊ In der offiziellen Sitzung des *Zionistenkongresses*, der Ende Dezember in Wiesbaden stattfand, war die Hauptrede, die von Kurt Blumenfeld gehalten wurde, der Frage des Aufbaus und der innern organisatorischen Arbeit in Palästina gewidmet. Nach dem Referenten ist der den Boden bearbeitende Chaluz der eigentliche zionistische Pionier. Sehr zu fördern sei die Propaganda unter der deutschen zionistischen Jugend, deren Hebraisierung in den letzten Jahren starke Fortschritte aufweise. Die Auswanderung nach Palästina sei im letzten Jahr bedeutend gewesen; allein 4 von 15 Mitgliedern des Landesvorstands seien nach Palästina übersiedelt. ◊ In der *Mossulfrage* fällt der Vertreter Schwedens im Völkerbund, Hjalmar Branting, noch kurz vor seinem Tod eine für die Türkei günstige Entscheidung. ◊ *Der Diezpreis* der Preußischen Akademie der Wissenschaften wurde nach Verlauf von 16 Jahren zum erstenmal wieder ausgegeben, und zwar an den schweizerischen Privatdozenten Walter von Wartburg /Aarau/ für sein, im Erscheinen begriffenes französisch etymologisches Wörterbuch, das sämtliche französischen Dialekte der Gegenwart sowohl wie namentlich auch der Vergangenheit zusammenstellt.

Literatur Ernsthaftes Schrifttum über die Bewegungen der Völker, ihre räumlich-landschaftliche Bedingtheit, ist auch heute noch selten. Die seit einem Jahr erscheinende *Zeitschrift für Geopolitik* /Berlin, Kurt Vowinckel/ bemüht sich den schwierigen Stoff solcher Untersuchungen zu analysieren. Zunächst fällt die straffe Linienführung der Zeitschrift auf. Man spürt den in den Prinzipien einheitlichen Willen der Herausgeber, in erster Linie Karl Haushofers und Erich Obst. Die Hauptaufsätze sind jeweils geschlossene Darstellungen wichtiger geopolitischer Einzelzusammenhänge (etwa Die Zugänge zum indischen Lebensraum, Canadische Wasserwirtschaft, Der eurasische Zukunftsblock, Staat und Boden, Klima und Machtbereich im Stillen Ozean usw.). Sehr instruktiv sind die regelmäßig beigelegten Berichterstattungen, die, räumlich unter Alte Welt, Indopazifische Welt, Atlantische Welt verteilt, stetig durchgeführt werden. Das Ganze will trotzdem kritisch gelesen sein, da besonders bei Beurteilung der kontinentaleuropäischen Verhältnisse falsche Beurteilungen unterlaufen, die gerade bei einer Zeitschrift nicht verständlich sind, die wie diese besonders sorgfältig die Verhältnisse im Britischen Reich verfolgt und aufdeckt. Jedenfalls hat man hier eine ernste deutsche Zeitschrift, die sich mit weltpolitischen Zusammenhängen befaßt; sie vergißt dabei auch nicht den konkreten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Jedem Heft ist eine gute Bibliographie der wichtigsten einschlägigen Neuerscheinungen des Auslands, nach Ländern gegliedert, beigegeben. ◊ Einen neuen wertvollen Beitrag zur Südslawenkunde bringen *Hermann Wendels* Südslawische Silhouetten /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Es sind wieder "Köpfe", Führer des wissenschaftlichen, politischen Lebens im jungen südslawischen Staat der letzten 100 Jahre. Mit Recht wird gesagt, daß wir einem an Geschichte und Lebenskraft so reichen Volk, das mit 200 Kilometer Grenze deutsches Sprachgebiet berührt, nicht mehr wie bisher gleichgültig gegenüberstehen dürfen. Wendels schöne, lebendig fließende Sprache ist ein fesselnder Interpret des balkanlawischen Lebens. Wie schön und geistbestimmend, daß das Buch dem »großen Zauberer Anatole France« gewidmet ist. Man lese es. Was darin steht, ist nicht nur wichtig kennenzulernen sondern auch köstlich zu lesen.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Walther Koch

Hartmann † Am 14. November 1924 starb in Wien der verdiente Gesandte Deutsch Österreichs in Berlin, Ludo Moritz Hartmann, der sich schon lange vor dem Krieg durch einen seltenen Weitblick in politischen und sozialen Angelegenheiten hervorgetan hatte. Lange Jahre hindurch hatte er sich in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs führend betätigt, und auch auf dem Gebiet der Volksbildung dankt ihm Wien und darüber hinaus das gesamte deutsche Sprachgebiet entscheidende Anregungen. Er ist es gewesen, der mit seiner starken Initiative in Wien die volkstümlichen Universitätskurse ins Leben rief, zu einer Zeit, wo sonst in Deutschland so gut wie niemand in akademischen Kreisen an eine Verpflichtung des Geistesarbeiters gegenüber den aufstrebenden Volksgenossen aus den werktätigen Klassen dachte. Von 1898 bis 1920 war Ludo Moritz Hartmann selbst Sekretär der volkstümlichen Universitätskurse in Wien, aus denen die Organisation des Wiener Volksheims erwachsen ist, das der Arbeiterdichter Alfons Petzold so anschaulich und liebevoll in einer seiner Erzählungen schildert. In der Volksbildung erstrebte Ludo Moritz Hartmann eine edle Popularisierung der Wissenschaft. Die neuere Volkshochschularbeit, die meist erst nach dem Krieg begann, hat zum Teil eine andere Richtung eingeschlagen; sie pflegt mehr die Entwicklung des Gesamt Menschentums als bloß die des Intellekts. Trotzdem genoß Hartmann auch da bei jedermann eine ganz besondere Achtung.

Sein eigentliches Arbeitsgebiet, in das durch seinen Tod eine große Lücke gerissen worden ist, war aber die Geschichtswissenschaft. Hier hat Ludo Moritz Hartmann sich Ruhm sowohl durch seine allgemein anerkannten Spezialarbeiten wie durch seine zusammenhängenden gemeinverständlichen Geschichtsdarstellungen erworben, die auch jeder politische Gegner anerkennen mußte. Hartmann wurde am 2. März 1865 in Stuttgart geboren. Die Heimat seiner Familie war Wien. Er studierte in Wien, Berlin und Straßburg und habilitierte sich 1889 in Wien, wurde aber erst 1918 zum Professor ernannt, ein Zeichen der inneren Unmöglichkeit der alten Kulturpolitik. Das heißt, es ging ihm, dem überzeugten Sozialisten, an der Universität ähnlich, wenn auch nicht ganz so,

wie seinem Gesinnungsgenossen Leo Arons. Sein Spezialgebiet war die Geschichte Italiens und hier wieder besonders die Zeit des Übergangs vom römischen Reich zur frühmittelalterlichen Welt. Er interessierte sich auch als Forscher in erster Linie für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, so daß seine Geschichtsdarstellungen ein Beispiel dafür geworden sind, wie fruchtbar die ökonomische Geschichtsauffassung für die Geschichtswissenschaft zu werden vermag, wenn sie ohne jeden Dogmatismus angewandt wird. Seine fachliche Arbeit umfaßte sowohl die Urkundenforschung wie die Darstellung einzelner Zeitepochen. So veröffentlichte er 1889 eine Schrift Untersuchungen zur Geschichte der byzantinischen Verwaltung in Italien, 1892 gab er Urkunden einer römischen Gärtnergenossenschaft heraus. Er setzte damit in gewisser Beziehung das Werk seines Lehrers Theodor Mommsen fort, dem er 1908 eine besondere Studie widmete. Sein umfassendstes Werk ist seine, 1897 bis 1915 veröffentlichte 4bändige Geschichte Italiens im Mittelalter. 1902 veröffentlichte er ein Buch Untergang der alten Welt, 1904 eine Untersuchung zur Wirtschaftsgeschichte Italiens im frühen Mittelalter. Noch 1924 erschien bei Perthes in Gotha eine Kurzgefaßte Geschichte Italiens, die noch besonders besprochen werden soll. Bekanntlich war Ludo Hartmann auch Herausgeber der Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Die von ihm herausgegebene Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung ist in ihren einzelnen Teilen in dieser Rundschau ausführlich besprochen worden.

Anken

In der Sammlung der eben hier angeführten Hartmannschen Weltgeschichte /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ erschien eine Geschichte *Chinas* von Arthur Rosthorn, in der der Verfasser die Entwicklung Chinas von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart eingehend darstellt, und zwar entsprechend der Auffassung der Chinesen selbst. Folgende Perioden der Entwicklung Chinas werden in der Schrift aufgestellt: das Altertum, von der ältesten Zeit bis zur Aufhebung des Feudalsystems zu Ende des 3. Jahrhunderts vor Christus, das Mittelalter, die Zeit des autochthonen Absolutismus vom Beginn des 2. vorchristlichen bis zum Ende des 12. Jahrhunderts nach Christus; die Neuzeit, die Periode überwiegender Fremdherrschaft vom Beginn des 13. Jahrhunderts bis zur Gegenwart.

Die historische Einteilung geht nach Dynastien, Kongfutsse, der uns Europäern als einer der Hauptrepräsentanten des Chinesentums erscheint, wird von Rosthorn als Typus des Reaktionsärs innerhalb seiner Zeit geschildert. Den Kenner europäischer Verfassungsentwicklung wird in dem Werk zum Vergleich ganz speziell die Darstellung der Übergangszeit vom Feudalismus zum Absolutismus in China interessieren.

Auch eine Geschichte *Indiens*, des asiatischen Reiches, das heute neben dem chinesischen vor allem die Blicke Europas anzieht, erschien kürzlich. Sie stammt aus der Feder *Emil Schmidts*, der sie ursprünglich für Helmholtzs Weltgeschichte schrieb. Sie wurde aber nun im Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig von Richard Schrader gesondert herausgebracht. Den Kampf *Indiens* gegen England stellt *W. E. Peters* dar. Das Buch ist mit guten Abbildungen versehen. Die Entwicklung Ceylons wird besonders behandelt.

Der *assyrisch-babylonischen* Kultur ist eine zusammenfassende Darstellung des französischen Archäologen *Georges Contenau* gewidmet, der selbst verschiedene archäologische Forschungsreisen nach Syrien gemacht hat. Die höchst instruktive Schrift, die unter dem Titel *La civilisation assyro-babylonienne* in der Collection Payot /Paris, Payot & Cie./ erschien, wird dem interessierten Lesergute gute Aufklärung geben. Vom Orient her betrachtet *Hermann Wirth* die homerische Frage in einer Studie *Homer und Babylon* /Freiburg, Herder & Co/. Er findet in Homer sehr zahlreiche orientalische Einflüsse. Nach ihm stehen die Homerischen Epen mit der Kultur des Morgenlandes in engerer Verbindung als man gemeinhin angenommen hat. Für den Kulturaustausch zwischen Morgen- und Abendland spielen neben Babyloniern und Assyrern auch die Phönizier, Aramäer, Hethiter, besonders auch die Bewohner der Insel Kreta und ihre Kauffahrer, eine große Rolle.

In einer kleinen Schrift *Persien und Mesopotamien* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ behandelt *Sven Hedin* die Entwicklung *Persiens* während der letzten Jahre und *Mesopotamien* in seinem Verhältnis zu England. Diese Arbeit verdient wegen ihres Gegenstandes ganz besondere Beachtung. In Vorderasien wird jetzt der Kampf der europäischen Völker um die Weltherrschaft ausgefochten. Schon die nächste Zukunft wird die besondere Wichtigkeit Mesopotamiens ins helle Licht rücken.

Ausgrabungen Am Südbang der Akropolis in Athen wurden durch Forscher des italienischen Archäologischen Instituts Hausmauern aus der vorgeschichtlichen Zeit *Griechenlands* aufgedeckt. Von frühesten Zeiten an muß also jener Burgfelsen schon von Ansiedlern benutzt worden sein, um dort Wohnstätten anzulegen. An der Südseite war eine Lehmmauer aufgeführt. Der Grundriß der Wohnstätte war rechteckig, neben einem Herd aus Steinen fand man noch Tierknochen.

In San Adriano in Rom steht auf dem Boden des alten Senatshauses der Römer, der sogenannten Curia, eine Kirche, die der Papst Honorius I. aus der alten, vom Kaiser Diocletian neu aufgeführten Curie errichtet hatte. Diese Kirche wurde jetzt von der italienischen Regierung angekauft, um an dieser Stelle Ausgrabungen nach *römischen* Altertümern zu ermöglichen.

In Enns in *Österreich*, und zwar am Taborhügel in der Nähe der Flußmündung und am Südostabhang des Eichelberges, wurden durch den Sekretär des Wiener Archäologischen Instituts Rudolf Egger interessante Ausgrabungen gemacht. Man muß nach den Untersuchungen annehmen, daß es sich um eine römische Festung handelt. Diese Vermutung wird dadurch noch gestützt, daß schon 1574 der Humanist *W. Pighius* am Taborhügel die Reste eines römischen Kastells und einer alten Kirche aufdeckte. Auch war der Tabor stets Mittelpunkt der Kämpfe, die zu verschiedenen Zeiten an der Enns stattgefunden haben. Bei den jetzigen Ausgrabungen wurde unter anderem auch eine 2,55 Meter hohe Granitmauer ans Licht gefördert, die man sicher als Werk der Römer ansehen muß. Am Eichelberg wurde auch ein Gräberfeld mit Reihen von Skeletten bloßgelegt, die alle in einer ganz bestimmten Stellung begraben waren. Der Friedhof dürfte aus dem 4. Jahrhundert nach Christus stammen, er bildete offenbar die Umgrenzung der Stadt Laureacum. Die Art der Bestattung läßt darauf schließen, daß die Bevölkerung meist noch nicht das Christentum angenommen hatte.

Von den *Skythen* geben uns neuerdings 2 verschiedene Ausgrabungen Kunde: in der Umgebung von Simferopol in Rußland sind durch den russischen Archäologen Subinin die Reste einer skythischen Stadt in der Krim entdeckt worden, von dem ungarischen Archäologen Balla bei Grabungen im Pester Komitat ein aus Silberplatten getriebener, feuervergoldeter ruhender Hirsch.

Das Carnegieinstitut hat eine 5jährige Konzession für Forschungen und Ausgrabungen im Petenbezirk von Guatemala erhalten, der die Ruinen der größten Stadt des alten Majareichs Tikal unter seinem Boden trägt. Tikal, dessen Hochblüte wohl um etwa 200 nach Christus liegt, besitzt viele Tempel und Baudenkmäler aus sehr viel älterer Zeit. Die Ausgrabungen dort sollen von dem Gründer der Majagesellschaft von Amerika, William Gates, geleitet werden. Gleichsam neu entdeckt wurde im Britischen Museum in London die großartige Sammlung von Gipsabdrücken der Sammlung Maudslay, die Alfred Maudslay unter unsäglichem Schwierigkeiten nach den Überresten einer Siedelung aus der Majakultur im Innern Guatemalas vor etwa 30 Jahren abgegossen und nach London transportiert hat. Maudslay entdeckte diese Siedelung nach Durchquerung des Urwalds; er fand auf den Lavafelsen Säulen und Tempelreste, die mit herrlichen Relieffdarstellungen geschmückt waren. Die Überreste stammen nach seinen Forschungen aus dem 1. Jahrhundert nach Christus. Die Abgüsse wurden im Britischen Museum irgendwo aufbewahrt, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon zu sehen bekam, bis ein Protest Maudslays die Direktion veranlaßte die Sammlung wieder dem Publikum zugänglich zu machen.

Neue Forschungen über *Vineta* haben zu Ergebnissen geführt, die von den bisher angenommenen wesentlich abweichen. Sie ergaben die Identität von Jumne und Jomsburg, und beider wiederum mit *Vineta*. Adam von Bremens verlegte Jumne an die Nordwestspitze von Usedom, wo die Oder ins offene Meer mündet. An der gleichen Stelle vermuteten die Nordländer die ehemalige Lage der Jomsburg. 1043 soll sie untergegangen sein, im gleichen Jahr, in das Adam von Bremen den Untergang Jumnes verlegt. Wie sich aus den neueren Forschungen ergibt, ist dieser mit dreifachem Namen benannte Ort von Harald Blauzahn, dem Sohn Gorms des Alten, etwa um 950 gegründet worden, und wuchs sich zum größten Handels- und Kriegshafen an der Ostsee aus. Allmählich wurde er wendisch, 1043 zerstörten ihn die Dänen, schließlich versank er ins Meer.

Anklärungschriften Karl Brandi gibt in der Schriftenreihe Schule und Leben/Berlin, E. S. Mittler & Sohn/ eine *Einführung* in die Geschichtswissenschaft und ihre Probleme. Gleichfalls bei Mittler ist auch eine Neu-

bearbeitung seiner Deutschen Geschichte erschienen, die aus Fortbildungskursen für Frontsoldaten entstanden ist. Der Verfasser ist stark in machtpolitischen Anschauungen befangen; dennoch ist das kenntnisreiche und flüssig geschriebene Werk sehr anregend.

In der in dieser Rundschau schon früher empfohlenen Sammlung *Der deutsche Staatsgedanke* München, Dreimaskenverlag, erschienen ausgewählte Schriften Ernst Moritz Arndts, bearbeitet von Ernst Müsebeck, einem der bedeutendsten Kenner der Zeit; ferner, unter dem Titel Stimmen aus der Zeit der Erniedrigung, Auszüge aus Altenstein, Clausewitz, Gneisenau, Hardenberg, Humboldt, Jahn, Kleist, Scharnhorst, Schleiermacher, ausgewählt und eingeleitet von Rudolf Vaupel.

Unter dem Titel Rassen, Städte, Physiognomien Berlin, Erich Reiß veröffentlicht Robert Müller *kulturhistorische Bilder* wie Der Deutsche, Der Jude, Der Orientale, Der Amerikaner, Wien, Manhattan, Der Literat, Der Leutnant, Der Schieber.

Einen Blick in die *Militärherrschaft* während des Krieges läßt die Schrift des Professors Karl Heldmann Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtswissenschaftlers in der Heimat, Wiesbaden, Verlag Friede durch Recht tun.

Totenliste Im Alter von 84 Jahren starb im Januar 1924 in Bonn der beste Kenner der deutschen Geschichte des 16. und 17. Jahrhunderts, *Moritz Ritter*. Sein Hauptwerk ist die deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges. 1918 gab er sein Werk *Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft* heraus; es war eine Zusammenstellung aller seiner Vorlesungen über den Gegenstand. Ranke und Sybel regten ihn an als Hilfsarbeiter in die Historische Kommission der Bayrischen Akademie der Wissenschaften einzutreten. Bei Gelegenheit des 50jährigen Bestehens dieser Kommission schilderte Ritter in der Historischen Zeitschrift deren Aufgaben und Wirken.

In Paris starb Anfang Januar der Numismatiker und Altertumsforscher *Ernest Babelon*. Er wurde 1854 zu Sarrey/Haute-Marne/ geboren, kam zuerst an die Ecole des Chartes, später als Assistent an die Münzen- und Medaillensammlung der Nationalbibliothek; 1892 wurde er deren Konservator. 1897 ernannte ihn die Akademie der Inschriften zu ihrem Mitglied.

Der schlesische Geschichtsforscher *Julius Krebs* starb im Februar in Reichenstein, 77 Jahre alt. Er veröffentlichte die 4bändigen berühmten *Acta publica* und *Rat und Zünfte* der Stadt Breslau. Er war Ehrenmitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften.

In München starb Mitte März, 73 Jahre alt, *Hermann von Grauert*, Ordinarius für mittelalterliche und neuere Geschichte an der dortigen Universität, Präsident der Görresgesellschaft und Mitglied der Bayrischen Akademie der Wissenschaften. Sein Spezialforschungsgebiet war die Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Daneben arbeitete er auf politischem Gebiet, durch Aufsätze in dem von ihm geleiteten *Historischen Jahrbuch der Görresgesellschaft*, besonders auch durch verschiedene biographische Arbeiten und Studien über die politischen und geistigen Strömungen des 19. Jahrhunderts.

In Halle starb im März der Sprachforscher *Friedrich Bechtel*, 59 Jahre alt. Seine Arbeit galt besonders den altgriechischen Dialekten und der griechischen Namenkunde. Er veröffentlichte außer Fachstudien aber noch zahlreiche Werke, so über die Bezeichnung der sinnlichen Wahrnehmungen in den indogermanischen Sprachen, die Hauptprobleme der vergleichenden Lautlehre seit Schleicher, Die attischen Frauennamen. Sein Hauptwerk ist die 3bändige *Grammatik der griechischen Dialekte*.

Ende April starb, 65 Jahre alt, *Ernst von Stern*, ein bedeutender Archäologe und Historiker. Sein eigentliches Arbeitsgebiet war die Erforschung der antiken Kolonien am Schwarzen Meer. Er habilitierte sich deshalb an der Universität Odessa, wo er 1888 zum ordentlichen Professor ernannt wurde, und lehnte lange Zeit jede weitere Berufung ab, um seinem Forschungsgebiet nahe zu bleiben. Er veröffentlichte zahlreiche sehr wertvolle Arbeiten aus diesem Gebiet, unter anderm Werke über Theodosia, über die prämykenische Kultur von Südrubland, über die Geschichte der Schwarzmeerkolonisation.

Im Juni starb in Marseille der Archäologe *Jacques de Morgan*, 69 Jahre alt. Er hat sich vor allem durch seine Entdeckungen in Ägypten bekannt gemacht. Auch in den Ruinen der alten Susiana in Persien machte Morgan wichtige Ausgrabungen, die ins Louvremuseum in Paris kamen. Er hat die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeiten in seinem Lebenswerk *Premières civilisations* zusammengestellt.

Ende Juni starb im hohen Alter von 87 Jahren *Adolphus Ward*, einer der hervorragendsten englischen Geschichtsforscher. Er hatte als Sohn des englischen Ministerresidenten in den Hansestädten in Deutschland, vor allem in Leipzig, studiert. Der deutschen Geschichte galten auch viele seiner Arbeiten, so mehrere Bände der *Cambridge Modern History*, die er mitherausgab. Auch als Literarhistoriker trat Ward mit einer Anzahl Schriften hervor, unter denen hier die *Biographie Charles Dickens'* genannt sei.

Anfang Juli starb in Heidelberg an den Folgen eines Schlaganfalls der Professor für klassische Philologie *Franz Boll*, im Alter von erst 57 Jahren. Seine Forschungen galten der Altertumskunde wie der vergleichenden Religionswissenschaft. So schrieb er über den Geographen *Claudius Ptolemäus*, ferner mehrere Untersuchungen über die Geschichte der alten Astronomie und Astrologie, durch die er ganz neue Anschauungen über diese Gebiete erschloß, auch eine populäre Schrift *Sterndeutung und Stern Glaube in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt*.

Im August starb in Versailles der elsässische Geschichtsforscher *Rudolf Reuß*, 83 Jahre alt. Er war geborener Straßburger und studierte in seiner Vaterstadt, dann in Jena, Berlin und Göttingen, wo er mit einer Dissertation *Ernst von Mansfeld* im böhmischen Krieg promovierte. Reuß leitete von 1872 bis 1886 in Straßburg die dortige Stadtbibliothek. Als seine Hauptwerke gelten *Das Elsaß* im 17. Jahrhundert und *Das Elsaß während der französischen Revolution*. Er verlor im Weltkrieg 3 Söhne, die für Frankreich kämpften.

In Freiburg starb Mitte März 1925 der Professor für mittlere und neuere Geschichte *Felix Rachtahl*, im Alter von 58 Jahren. Er war 1914 Nachfolger *Meinekes* in Freiburg geworden, nachdem er vorher in Kiel, Königsberg und Gießen gelehrt hatte. Sein Arbeitsgebiet war die Geschichte des 16. Jahrhunderts, ferner neuere und neueste preußische und deutsche Geschichte. Am bekanntesten wurde sein Buch *Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV und die Märzrevolution /1901/*. Später schrieb er *Bismarcks englische Bündnispolitik, den 1. Band eines Werkes Deutschland und die Weltpolitik /1923/*. Als sein Hauptwerk gilt in wissenschaftlichen Kreisen jedoch das 3bändige Werk *Wilhelm von Oranien und der niederländische Aufstand /1906 bis 1924/*.

Kurze Chronik Georges Clemenceau hat der Stadt Versailles den historischen Ring geschenkt, mit dem Jules Favre den *Waffenstillstand von Versailles 1871* siegelte. Der Ring wurde im Jean-Houdon-Museum ausgestellt und zwar neben dem Tintenfaß und Federhalter, die bei der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags von 1919 benutzt wurden. \diamond Als Nachfolger Alois Brandls wurde *Wilhelm Dibelius* aus Bonn als ordentlicher Professor für englische Philologie nach Berlin berufen. Dibelius ist ein Schüler Brandls. Er ist 1876 in Berlin geboren und habilitierte sich 1901 hier. Er ging später nach Posen, Hamburg und Bonn. Er ist ein ausgezeichnete Kenner der englischen Belletristik und schrieb Werke über englische Romankunst, Charles Dickens, dann auch, nach Studien in England, ein kulturhistorisches politisches Werk über das heutige England. \diamond Der Wiener Oberrabbiner und Orientalist *Zwi Perez Chajes* wurde von der amerikanischen Regierung nach Washington berufen, um dort an der Hochschule für orientalische Geschichte als Gast zu lehren. Nach der Rückkehr aus Washington begab er sich nach Jerusalem, wo er an der Eröffnung der Hebräischen Universität am 1. April teilnahm. \diamond Der bekannte Forscher der griechischen Geschichte *Julius Beloch* hat seine Unterrichtstätigkeit an der Universität Rom mit Bewilligung des italienischen Unterrichtsministeriums wieder aufnehmen können. \diamond Der ordentliche Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Rostock *Hermann Reincke-Bloch* wurde nach Breslau berufen. Er ist ein Schüler Scheffer-Boichhorsts. 1896 habilitierte er sich in Straßburg. 1904 ging er als Ordinarius nach Rostock, wo er 1914-1915 Rektor war. Von August 1920 bis Januar 1921 war er Ministerpräsident und später noch einmal Unterrichtsminister im Freistaat Mecklenburg-Schwerin. Seine Arbeiten liegen hauptsächlich auf dem Gebiet der mittelalterlichen und Verfassungsgeschichte. \diamond An der Berliner Universität habilitierte sich *Adolf Hauer* für das Fach der Sinologie; er behandelte in seiner Antrittsvorlesung eine Urkunde aus der neuern Geschichte Chinas, das Gesetzbuch einer Mandschudynastie. An der selben Universität habilitierten sich *Kurt Valentin Müller* mit einer Antrittsvorlesung über die Formprinzipien der kretisch-minoischen Kunst, und *Fritz Klingner* mit einer Vorlesung Die Romidee bis zum Ausgang des Mittelalters.

Literatur Unter dem Titel *Die Weltgeschichte und ihr Rhythmus* gibt *Friedrich Cornelius* eine Weltgeschichte nach bestimmten Gesichtspunkten heraus /München, Ernst Reinhardt/. Der Gedanke des Rhythmus ist ja in der neuern Generation besonders lebendig. Er kommt zu einem Teil aus der Körperkultur, besonders der Atemgymnastik; die *Schleffhorst-Andersensche* beruht, wie der Verfasser mit Recht hervorhebt, ganz und gar auf dem Rhythmus. Zum andern Teil stammt er aus dem künstlerischen Schaffen; so ist die Kunst Hodlers nur aus dem Rhythmus heraus zu verstehen. Grundlegend ist ferner der Begriff des Lebensstils, wie er aus der Kunstgeschichte zum Beispiel *Wölfflins* bekannt ist. Daß sich die Kultur aller Völker nach einer bestimmten innern Gesetzmäßigkeit vollzieht, wurde oft schon vermutet und dargelegt und schließlich durch Spenglers Untergang des Abendlandes zum Modeschlagwort gemacht. Durch Spengler ist das vorliegende Werk auch bestimmt; freilich will der Verfasser dem Spenglerschen Fatalismus eine hoffnungsvollere Geschichtsphilosophie entgegensetzen, indem er die ewige Erneuerung der Völker aus dem religiösen Erlebnis darzustellen sucht. Die Stilphasen werden unterschieden und in jeder Kulturentwicklung dargestellt; namentlich, grenzbewußter, gesteigerter, persönlicher und kopierender Stil. Eine Fülle von Tatsachenmaterial ist in dieses Schema hineinverarbeitet. In Lagarde wird der Ursprung aller Erneuerungsbewegungen gesehen. Die Frauen-, Jugend- und religiöse Bewegung werden skizziert, besonders *Gogartens* Neuprotestantismus. Ein solches Buch hat natürlich viel höchst Anfechtbares, doch muß ja immer wieder der Versuch zu solchen Zusammenfassungen gemacht werden. \diamond Ein noch seltsameres Buch ist *Edgar Dacqués* *Urwald, Sage und Menschheit* /München, R. Oldenbourg/. Es wird als naturhistorisch-metaphysische Studie bezeichnet. Der Verfasser ist Paläontologe in München. Die Sagenforschung wird an diesem Buch Interesse haben. \diamond Der bekannte Heidelberger Geograph *Alfred Hettner* gibt als 1. Heft seiner geographischen Schriften eine Broschüre, betitelt *Der Gang der Kultur über die Erde*, heraus /Leipzig, B. G. Teubner/. Er behandelt darin die Entstehung der Menschenrassen, die Primitiven, die Naturvölker und die verschiedenen Kulturen bis zur Europäisierung der Erde.

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Rohlf's Der 24jährige Christian Rohlf's kam, da er infolge eines Unfalls den väterlichen Bauernhof nicht übernehmen konnte, an die Akademie nach Weimar, nachdem er schon als Junge jahrelang vorher gezeichnet hatte. Seine niederdeutsche, bauernhafte Ursprünglichkeit, seine Eigenwilligkeit brachten ihn zeitweilig in Konflikt mit seiner Umgebung, so daß er als ein Unbekannter bis ins hohe Alter lebte. In Weimar wurde er von den Akademikern bekämpft, als er unter dem Eindruck einiger Bilder Claude Monets sich selbst entdeckte, seinen eigenen Weg fand. Später in Hagen, wohin ihn Osthaus 1902 an das Folkwangmuseum berief, enttäuschte er wiederum. Man glaubte in ihm den deutschen Impressionisten gefunden zu haben. Aber er ging völlig andere Wege, unbeirrt seinem Ziel zu. Als einer der ersten in Deutschland erkannte er wieder den Sinn der Malerei als die Organisation einer Fläche mit Formen und Farben. Besonders die Farbe wird zu seiner Domäne. Er weiß sie als ein durchaus selbständiges Ausdrucksmittel zu handhaben. Aber er hat auch Sinn für das Grotteske, das vor allem in seiner Graphik zum Ausdruck kommt. Mit dem Beginn des deutschen Expressionismus sah sich Rohlf's, einsam gelieben, verkannt, plötzlich in Front mit den Jungen, mit denen gemeinsam er sich auch seinen Platz erkämpfte, selbst wieder jung wurde. Jetzt ist er kein Einsamer mehr. Eingeorndet in eine Gemeinschaft gleichen Wollens, entfaltet er sich ungehemmt, und er kommt zu fruchtbarster Produktivität.

Zu seinem 75. Geburtstag veranstaltete die Nationalgalerie im Kronprinzenpalais in Berlin eine Ausstellung seiner Bilder, Aquarelle, Holzschnitte und Zeichnungen, die einen Überblick über seine Entwicklung gaben. Von Carl Emil Uphoff ist in der Sammlung Junge Kunst /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/ eine Monographie über Christian Rohlf's erschienen, deren Abbildungsfolge gleichfalls seine Entwicklung aufzeigt.

Methode der Kunstgeschichte »Die Kunstgeschichte steht gewissermaßen in der Stilbeschreibung auf der Stufe

des Linnéschen Systems der Botanik, die erst modern wissenschaftlich wurde, als sie an Stelle dieses Systems der Merkmale ein Prinzip der natürlichen Artent-

stehung setzte.« Damit fordert Ludwig Coellen (Der Stil in der bildenden Kunst und Über die Methode der Kunstgeschichte /Darmstadt, Arkadenverlag/) auch für die Stilanalyse ein die Merkmale zu genetischer Einheit bindendes übergreifendes Prinzip. Statt Stilbeschreibung Stilgenese. Das ist schon mannigfaltig versucht worden. Sempers materialistische Stiltheorie erwies sich unfähig zur Konstruktion historischer Stilentwicklung. Sie erreichte die Sphäre des Kunstproblems gar nicht. Von Schmarsoff und seiner Schule wurde das Problem ins Psychologistische gewandt. Aber die Psychologie des Kunsterlebens genügt weder für die Bildung eines Stilbegriffs noch für die Begründung der Stilgeschichte. Immer, wo es sich um die Erklärung eines Stils oder die der Abwicklung einer Stilperiode handelt, muß das psychologische Verfahren auf tiefere, nicht mehr psychologistische Voraussetzungen der Weltanschauung zurückgreifen, die das Verfahren sprengen. Die ältere Generation der Kunsthistoriker (Kugler, Schnaase, Dehio) sieht das Technische als den eigentlichen Bestimmungsgrund an, ohne allerdings das Künstlerische auszuschalten. E. Gall stellt in seinem Werk Niederländische und normannische Architektur im Zeitalter der Frühgotik die Gestalteinheit in den Vordergrund, die aus einer bestimmten künstlerischen Denkform resultiert, das Technische aber erst sekundär hervorruft. Erst neuere Versuche streben eine Aufhellung des Urgrunds an. Wilhelm Worringer (Formprobleme der Gotik /München, R. Piper & Co./) glaubte in der rassenspsychologischen Begründung den Ursprung gefunden zu haben. Er betrachtet die Gotik als einen dem Germanengeist besonders entsprechenden Stil. Aber »Entstehungsgrund und Abfolge der Stile greifen über solche vermeintliche Volksanlage und in der Regel über den Bereich der einzelnen "Rasse" hinaus. Sie liegen in einer tiefern Schicht.« Neben vereinzelt rassenspsychologischen Begründungen ist die kulturpsychologische Begründung verbreiteter. Einer der Hauptvertreter ist Max Dvorak (Idealismus und Naturalismus in der gotischen Skulptur und Malerei /München, R. Oldenbourg/). Dvorak sieht in dem Gegensatz der christlichen Transzendenz, des übersinnlichen Spiritualismus zum materiellen Dasein der Welt, den Erzeuger des gotischen Stils. Während Worringer die Gotik als adäquaten Ausdruck einer Rasse bezeichnet, erblickt Dvorak in ihr eine Stufe der Geistesentwicklung

der Kulturmenschheit. Weltanschauung wird so zum Ursprung der Stilbildung und der geschichtlichen Entwicklung der Stilgesetze. Eine Auffassung, die zum Universalgeschichtlichen hinweist. Damit wird die Weltanschauung oder, wie Coellen präziser sagt, der Weltbegriff in seiner geschichtlichen Veränderlichkeit zur Wurzel aller Kulturentwicklung. Aber auch der Stilentwicklung. Damit läßt sich das Problem der Methode fixieren. Wenn Coellen Dvorak entgegentritt, so geschieht das nicht einer Nuance sondern einer prinzipiellen Frage wegen. Dvorak leugnet eine »Sphäre des schöpferischen Formens, die sich, unveränderlich zum menschlichen Geistesbestand gehörig, als autonome Sphäre mit eigenen Grundbegriffen konstituiert«. Durch Hinweis auf die Veränderlichkeit der geschichtlichen Grundbegriffe glaubt er auch ein allgemeines Formenwesen der Kunst ablehnen zu können. Erst die Kunst nach der Gotik erscheint ihm, der Natur wie der Religion gegenüber, als selbständig, als eine Welt für sich. Aber ist »die Kunst überhaupt eine selbständige Quelle der Weltanschauung, dann ist sie es immer«. Damit gewinnt Coellen die These, daß die Kunst überhaupt der »sinnlich-räumliche, anschauliche Ausdruck des Weltbegriffs« sei. Alois Riegls (Spätrömische Kunstindustrie /Wien, Staatsverlag/) Begriff des Kunstwollens befreite die Kunstgeschichte von dem Vorurteil einer ewigen, unveränderlichen, durch die Antike ein für allemal festgelegten Norm der Kunstform. Nach Coellen ist das Kunstwollen eine historisch bedingte Spezifikation des allgemeinen künstlerischen Formens. Darum liegt die Wurzel des Problems »notwendig in der unhistorischen, abstrakten Sphäre des allgemeinen Formens«, das im Weltbegriff seinen »sachlich konstitutiven Ursprungsbegriff hat«. Ist der Weltbegriff der Zentralbegriff der Kunstgeschichte, »so muß er sich als der Kunstform selber ursprünglich und unmittelbar immanent aufweisen lassen«. Sie ist nicht das vermittelnde »sondern autonome, sinnlich-räumliche Äquivalent des Weltbegriffs«. Durch Untersuchung der Möglichkeiten der Raumvorstellung gewinnt Coellen 3 Stilgesetze:

1. 4 Arten des Totalraums: die Fläche, der Individualraum, der Teilraum und der Allgemeinraum, können stilgeschichtlich die Totalität bilden.

2. Das Organisationsprinzip der Kunstform ist entweder der Kubismus oder der Organizismus.

3. Ein Stil ist entweder statisch oder dynamisch.

Die allgemeinen formlogischen Möglichkeiten, soweit sie in der Raumanschauung als solcher liegen, sind durch die 3 Stilgesetze erschöpft. Jeder Stil ist eine bestimmte Verwirklichung der 3 Gesetze. Er hat eine bestimmte Totalität, er ist entweder kubistisch oder organistisch, statisch oder dynamisch. Damit sind formlogische Kategorien der Stilstruktur festgelegt, die sich im Geschichtsprozeß konstitutiv auswirken. Sie sind keine Bestimmungsgründe für den Ablauf und die Konstruktion der Stilgeschichte sondern nur Gesetzmäßigkeiten, in denen sich diese verwirklichen.

Bestimmungsgründe für die geschichtliche Entfaltung der Stile sind in der Idee der universalen Geschichtsdynamik enthalten. 3 Kulturreichen entsprechen 3 Typen des Weltbegriffs: der naturgebundene, der transzendente und der immanente. In der Kunstform stellen die Totalität der Raumvorstellung und ihr Identitätsbezug zu den Einzelformen die jenen weltbegrifflichen Momenten äquivalenten Formpole dar. 3 typische Stellungen der Formpole zu einander bilden 3 oberste Stilprinzipien, welche den Formbau in 3 Epochen der Kultur typisch bestimmen und die Epochen von einander absondern. Die obersten Stilprinzipien der 3 Typen des Weltbegriffs sind in den sie verwirklichenden 3 Epochen der Kultur: das Prinzip der einfachen Komposition, das der polaren Komposition und das der Differenzierung. Diese 3 obersten Stilprinzipien sind Epochentypen. Sie verwirklichen sich in genetischer Entfaltung in 3 Periodenstufungen. Die Stilgesetze: Totalität, Kubismus und Organizismus, Statik und Dynamik, sind Mittel der Periodengese; sie ordnen sich den obersten Stilgesetzen ein und unter.

Illustration Von Balzacs Kleinen Leiden des Ehestandes ist im Hyperionverlag in München ein Neudruck mit den Illustrationen Bertalls erschienen. In typographischer und illustrativer Hinsicht lehnt sich dieser Neudruck an die, 1845 bei Chlendorfski in Paris veröffentlichte Originalausgabe an. Bertall verstand es, im engsten Anschluß an den Text mit seinen Illustrationen geistreiche Paraphrasen zu diesem zu schaffen. Er ist von außerordentlicher Einfühlungsfähigkeit. Seine Illustrationen sind schlagkräftig und technisch vollendet. In ihnen ist die feine Essenz der französischen Kultur.

Zu der Einleitung von Henri Barbusses Singendem Soldaten /Leipzig, Friedrich Dehne/ Die logische Brüderlichkeit schuf Käthe Kollwitz eine Originallithographie: ein eindeutiges Symbol dieser Verbrüderungs-idee.

Kinder der Straße nennt sich eine Sammlung von über 100 Zeichnungen Heinrich Zilles, die von Hans Hyan eingeleitet wurde /Berlin, Dr. Eysler & Co./ Zille ist ein tiefer sozialer Satiriker. Seine Zeichnungen geben ein Bild des untersten Berlins. Seine Anklage ist nicht bissig sondern humoristisch: Beweis für seine tiefe Menschlichkeit. Der *Simplicissimus* hat sich langsam wieder in seine frühere Aufgabe zurückgefunden, ohne jedoch bisher seine frühere Aktivität erreicht zu haben. 2 *Simplicissimus*bücher, Geschäft und Völlerei, geben einen Überblick über seine Wirksamkeit. Unter den neueren Zeichnern des *Simplicissimus* ist vor allem E. Schilling zu erwähnen, der es neben Thomas Theodor Heine und Olaf Gulbransson zu einer durchaus selbständigen Art gebracht hat, ohne Konzessionen an die Süßlichkeit, wie viele andere Mitarbeiter. Im *Simplicissimus*verlag erschien auch ein Album Berliner Bilder von Karl Arnold. Das Unerbittliche des Kampfes, wie etwa bei George Grosz, Dix, Schlichter, Scholz und anderen, ist hier etwas verbürgerlicht.

Kurze Chronik In Megara sind die Reste einer Kupferstatue gefunden worden, die für ein Werk des *Lysippos* gehalten wird. Sie wurde von der Regierung beschlagnahmt, damit sie nicht ins Ausland verkauft würde. Weitere Nachgrabungen förderten noch eine zweite Statue zutage. ◊ Der Hauptmann und Kunsthistoriker Garcia Rey hat in einem kleinen Dorf der Provinz Segovia ein Gemälde *Greco*s aufgefunden. Das leider sehr beschädigte Bild ist eine Darstellung des gekreuzigten Christus mit 3 anderen Figuren. Man wußte zwar von der Existenz dieses Bildes, kannte aber nicht den Ort, an dem es sich befand. ◊ Der Münchener Stadtrat hat Lenbachs Haus angekauft, um darin eine städtische Gemäldegalerie unterzubringen. Gleichzeitig hat die Witwe Lenbachs die *Lenbachsammlung* der Stadt zum Geschenk gemacht. ◊ Das vieldiskutierte Kriegsbild *Otto Dix'* hat endlich seinen Platz im Wallraf-Richartz-Museum in Köln räumen müssen. ◊ An der Berliner Universität habilitierte sich Leopold Giese als Privatdozent für Kunstgeschichte.

Literatur Der Sozialismus in der Karikatur heißt ein Werk *Friedrich Wendels* /Berlin, J. W. Dietz Nachfolger/, das den karikaturistischen Kampf gegen die sozialistische Ideenwelt von Marx bis MacDonald schildert. Wendel geht von dem Gesichtspunkt aus, daß nur derjenige Karikaturen schaffen darf, dessen Weltanschauung ethisch gegründet ist. Er ist daher gezwungen Kritik an der Kritik zu üben. »Ein Karikaturist, der sich schützend vor die Ausbeutung stellt, ermangelt einer ethischen Weltanschauung. Und Anspruch auf Beachtung hat nur der Karikaturist, der im Negativ der Satire das Positiv einer stichhaltigen ethischen Überlegenheit zu geben vermag.« Alle wichtigen Karikaturen des Sozialismus und der revolutionären Arbeiterbewegung sind in dem Werk reproduziert; durch sie wird uns die Geschichte der sozialistischen Bewegung wieder lebendig. Es mutet uns heute grotesk an, wenn bürgerliche Witzblattzeichner und Versemacher bei Beginn des Kampfes gegen den Sozialismus das Elend verhöhnten. Später versuchte man sich mit der völlig mißverstandenen sozialistischen Weltanschauung satirisch auseinanderzusetzen. Man glaubte im allgemeinen: es handle sich wesentlich um einen Besitzwechsel, um einen Plätze-austausch an der Tafel des materiellen Genusses, ein *Ote-toi de là que je m'y mette* (ein Prinzip, das nach Saint-Simon gerade das des bürgerlichen Liberalismus war). So ist die Geschichte des Sozialismus in der Karikatur »eine Geschichte des bürgerlichen Unvermögens dem konstruktiven Gedanken der Zeit gerecht zu werden.« ◊ Ein Bild Ludwig Richters, Die Überfahrt am Schreckenstein, gab den Titel zu *Adolf Behnes* Einführung in die Kunst /Berlin, Arbeiterjugendverlag/, es dient dort als Beispiel der Betrachtung. Aber diese Betrachtung ist nicht ästhetisierender sondern pädagogischer Art. Fern jeder Schwärmerei, führt Behne den Leser unmittelbar in den praktischen Schaffensvorgang ein. Das Bild wird experimentell in seine Elemente zerlegt, um die Logizität seine Aufbaus begreifbar zu machen. Ein Buch von seltener Klarheit und Einfachheit, von hohem Erziehungswert. ◊ Eine Sammlung Jüdische Grabmalkunst in Osteuropa, herausgegeben von *Arthur Levy* /Berlin, Verlag Pionier/ gibt einen Einblick in ein bisher sehr vernachlässigtes Gebiet jüdischer Volkskunst, deren Traditionen bis auf die Gegenwart führen. Auffallend ist die Planlosigkeit

der Friedhofsanlagen, ihre gewollte Wildheit, deren Ursache nach Levy in der offenbaren Abneigung der gottgläubigen Juden gegen jede Form des Totenkults liegt. ◊ In seinem Buch Plastik und Raum / München, R. Piper/ gibt *Albert Erich Brinckmann* eine geschichtliche Entwicklung von Plastik und Raum als Grundlage künstlerischer Gestaltung. Er untersucht von der Gotik bis zur Gegenwart die Abfolge des historischen Tatbestands, den die 2 Gestaltungsgrundformen in wechselseitiger Beziehung durchmachen. Entsprechende Abbildungen erläutern seine Anschauungen. Brinckmann gibt eine Theorie der Anschauung, erstrebt Ordnung und Übersicht, bahnt einen Weg durch das Gebiet der Kunst. ◊ Als 3. Band der von Brinckmann herausgegebenen 6 Bücher der Kunst / Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/ erschien *Julius von Schlossers* Kunst des Mittelalters. Eine mit instruktiven Abbildungen versehene Einführung in die mittelalterliche Kunstsprache. Im Vordergrund der mittelalterlichen Kunst stehen die Baudenkmale, vor allem die Kirchenbauten und Klosteranlagen, während der eigentliche Profanbau mehr in den Hintergrund tritt. Die alten Basiliken, die romanischen und gotischen Münster fassen einen großen Teil der Schwesterkünste, Plastik und Malerei, in sich. Die Plastik ist wesentlich auf Farbwirkung eingestellt. Die Malerei tritt zunächst als Wandmosaik, Fresko und Glasmalerei, später in dem Plastik und Glasmalerei innig vereinigen Flügelaltar auf; aber auch als Kleinmalerei (Miniaturen und Handschriften). Im Gegensatz zur Antike und zur Renaissance war dem Mittelalter eine geschichtliche Betrachtung der Kunst fremd. Dagegen vermittelten technische Schriften unmittelbar die Einführung in den Gedankenkreis der Werkstätten. Schlosser macht auf eine merkwürdige Parallele zwischen Sprach- und Baudialekten aufmerksam. Wie auf sprachlichem Gebiet mit dem Durchbruch alter, bodenständiger Elemente durch die vulgärlateinische Schicht zunächst die Bildung von Mundarten beginnt, »mit ihrer Färbung durch neue, oft von fernher kommende Vokabeln...«, so läßt sich nunmehr von der Entstehung von Baudialekten innerhalb der römisch-christlichen Welt reden, die die Periode des nunmehr beginnenden romanischen Stils erfüllt. Später wird der Dialekt zur Schriftsprache respektive zum Ziel: Ergebnis reinen Ausdrucks, künstlerische Schöpfung.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Hochdruck- Dampf Für unsere Wärmewirtschaft kommt hochgespanntem Dampf (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 346) erhebliche Bedeutung zu. Daher sollen hier einige Angaben über die in der Praxis erzielten Leistungen gemacht werden. Die erreichbaren Ersparnisse bei der Erhöhung der Dampfspannung sind darin begründet, daß die Erzeugungswärme des Wasserdampfes innerhalb weiter Druckgrenzen praktisch als gleichbleibend betrachtet werden kann und bei Steigerung des Druckes über 30 Atmosphären sogar allmählich abnimmt. Hochgespannter gesättigter Wasserdampf läßt sich praktisch mit dem gleichen Aufwand von Kohle erzeugen wie Dampf von normalem Druck. Bei Überhitzung auf gleiche Temperatur nimmt der Wärmearaufwand mit der Drucksteigerung sogar noch ab, so daß Dampf von 60 Atmosphären und 524° nicht mehr Wärme benötigt als solcher von 12 Atmosphären und 400°. Da nun aber mit steigendem Druck das zur Leistung mechanischer Arbeit erforderliche Wärmegefälle erheblich zunimmt, so ist es möglich mit der aus der gleichen Kohlenmenge erzeugten Hochdruckdampfmenge in der Maschine eine erheblich höhere Leistung zu erzielen als bei den bisher üblichen Drucken. Bei der praktischen Ausnutzung des Hochdrucks sind jedoch besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um den besten Wirkungsgrad zu erzielen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß der Gegendruck möglichst groß ist, da der Hochdruck um so vorteilhafter wirkt, je höher der Gegendruck ist. Ist Kondensationsbetrieb vorhanden, so läßt sich die aus dem Hochdruckdampf zu erzielende Mehrleistung durch Anwendung von Zwischenüberhitzung und Speisewasservorwärmung durch Anzapfdampf noch weiter steigern. Eine besondere Art des Gegendruckbetriebs stellen die sogenannten Vorschaltanlagen dar. Zur Vergrößerung einer Maschinenanlage wird in diesem Fall ein Teil des Dampfes mit höherem Druck erzeugt und leistet erst in einer Hochdruckvorschaltmaschine Arbeit, bevor er den bestehenden Maschinen zugeführt wird. Ein Beispiel einer derartigen Vorschaltanlage stellt die neue Hochdruckanlage der Firma A. Borsig in Berlin dar. Der Dampf wird in einem Steilrohrhochdruckkessel mit 60 Atmosphären und 425° Überhitzung erzeugt. Aus dem Vorhergesagten ergibt

sich, daß die Leistung der Vorschaltanlage fast ohne Mehrkostenaufwand aus dem hochgespannten Dampf gewonnen wird. Zur Ausnutzung der Rauchgase ist noch ein Abhitzeessel von 2 Atmosphären organisch mit dem Hochdruckkessel zusammengebaut. Der hier erzeugte Dampf wird einem Niederdruckdampfspeicher und das auf 130° vorgewärmte Wasser dem Hochdruckkessel als Speisewasser zugeführt, wozu eine besondere Hochdruckpumpe Verwendung findet, die das Wasser von 2 auf 60 Atmosphären zu drücken hat. Im vorliegenden Fall ist hierfür eine elektrisch angetriebene Preßpumpe vorgesehen. Der erzeugte Dampf arbeitet in einer Tandemverbundmaschine von 800 Pferdestärken Leistung, die mit einer zweiten Kurbel einen Verbundkompressor von 7 Atmosphären Endspannung antreibt. Die Zylinder sind einfach wirkend, so daß der Hingang des Kolbens durch Entspannung von etwa 54 auf etwa 25 Atmosphären bewirkt wird, der Hergang erfolgt durch weitere Entspannung des Dampfes im Niederdruckzylinder von etwa 25 Atmosphären auf etwa 11 Atmosphären. Bei dem Gegendruck von etwa 11 Atmosphären berechnet sich der Dampfverbrauch zu etwa 8 Kilo für die indizierte Pferdekraftstunde. Der Abdampf wird einem Speicher von 10 bis 12 Atmosphären Druck zugeführt und zusammen mit dem Dampf der Abhitzeessel, die sich über den Glühöfen der Schmiede befinden, zum Betrieb der Dampfhammer und dampfhydraulischen Pressen verwandt. Der Abdampf der Dampfhammer wiederum sammelt sich mit dem des Walzwerks und des Abhitzeessels des 60 Atmosphären-Kessels und wird im Sommer einer Abdampfturbine und während der Heizperiode der Heizung des Werkes zugeführt.

Wie man sieht, sind recht komplizierte Anordnungen erforderlich, um die im Dampf enthaltene Energie vollkommen auszunutzen. Möglich ist diese Ausnutzung nur bei einer richtig geregelten Wärmewirtschaft.

In einer eingehenden Untersuchung darüber, unter welchen Bedingungen Hochdruckdampf wirklich wirtschaftlich wird, kommt Christian Eberle /Darmstadt/ zu folgenden Thesen:

1. Die Steigerung des Dampfdrucks über 30 Atmosphären bringt für die reine Kondensationsmaschine nur eine bescheidene Wärmeersparnis, die außerdem in hohem Maß von der Entwicklung und Durchbildung der Dampfkraftmaschine sowie der Speisewasserversor-

gung abhängt. Eine stetige, sorgfältige Aufwärtsentwicklung, die sich gleichmäßig auf Wärmeausnutzung im Kessel, Wirkungsgrad der Maschine und Verwendung der Dampfwärme zur Speisewasservorwärmung erstreckt, dürfte den höchsten wärmetechnischen und wirtschaftlichen Erfolg erwarten lassen.

2. Bei der Verwendung des Dampfes in der Heizkraftmaschine, worunter eine Dampfkraftmaschine zu verstehen ist, deren gesamter Abdampf bei irgendeinem Druck zu Heizzwecken Verwendung findet, steigt die Wärmeersparnis mit dem Anfangsdruck bedeutend und um so mehr, je höher der erforderliche Gegendruck ist. Unter sonst gleichen Umständen wächst die Wärmeersparnis mit abnehmendem Gegendruck.

3. Der bei Anwendung von Heizkraftmaschinen stets erforderliche Ausgleich zwischen Kraft- und Wärmeverbrauch kann mit den gleichen Mitteln um so wirkungsvoller erreicht werden, je niedriger der Gegendruck ist.

4. Aus den unter 2 und 3 angegebenen Gründen soll der Gegendruck stets so niedrig wie möglich gewählt werden. (Das steht im Widerspruch zu den oben gemachten Annahmen.)

5. Die größte Verbesserung in der Wärmeverwertung, die man von der Steigerung des Dampfdrucks erwarten darf, liegt darin, daß die Heizkraftmaschine allgemeiner verwendet wird; das ist aber nur erreichbar, wenn Wärmetechnik, Kraft- und Wärmeverbraucher, vor allem aber die Verwaltungen des Reiches und der Länder die Schaffung von Heizkraftwerken pflegen.

Möglich wurde die Erzeugung und Verwendung von Hochdruckdampf erst durch die Fortschritte in der Stahlerzeugung und Stahlbearbeitung, denn um die gewaltigen Drucke von 60 bis 100 Atmosphären bei Temperaturen von rund 450° erhalten zu können, ist ein Material von höchster Güte erforderlich. Ausgezeichnet hierfür geeignet ist Nickelstahl, der zu nahtlos geschmiedeten Kesseltrommeln von 45 bis 60 Millimeter Wandstärke verarbeitet wird.

Öl aus Kohle Von der Entgasung der Kohle bei niedrigen Temperaturen, zwischen 300 bis 450°, und dem hierbei entstehenden sogenannten Urteer ist hier des öftern die Rede gewesen. Je nach der Kohlensorte können hierbei bis zu rund 30% an wasserfreiem Urteer gewonnen werden, der dann den Ausgang für die Gewinnung der technisch so außerordentlich

wichtigen, dem Petroleum verwandten Öle bildet. Vom salbenartigen Vaseline bis zum Leichtbenzin finden sich die Petroleumarten im Urteer. Bei der außerordentlichen Armut Deutschlands an Ölquellen ist deshalb die Tieftemperaturergasung von allerhöchster wirtschaftlicher Bedeutung. Ein Nachteil der Tieftemperaturergasung besteht aber darin, daß der sich hierbei bildende Koks minderwertig ist. Der Leiter des Kohlenforschungsinstituts in Mülheim Ruhr Franz Fischer, dem in erster Linie die Forschungen über die Tieftemperaturergasung zu danken sind, hat nun in einem Bericht an die Weltkraftkonferenz, die 1924 in London stattgefunden hat, die Aufmerksamkeit auf zwei andere Methoden zur Gewinnung von Ölen aus Kohle gelenkt.

Die eine Methode besteht in der Hydrierung der Kohle, nach der an die Molekeln der natürlichen Kohle so lange Wasserstoff angelagert wird, bis flüssige oder leicht schmelzbare kohlenwasserstoffähnliche Verbindungen entstanden sind. Theoretisch muß dieses Verfahren auch zum Erfolg führen; in der Praxis ist es bisher aber nur gelungen eine teilweise Verflüssigung der Kohle herbeizuführen, der Rest wird lediglich löslich in Äther, Teeröl usw. Die Hydrierungserzeugnisse der Kohle sind im wesentlichen hochsiedend. Die andere Methode besteht in der Umwandlung der Kohle in Öle durch Synthese aus Gasen. Die Kohle wird hierzu in der üblichen Weise in Wassergas verwandelt, das im wesentlichen aus Kohlenoxyd und Wasserstoff besteht, und das Kohlenoxyd wird in irgendeiner Weise in ein Formiat verwandelt. Aus gelöschtem Kalk (Kalziumhydroxyd) und Kohlenoxyd kann beispielsweise unter Einwirkung von Druck leicht Kalziumformiat erzeugt werden. Bei der Behandlung unter Wärme entstehen aus den Formiaten einerseits wasserlösliche Stoffe wie Methanol und Aceton und in geringer Menge wasserunlösliche öltartige Stoffe. Anstatt die Formiate aus Kohlenoxyd unter Druck herzustellen und dann wieder thermisch zu zersetzen, liegt auch die Möglichkeit vor die Formiate in einem Kontaktverfahren nur vorübergehend auftreten zu lassen oder ein katalytisches Verfahren zu versuchen, bei dem die Reduktion des Kohlenoxyds durch Wasserstoff unter Druck erfolgt. Fischer benutzte, in gemeinsamer Arbeit mit Tropsch, als geeignete Kontaksubstanz Eisenfeilspäne, die mit Alkali imprägniert werden, und als geeignetes Gas Wasser-

gas mit einem Überschuß an Wasserstoff. Das Wassergas wird auf einen Druck von 100 bis 150 Atmosphären verdichtet und auf 410° erhitzt. Es entsteht hierbei ein synthetisches Ölgemisch, von Fischer Synthol genannt, das hellgelb, dünnflüssig und in jedem Verhältnis mit Alkohol, Benzol und Benzin mischbar ist. Das Synthol riecht nach Amylalkohol und Aceton; 88% des Rohsynthols sieden unter 240°. Trotz dem geringern Heizwert scheint es dem Benzol als Treiböl für Explosionsmotoren überlegen zu sein. Da zur Wassergaserzeugung jeder beliebige Rohstoff, so auch der bei der Urteergewinnung abfallende, sonst fast unbrauchbare Koks benutzt werden kann, so kann dieses synthetische Verfahren der Ölgewinnung aus Kohle von großer Bedeutung werden. Unter gewissen Bedingungen gehen die Alkohole des Synthols in benzinartige Kohlenwasserstoffe über, wie Fischer gleichfalls gezeigt hat. Das Synthol braucht hierzu nur längere Zeit für sich allein auf etwa 400° erhitzt zu werden. Aus den Alkoholen spaltet sich dann Wasser ab, und die entstehenden Olefine gehen in Naphthene über. Das auf diese Weise aus Synthol entstehende Benzin beziehungsweise öltartige Erzeugnis haben Fischer und Tropsch Synthin genannt. Bei dieser Gelegenheit weist Fischer auch auf die Möglichkeit hin die Bildung der natürlichen Erdöle in ähnlicher Weise zu erklären, wie sich die Bildung von Synthol vollzieht. Die Bedingungen in der Natur sind hierfür jedenfalls vorhanden.

Windwalzen- Wie bereits in der Rund-
schiff schau Verkehr (in diesem
Band Seite 63) erwähnt
wurde, ist es *Anton Flettner* gelungen unter Ausnutzung eines in der Technik bisher wenig verwandten physikalischen Prinzips, des Magnuseffekts, die Windkraft mit einem bisher unerreichten Wirkungsgrad für die Schifffahrt nutzbar zu machen. Der Wind wirkt hierbei nicht auf Segel sondern auf relativ hoch über das Deck hinausragende leichte Blechwalzen, die durch eine kleine Hilfskraft im Umlauf gesetzt werden. Das mit diesen Windwalzen ausgerüstete Versuchsschiff *Buckau* hat sich ausgezeichnet bewährt. In der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure hat Betz auf die Arbeiten der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen hingewiesen, wo der Magnuseffekt so weitgehend erforscht wurde, daß Flettner die Göttinger Ergebnisse ohne weiteres für den Antrieb von Schiffen ausnutzen konnte.

Das muß im Interesse der objektiven Wertung der Flettnerschen Erfindung festgestellt werden, weil Flettner selbst in seinen Veröffentlichungen zwar auf den Magnuseffekt hingewiesen hat, nicht aber auf die Untersuchungen der Göttinger Versuchsanstalt, die an den Magnuseffekt anknüpfen. Das Verdienst Flettners als Erfinder bleibt dadurch natürlich unberührt; denn das Wesen einer Erfindung besteht vornehmlich in der Benutzung eines an sich bekannten oder theoretisch erforschten Prinzips, einer Naturkraft oder dergleichen zur Erzielung eines bisher unbekanntem technischen Effekts.

Der Magnuseffekt besteht nun in folgendem: Wenn sich ein umlaufender Körper relativ zur umgebenden Flüssigkeit (Luft) bewegt, so erfährt er neben dem Widerstand in dem Medium, der als Kraft der Bewegungsrichtung entgegenwirkt, seine Bewegung also hemmt, noch einen Antrieb, das heißt einen Kraftantrieb senkrecht zur Bewegungsrichtung. Dieser Kraftantrieb ist nach jener Seite gerichtet, auf der die Relativgeschwindigkeit zwischen Flüssigkeit und Körperfläche am kleinsten ist, auf der also die Umlaufgeschwindigkeit des Körpers und die an ihm vorbeistreichende Flüssigkeit gleichgerichtet sind. Im Fall des Windwalzenschiffs kann man das etwa so ausdrücken: Eine auf einem Schiff errichtete, umlaufende Walze, die von einer Seite her Wind empfängt, etwa senkrecht zur Schiffsachse, erfährt einen in der Richtung der Schiffsachse wirkenden Antrieb, der das Schiff je nach der Umlaufrichtung der Walze nach vorwärts oder rückwärts treibt.

Das Prinzip dieses Phänomens hatte der Berliner Physiker Heinrich Gustav Magnus bereits 1853 festgestellt, ohne die Erscheinung messend verfolgt zu haben. Die ersten Messungen wurden 1912 von dem Franzosen Lafay ausgeführt; die von ihm ermittelten Werte für den Auftrieb ermutigten aber nicht zur technischen Verwertung des Magnuseffekts. Das geschah erst durch die Versuche des Ingenieurs Ackeret, die nach dem Krieg in der Göttinger Versuchsanstalt begannen, und die im Jahr 1923 zu vollem Erfolg führten, indem sich ungewöhnlich hohe Auftriebswerte bei einer in bewegter Luft in einem Luftkanal rasch umlaufenden Walze ergaben. Diese Werte waren etwa das 8- bis 9fache des Auftriebs, den ein Vogel oder Flugzeugsflügel, bezogen auf die gleiche wirksame Fläche, erfährt. Nachdem noch auf Vorschlag Ludwig Prandtls, der bereits im Jahr 1905 eine

Arbeit über Flüssigkeitsbewegung bei sehr kleiner Reibung veröffentlicht hatte, an den Enden der umlaufenden Walze übergreifende Scheiben angeordnet waren, ergaben sich Auftriebswerte in einer Höhe, die den von Prandtl theoretisch errechneten außerordentlich nahe kamen. In diesem Stadium der Untersuchung erfuhr, wie Betz mitteilt, Flettner von den Ergebnissen. Er erkannte sofort deren Bedeutung für die Schifffahrt, ließ seinen Gedanken des Segelersatzes durch starre Tragflächen fallen und wandte sich der Durchbildung der Windwalzen für den Schiffsantrieb zu. Mit Unterstützung der Flettnergesellschaft wurden dann in der Göttinger Versuchsanstalt weitere Versuche angestellt und die ersten konstruktiven Entwürfe für den Einbau der Windwalzen in das Schiff bearbeitet.

Über die Leistungen des Versuchsschiffs und die wirtschaftliche Bedeutung der Windwalzen berichtete Flettner in der Sitzung der Schiffbautechnischen Gesellschaft am 21. November 1924 in Berlin. Das Versuchsschiff Buckau erreichte eine bedeutend schnellere Fahrt als ein Segelschiff und hat bei mittlerem, böigem, stoßweise auftretendem Wind schon eine Geschwindigkeit von annähernd 9 Knoten erreicht, also eine Fahrt, wie sie gewöhnlich ein mittlerer Frachtdampfer macht. Die Fahrten des Versuchsschiffs haben gezeigt, daß der Rotor noch eine weit größere Wirkung hat als man theoretisch angenommen hatte, so daß bei praktischen Ausführungen mit einer Erhöhung der Segelwirkung auf das 10- bis 15fache zu rechnen ist. Ferner hat sich die Stabilität des Schiffs bedeutend verbessert. Schwere Hagelböen gingen über das Fahrzeug hinweg, ohne daß die geringste Wirkung auf das Schiff zu spüren war. Das Rotorschiff kann wie eine kleine moderne Jacht fast in den Wind hineinfahren, was bisher bei Segelschiffen dieser Art und Größe nicht im entferntesten möglich war. Die Kraft, die notwendig ist, um die beiden Rotoren zu betätigen, beträgt etwa 20 Pferdestärken, während bis zu 1000 Pferdestärken durch die beiden Rotoren dem Wind entnommen werden können. Eine gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung der neuen Erfindung liegt nun darin, daß die allerwärts, zumal auf den freien Wasserflächen, zur Verfügung stehende Windkraft in viel stärkerem Maß, namentlich für die Frachtschifffahrt, herangezogen werden kann als dies bisher mit Segelschiffen möglich war. Es kann an Kohlen (für Dampf-

schiffe und an Öl (für Ölmotorschiffe) ganz erheblich gespart werden. Wichtig ist es aber noch hervorzuheben, daß die Bedienung der Windwalzen wenig Kraft, vornehmlich wenig Menschenkräfte, beansprucht. Die durch die Windwalze herangezogene Naturkraft wird den Seeleuten eine besonders schwere und lebensgefährliche Arbeit abnehmen.

Kurze Chronik Seit 1904 wird in den Lardorellowerken in Toscana die *Erdwärme* technisch ausgenutzt, indem man dort den aus Erdspalten austretenden heißen Dampf zum Betrieb einer Dampfmaschine von 20 Pferdestärken verwendet. Nachdem die Schwierigkeiten des Anfangs überwunden worden sind, die darin bestanden, daß der Dampf nur eine Spannung von wenig mehr als 1 Atmosphäre aufweist und außerdem durch Borsäure, Kohlenoxyd, Schwefelwasserstoff verunreinigt ist, gelang es 1914 die vorhandene Wärmeenergie in einem solchen Umfang auszunutzen, daß ein Kraftwerk von 7500 Kilowatt Leistung betrieben werden konnte. In Alaska, Californien, Chile, Bolivien, Japan, Neuseeland usw., die über viele heiße Quellen verfügen, sind ähnliche Bestrebungen zur Ausnutzung der Erdwärme im Gang. ◊ Das neue amerikanische Schlachtschiff Colorado hat *turboelektrischen Antrieb* erhalten. Der Dampf aus 8 ölgefeuerten Wasserröhrenkesseln von 19 Atmosphären Betriebsdruck wird in 2 Hauptturbodynamos von je 1500 Kilowatt und 3 Hilfs-turbodynamos von je 300 Kilowatt verarbeitet. Der erzeugte elektrische Strom treibt 4 Hauptantriebsmotoren an, die je auf einer Schiffsschraubenwelle sitzen und je rund 8400 Pferdestärken leisten. Bei den Abnahmeprobefahrten wurde die vertragliche Geschwindigkeit von 21 Knoten in der Stunde um $\frac{1}{4}$ Knoten übertroffen. Die Höchstgeschwindigkeit bei der Probefahrt betrug 22,06 Knotenstunden, wobei 37 400 Pferdestärken an den Wellen entwickelt wurden. ◊ Der Oberingenieur der Städtischen Wasserwerke Dresdens *Adolf Heilmann* ist zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule dort ernannt worden. Heilmann hat sich hauptsächlich mit Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung beschäftigt.

Literatur Das von Max Geitel herausgegebene, *Der Siegeslauf der Technik* betitelte große Handbuch der Erfindungen und technischen Errungenschaften aller Zei-

ten erscheint jetzt in 3. Auflage /Stuttgart, Union/. Das Werk, das sich schon in den früheren Auflagen einen wichtigen Platz in der technischen Literatur errungen hatte, wird sich im neuen Gewand zahlreiche Freunde hinzugewinnen. Es ist bis auf den Stand der Gegenwart vervollständigt worden. Geitel und seine Mitarbeiter haben es sich zur Aufgabe gestellt Entwicklung und Stand der Technik systematisch und möglichst vollständig zur Darstellung zu bringen. Es soll dem Gebildeten die Möglichkeit gewähren sich rasch und zuverlässig nicht bloß über einzelne »technische Wunder« und technische Sensationen sondern auch über das innere Wesen der Technik, ihre geistige Struktur und die Bedeutung ihrer in harter, unausgesetzter und mühevoller Kleinarbeit errungenen Leistungen zu unterrichten. Die geistvolle Einleitung des Herausgebers über das Wesen und die Bedeutung der Technik zwingt den Leser sofort sich auf dieses Niveau einzustellen. Das Werk beginnt dann mit einer formschönen Arbeit Hans Dominiks über die Erzeugung und Verwendung von Wärme und Licht, in der der Verfasser alles zusammenträgt, was über die Heiz- und Leuchtstoffe, die Erzeugung von Wärme und Licht zu sagen und für den Gebildeten zu wissen notwendig ist. Es ist schwer auf dem knappen Raum mehr und eleganter vorzutragen als es Dominik gelungen ist. Den 2. Abschnitt, Die Erzeugung und Verwertung von Kraft, behandelt Albert Neuburger. Hier werden die tierischen Motoren, die Windmotoren, Wassermotoren, die Dampfmaschine, die Verbrennungskraftmaschine, die Heißluftmaschine, die Kaltdampfmaschine, die elektrische Starkstromtechnik und sonstige Motoren eindringlich sachkundig behandelt. Die allgemeine Einführung rührt von Neuburger her, andere Kapitel haben N. Stern, Max Geitel, Friedrich Barth in gleich eindringender und instruktiver Weise bearbeitet. Das Werk zeichnet sich zudem durch vorzügliche Ausstattung und hervorragendes Illustrationsmaterial aus.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Bilderbücher Ein Bilderbuch aus dem Jahr 1867 von *Franz Pocci*, betitelt *Lustige Gesellschaft*, ist im Verlag Braun & Schneider in München erschienen. Ohne irgendwelchen Zusammenhang Bilder von einem Schornsteinfeger, einem Sultan,

dem Kasperl, einem Drachen und von allerhand ähnlichem mehr, mit Versen dazu: eines so simpel wie das andere. Hier ist so ganz besonders auffallend, wie groß das Format der Poccischen Sachen doch eigentlich ist, und ganz ausschließlich durch ihre Simpelheit und Einfachheit. Denn die äußeren Mittel der Vereinfachung, wie sie jetzt immer angewandt werden, besonders in Kinderbildern, die großen bunten Flächen, die gibt es bei Pocci nicht. Die Bilder sind mit vielen Strichen gezeichnet und dann bunt gemacht, und fast kommt mir seine Art den Kindern entsprechender vor, weil Pocci nicht alle seine Künste mit eins auf den Tisch legt sondern allerhand schöne Dinge noch für das Wiederbesehen zurückbehält, so daß die verschiedenen Hin und Wider sich immer weiter durcheinanderspinnen können. Seine Dinge stehen so da, wie sie vielleicht auch vor dem Kind stehen mögen: sehr, sehr groß und ziemlich einzeln und ohne Nuancen: Schornsteinfeger, Ritter, Einsiedler, Gesehenes und Nichtgesehenes durch einander. Und die Verse sind ebenso:

„Ganz stolz marschieret er vorbei,
Als wenn er nicht kohlschwarze sei.
Des Nachts marschieret ein anderer Mann
Die Straße her, ruft was er kann . . .
. . . Da kommt ein Bauer vom Wirthshaus her
Und schreit „Juchhee“ als wie ein Bär.“

Den Menschenfresser sollte man aus dem Buch herausnehmen, er ist zu gruselig. Überhaupt sind die Poccischen Kinder gar nicht sehr heiter. Ihre Stuben sind nicht so hell und weiß und übersichtlich wie jetzt die Kinderstuben. Sie müssen sich alles allein durchfechten, ohne den Großen, der es ihnen zurechtmacht, und ihre Welt ist ein bißchen kraus und unheimlich.

So einfach Pocci ist, so unnaiv ist die Art der Witzzeichnung in dem Buch *Ausgerechnet zum Lachen!* mit lustigen Bildern von C. Storch, auch aus dem Verlag Braun & Schneider in München. Die Zeichnungen sind durchaus nicht schlecht, oft auch sehr komisch; doch zielt das Ganze in seiner etwas altmodischen kleinlichen Art zu bewußt auf das Lachen ab.

Lisbeth Stern

Rhein Ein Märchen vom Rhein und von den Menschen nennt *Georg Engelbert Graf* ein Buch, das er, mit Zeichnungen von *Manfred Pahl* ausgestattet, in der Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei in Jena herausgegeben hat. Die Tendenz des Buches ist gut. Ein wirkliches Erfas-

sen dessen, was so ein geographisches Gebilde wie der Rhein ist, wird dadurch angestrebt, daß der Blick alle die geographischen und geographiegeschichtlichen Zusammenhänge dieses Gebildes mit seinem Umfeld Europa gewissermaßen in einem überschauen soll: vom Werden des Rheins in der Vorzeit bis zu den jetzt überall in Europa weit hineinreichenden lebendigen, verästelten Beziehungen. Sicher ist, daß so ein reiches und lebensvolles Bild entsteht, ein Bild, neben dem das, was der Gebildete sonst als "Rhein" hat, sehr arm und leer erscheint. Die gute Tendenz leidet aber sehr an dem Stil der Darstellung: Der Ton ist gewollt burschikos, die zur Verlebendigung erdachten romanhaften Ereignisse sind etwas platt geraten. Schade, daß nicht statt dessen das Gemeinte schlicht und ohne "Aufmachung" gesagt ist. Aber was das Buch will, ist gut, und wir brauchen noch mehr solcher Bücher.

Lisbeth Stern

Romantik Das Buch *Cajetan Obwalds* Die blaue Blume / München, Gesellschaft für christliche Kunst/ ist ein Hymnus an die Romantik, die der Verfasser als eine Verkörperung des deutschen Wesens nimmt; eine Anschauung, die schon darum falsch ist, weil die Romantik weder ihren Ursprung noch ihren Wirkungskreis ausschließlich oder vorwiegend in Deutschland hat. Dem Rationalen, dem Hellen der Klassik stellte sich die Romantik entgegen, mit ihrer Sehnsucht ins Dunkle. Und aus diesem ersten unbestimmten und eigentlich unerfüllbaren Drang leitet Obwald all das andere ab, was sich dann in Gefolgschaft der Romantik entwickelte: die Liebe zur Religion, speziell zum Christentum, zur mittelalterlichen Kunst und vor allem zum Nationalen und Volkstümlichen. Für alles dieses, das er nun die Entwicklung des deutschen Wesens nennt, führt er Bilder und Gedichte aus der Romantik an. Unter ihnen ist vieles sehr Schöne. Aber die ganze literarhistorische Gruppierung will mir durchaus nicht richtig scheinen. Ich glaube zum Beispiel gar nicht, daß das Nationale aus dem Kern der Romantik notwendig erwachsen wäre, wenn da nicht äußere politische Gründe ausschlaggebend gewesen wären, die sie in diesen nationalen Weg gedrängt hatte. Weshalb auch die Ausläufer jener Richtung in ihrer Propaganda für eine bestimmte Art Deutschtum einem recht äußerlich vorkommen.

Lisbeth Stern